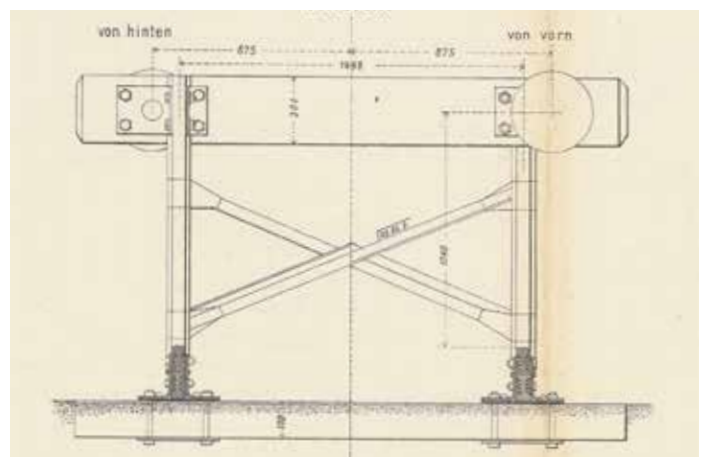
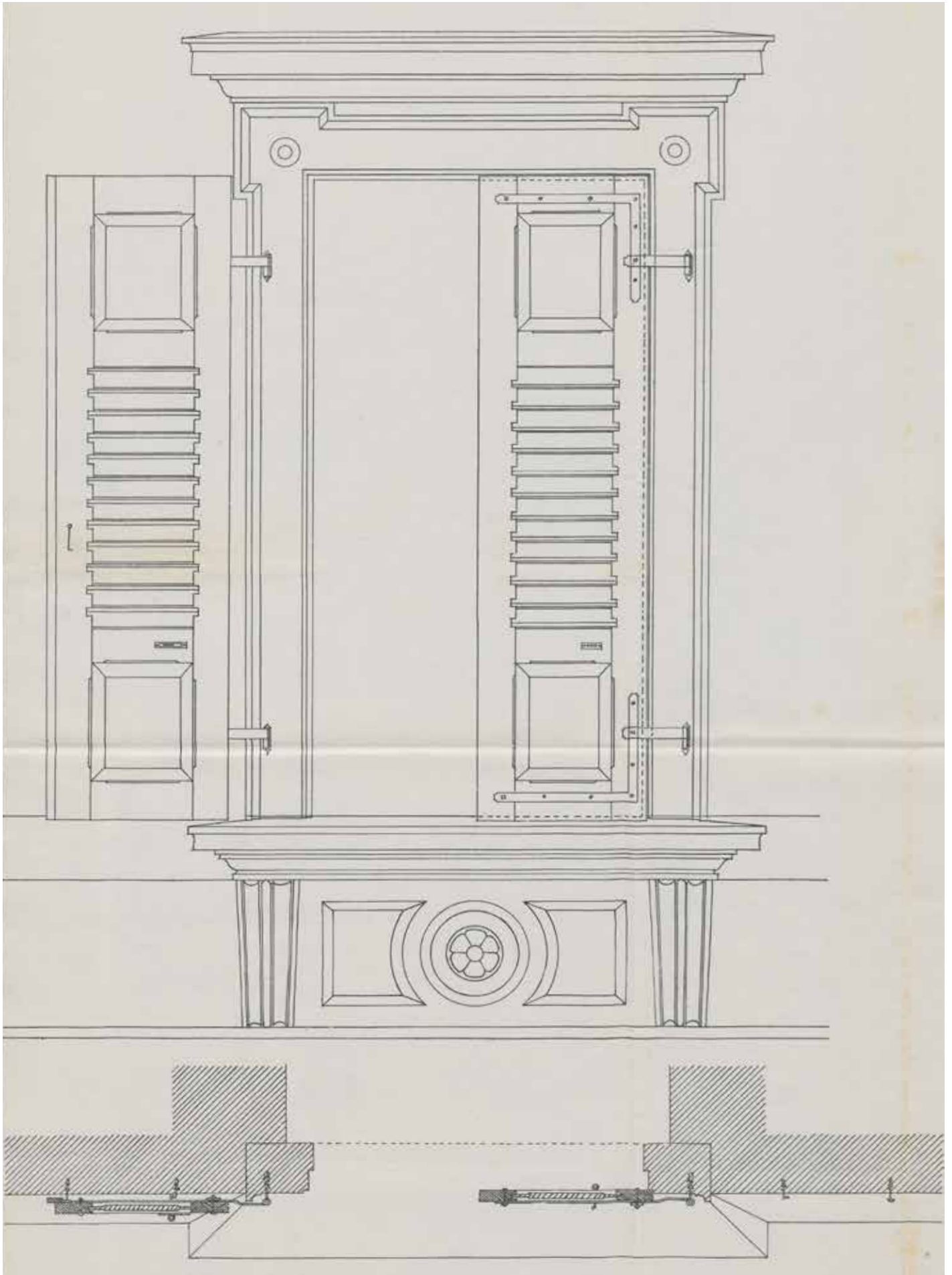


Thema:
Normen. Normiert und normal?





Editorial



Normen – abstammend vom lateinischen Wort *norma* für Richtschnur, Vorschrift – sind sichtbare und unsichtbare Gebote und Verbote, Regeln, Standards und Leitlinien. Sie begegnen uns in ganz unterschiedlichen Kontexten und Zusammenhängen: Rechtliche Normen regeln in Form von Gesetzen und Vorschriften das Zusammenleben innerhalb von Gesellschaften, ihre Einhaltung wird von Seiten des Staates überwacht und Verstöße gegebenenfalls durch Strafen sanktioniert. Soziale Normen regeln zwar auch das menschliche und gesellschaftliche Miteinander, allerdings auch ohne schriftliche Fixierung. Sie sind durch Traditionen und Wertvorstellungen geprägt, Verstöße haben soziale Konsequenzen zur Folge. Andere Normen schlagen sich in Standards nieder, wie z. B. die bekannten DIN-Normen oder ISO-Standards. Sie legen beispielsweise technische Details oder Sicherheitsvorschriften für Produkte fest. Abhängig vom jeweiligen Kontext regeln Normen das Zusammenleben und geben Orientierung, sie gewährleisten aber auch Produktsicherheit und –qualität oder steigern durch Standardisierung die Effizienz.

Normen sind immer ein Spiegel ihrer Zeit und verändern sich mit der Gesellschaft bzw. dem technischen Fortschritt. In den *Archivnachrichten* spüren die Autorinnen und Autoren diesen Veränderungen nach: Wo wurden Normen im Laufe der Geschichte sichtbar und schlagen sich im Archivgut des Landesarchivs nieder? Wie erfolgten Normierungen und Standardisierungen? Was galt früher als *normal* und welches Verhalten verstieß gegen gesellschaftliche und soziale Normen? Wie veränderten sich Normen über die Jahrhunderte hinweg?

Im einführenden Artikel zum Thema *Normen. Normiert und normal?* werden Konfessionalisierung und Bildungspolitik in der Frühen

Neuzeit in den Blick genommen. Religiöse Normen sowie Verhaltensregeln, die oft über Predigten vermittelt wurden, prägten intensiv das gesellschaftliche Miteinander und trugen zur Sozialdisziplinierung bei. In den weiteren Beiträgen werden Normsetzungen von Maßregulierungen und Normwerken, Bauvorschriften und Steuern bis hin zu sozialen Normen und dem Umgang mit Menschen, die außerhalb der damaligen Vorstellungen von einem *normalen* Leben standen, vorgestellt. Als Quellen für den Unterricht werden Dokumente zur Studentenrevolte 1968 in Tübingen präsentiert – hier fand eine kritische Auseinandersetzung mit Traditionen und nicht mehr als zeitgemäß bewerteten Normvorstellungen statt.

In diesem Heft finden Sie unseren Jahresbericht für 2025: Erfolgreiche Projekte und Ausstellungen, Meilensteine und Ergebnisse werden hier ebenso resümiert wie die Herausforderungen und knappen Ressourcen des Landesarchivs für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben. Zudem informieren wir Sie über aktuelle Projekte, neu erschlossene und digitalisierte Bestände sowie gesichertes Kulturgut. Und wir laden Sie herzlich zu den aktuellen Ausstellungen im Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim, Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Generallandesarchiv Karlsruhe ein.

Einen guten Start in das Frühjahr wünscht Ihnen

Ihre

Dr. Verena Schweizer
Redaktion der Archivnachrichten

1 Normalplan für Fensterläden, Ausschnitt aus einem Musterplan bei der Verdingung von Bauarbeiten in einer Akte zum öffentlichen Verdingwesen des Landratsamts Konstanz, Anfang 20. Jahrhundert.

Vorlage: LABW, StAF B 715/1
Nr. 5308 Bild 3

Inhalt

- * Thema:
Normen. Normiert
und normal?**
- 8 Zwischen Glaube und Gehorsam**
Sozialdisziplinierung, Konfessionalisierung und Bildungspolitik in der Frühen Neuzeit
– Sabine Holtz
- 14 Einfach und effizient**
Normierungstendenzen in der spätmittelalterlichen Fechtkunst
– Patrick Leiske
- 16 Im Kampf mit dem Sperling**
Die »Spatzensteuer« im Herzogtum Württemberg
– Wolfgang Märle
- 18 Auf das »Normalmaß« bringen**
Maßregulierung in Württemberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts
– Peter Müller
- 19 Überforderung, Geschlechtervielfalt und Bürokratie**
Umgang eines Amtsgerichts mit einer Änderung des Geschlechtseintrags im Jahre 1915
– Tim Oliver Boettger
- 20 Wege der Norm**
Servitutenkarten im Grundbuchzentralarchiv
– Michael Aumüller
- 22 Zwischen Künstlerkolonie und Heilanstalt**
Die Künstlertochter Elisabeth Lang und ihr Ringen um ein »normales« Leben
– Peter Müller
- 24 »Dieses Unwesen muß mit allen Mitteln bekämpft werden.«**
Polizeiliche Bauvorschriften zum Schutz von Orts- und Landschaftsbildern vor »Verunstaltungen«
– Annika Ludwig
- 26 »Sodom und Gomorrha« bei Schlichters**
Ein Künstlerpaar und zwei angehende Juristen auf Abwegen
– Eberhard Merk
- 28 Anders als die anderen**
Queere Schicksale in den Akten des Landesarchivs
– Peter Müller
- 30 Ungewöhnlich, ungerechtfertigt, anormal?**
Gustav Mesmers Begegnung mit der Psychiatrie und die Folgen
– Bernd Reichelt, Thomas Müller
- 32 »Der Zulassung von Frauen zum Amt des Berufsrichters wird als untunlich widersprochen«**
Der steinige Weg der Juristinnen (zurück) ins Berufsleben nach 1945
– Nina Fehlren-Weiss
- 34 Strenge Regeln beim Brauchtum**
Keine badischen Frauentrachten für New York
– Jochen Rees
- 36 »Normhäusle« als neue Heimat**
Siedlungsbau der Nachkriegszeit in Nordbaden
– Sara Diedrich
- 38 Raumfahrtstandards fürs Archiv**
Normen und Normentwicklung bei der digitalen Archivierung
– Christian Keitel
- 39 Normdaten im Archivportal-D**
Nutzerorientierte Erschließung mit der GND
– Verena Mack

* Archiv aktuell

- 40 Rückblick auf das Jahr 2025**
Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg
- Inka Friesen
- 49 Ein Schaufenster für die Kulturmeile**
Auf einer neuen Medienwand präsentieren sich das Hauptstaatsarchiv und weitere Stuttgarter Kultureinrichtungen
- Thomas Fritz, Wolfgang Krauth
- 50 Unrecht begreifen**
Die Akten der Sondergerichte Mannheim und Freiburg
- Tim Laubscher, Diana Kail
- 51 Virtuell in die Vergangenheit reisen**
Neue Inhalte auf LEO-BW
- Eva Rincke
- 52 Eine Reliquie als Beifang**
Das Staatsarchiv Sigmaringen unterstützt die Sanierung eines historischen Wegkreuzes
- Christoph Schlemmer

* Quellen griffbereit

- 53 Beschriebene Pergamente neu beschrieben**
Neue Findmittel zu hohenlohischen Urkundenbeständen im Staatsarchiv Sigmaringen online
- Clemens Regenbogen
- 54 Briefe, Bilanzen und die Entscheidungsfindung im Reich**
Projekt zur Onlinestellung des Familienarchivs der Geizkofler vor dem Abschluss
- Andreas Weber

* Kulturgut gesichert

- 55 Notfallmanagement und Kulturgutschutz**
Jahresfortbildung 2025 am Institut für Erhaltung
- Marlene Husung
- 56 400 Jahre von Waldenburg nach Neuenstein**
Die bewegte Reise eines hohenlohischen Freundschaftsbuchs
- Jennifer Meyer

* Archive geöffnet

- 57 Das KZ vor der Haustür & Freiheit – so nah, so fern**
Doppelausstellung zum KZ-Komplex Natzweiler im Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim
- Michael Aumüller
- 58 »Kostbare Schätze aus 750 Jahren deutsch-französischer Begegnungen«**
Eine deutsch-französische Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart
- Peter Rückert
- 59 Verschollenes Manuskript von Jacob Burckhardt**
Ausstellung »Die Kunst des Sehens. Jacob Burckhardts Gutachten für die Karlsruher Gemälde-Galerie von 1880/81« zur sensationellen Erwerbung des Generallandesarchivs Karlsruhe
- Rainer Brüning
- * Geschichte Original**
- 60 Die Studentenrevolte 1968 in Tübingen**
Zwischen »revolutionärer Taktik« und »pseudorevolutionärem Treiben«
- Markus Fiederer



Normen. Normiert und normal?





Cover:

Schulklasse in Sigmaringendorf (?)
mit Lehrer Hans Hinger, ca. 1932.

Aufnahme: Fotoatelier Kugler

Vorlage: LABW, StAS N 1/68 Nr. 2074

Berlin: Normaluhr am Bahnhof Zoo
mit Lilo und Alexe, 5. April 1932.

Aufnahme: Willy Pragher

Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr.
003048

Hochzeitspaar, ca. 1933.

Aufnahme: Fotoatelier Kugler

Vorlage: LABW, StAS N 1/68 Nr. 2074

Normal- bzw. Regelpläne der
K. Württ. Staatseisenbahnen
Nr. 81-150b, um 1900.

Vorlage: LABW, StAL K 415 Bü 43

Diese Seite:

Berlin, Reihenhäuser mit U-Bahn,
14. Februar 1934.

Aufnahme: Willy Pragher

Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr.
001562

Normen waren und sind überall im alltäglichen Leben zu finden: Sowohl schriftlich fixiert als Gesetze und Vorschriften als auch unsichtbar als gesellschaftliche und moralische Vorstellungen oder gewohnheitsmäßige Verhaltensregeln. Von Sozialdisziplinierung, Maßregulierung, Bauvorschriften über Sexualmoral und den Umgang mit psychischen Erkrankungen bis hin zu Normen im Archiv fragen die Autorinnen und Autoren in diesem Heft danach, wie früher normiert wurde und was als »normal« galt.



Zwischen Glaube und Gehorsam Sozialdisziplinierung, Konfessionalisierung und Bildungspolitik in der Frühen Neuzeit

¹ Konfessionsbild in der evangelischen Kirche Peter und Paul in Ulm-Jungingen, 1711.

Vorlage: Maimaid, CC BY-SA 4.0 creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

In der Frühen Neuzeit (1500–1800) veränderten sich die Strukturen von Gesellschaft, Religion und Herrschaft grundlegend. Die Reformation, die katholische Reform und die zunehmende Verflechtung von Kirche und Staat führten zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des religiösen, politischen und sozialen Lebens. Die Geschichtswissenschaft hat in diesem Kontext die Prozesse der Konfessionalisierung, der Sozialdisziplinierung und der Bildungspolitik als zentrale, miteinander verflochtene Dynamiken identifiziert. Diese drei Phänomene bilden ein komplexes Netzwerk, in dem religiöse Überzeugungen, staatliche Macht und Herrschaft sowie soziale Kontrolle eng miteinander verknüpft waren.

Die Konfessionalisierung bezeichnet den Prozess der Entstehung der drei großen christlichen Konfessionen Katholizismus, Luthertum und Calvinismus, der auf ähnliche Weise verlaufen ist, auch wenn ihre Glaubensinhalte unterschiedlich waren. Gemeinsam war, dass jede Konfession ihre Kirche strukturiert, durchgesetzt und kontrolliert hat. Bei genauerer Betrachtung war die Konfessionalisierung zugleich auch ein Prozess, der von zwei Seiten gleichzeitig beeinflusst wurde: Von oben durch Staat und Kirche, von unten durch Familie und Gemeinschaft. Das heißt, einerseits wurde die Konfessionalisierung im Schulterschluss von Staat und Kirche (also von

oben) mit Normen, Gesetzen und Erziehung vorangetrieben. Andererseits entstand sie aber auch aus der Gesellschaft selbst, sprich durch Familie und Nachbarschaft (also von unten), die mitbestimmten, wie Menschen ihr Leben gestalteten. Dabei spielten auch Selbstkontrolle und Selbstregulierung eine Rolle. Die Menschen waren also nicht nur Objekte, sondern auch aktive Träger der Veränderung. Dies schloss ein, dass die Menschen die kirchlicher- und staatlicherseits bereitgestellten Normen und Institutionen nutzen konnten, um eigene Ziele zu verfolgen. Was gleichsam von oben in diesen Konfessionalisierungsprozess eingespeist wurde, sollte unten umgesetzt werden. Erfolgreich war dies in erster Linie da, wo sich die Interessen von oben und unten überschneiden. Ein Beispiel: Der geforderte Ehekonsens, also die Zustimmung der Eltern zur Eheschließung ihrer Kinder, wurde zu einer Norm, die die traditionellen, ritualisierten Formen der Eheanbahnung ablöste. Damit erhielten die Hausväter ein wichtiges Instrument in die Hand, um sicherzustellen, dass in der dörflichen Oberschicht bei der Eheschließung Sach beim Sach blieb, also dass Kinder aus der gleichen sozialen Schicht heirateten. Das half, den sozialen Status zu erhalten und schützte vor einem Abrutschen in Armut. Hausväter der Mittelschicht, die sich an der Oberschicht orientierten, versuchten in ihren Familien die-

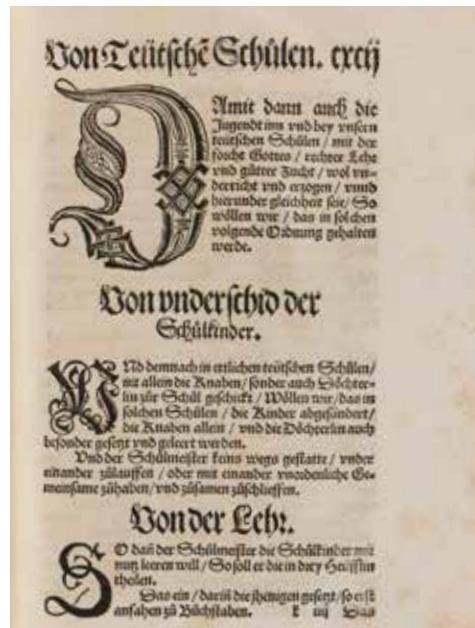
- 2 Große württembergische Kirchenordnung von Herzog Christoph, Seite 192 mit Abschnitt »Von vnterschied der Schulkinder«, 1559.

Vorlage: Landesmuseum Württemberg, J. Leliveldt, M. Damian

- 3 Große württembergische Kirchenordnung von Herzog Christoph, Titelblatt, 1559.

Vorlage: Landesmuseum Württemberg, Stuttgart, H. Zwietasch

2



se Norm ebenfalls umzusetzen. Ihre Sanktionsmöglichkeiten waren bereits schwächer. Sehr viel schwieriger war das in den dörflichen und städtischen Unterschichten, wo es nur wenig oder gar nichts zu vererben gab.

Die Formung von Verhaltens- und Lebensweisen wurde vor allem durch Predigten erreicht. In evangelischen Territorien wurde ihr Besuch in Kirchenordnungen vorgeschrieben und bei Zuwiderhandlung gegebenenfalls obrigkeitlich sanktioniert. In katholischen Gebieten war der Besuch der Messe vorgeschrieben, während Predigten oft in volkstümliche, kommunikative Formen eingebettet waren. Predigten dienten nicht nur der Vermittlung der *richtigen* Lehre, sondern waren zentrale Orte der Verankerung gewünschter Lebensweisen. Sie adressierten alle sozialen Schichten und Geschlechter und überwandten Alphabetisierungsbarrieren durch mündliche Kommunikation. Predigten vermittelten das in Ehe, Haus, Kindererziehung, Arbeit und Beruf sowie das gegenüber der Obrigkeit gewünschte Verhalten. Konfessionsübergreifend förderten Kirche und Staat eine Lebensweise, die auf Arbeit, Sparsamkeit, Ehrfurcht vor Autorität und moralischer Integrität basierte. Wer sich von diesen Normen entfernte, wurde auf Zeit aus der Gemeinschaft ausgeschlossen oder, bei schlimmen Vergehen, gar des Landes verwiesen. Die Predigten wurden im Dienst von Kirche und Staat zu einem Mittel der, wie die geschichtswissenschaftliche Forschung es genannt hat, Sozialdisziplinierung. Gefördert wurde eine Lebensweise, die auf Ordnung, Gehorsam und Selbstkontrolle abzielte.

Alle Konfessionen hatten überdies erkannt, dass die Einprägung und Einübung der

gewünschten Lebens- und Verhaltensweisen möglichst früh ansetzen sollte. Dazu haben alle Konfessionskirchen nach und nach ihr Schulwesen ausgebaut und organisiert. So konnten sie sicherstellen, dass die *richtigen* Werte und Einstellungen an die nächste Generation weitergegeben wurden. Gerade weil ihre Vermittlung in einem vorgegebenen institutionellen Rahmen und in einem konfessionellen Milieu erfolgte, das das Individuum gegenüber der Gemeinschaft verpflichtete, konnte Bildung damit auf lange Sicht gesellschaftlich Wirksamkeit entfalten.

In den lutherischen Territorien wurde die Schule als Ort der Bibellektüre gefördert. Martin Luther hatte bereits betont, dass jeder Christ die Bibel selbst lesen und verstehen müsse. Diese Forderung rechtfertigte die Notwendigkeit einer breiten Schulbildung. Württemberg setzte früh auf den Ausbau der Deutschen Schule, einer Elementarschule, in der Lesen, Schreiben und Religion im Mittelpunkt standen; Rechnen kam erst später dazu. Bibel, Katechismus und Gesangbuch ersetzten das Schulbuch. Bereits nach der Großen Württembergischen Kirchenordnung (1559) sollten Jungen und (!) Mädchen den Unterricht besuchen. Solche Deutschen Schulen sollte es an jedem Pfarrort geben. Den Jungen vorbehalten waren die Lateinschulen in den Städten bzw. die württembergischen Klosterschulen, die später den Übergang an die Universität ermöglichten.

In katholischen Gebieten spielte der Jesuitenorden eine wichtige Rolle. Mit der *Ratio studiorum* (1598/99) schuf er ein einheitliches Bildungssystem. Jesuitengymnasien und -kollegien wurden über Jahrhunderte hinweg der Maßstab für höhere Bildung. Der Orden bestimmte Lehrpläne, stellte Lehrkräfte und sorgte für Finanzierung und Bau. Absolventen studierten oft Theologie und wirkten als gebildete Geistliche in ihre Gemeinden zurück. Klöster blieben weiterhin ein Hort der Bildung, die oft auch schulische Angebote für externe Schülerinnen und Schüler machten. Kaiserin Maria Theresia verfügte 1774 die *Allgemeine Schulordnung*, die die Schulpflicht für Kinder beider Geschlechter festlegte und die Schulen unter staatliche Aufsicht stellte. Es entstand ein dreigliedriges Schulsystem: An der Trivialschule (Elementarschule) wurden die sechs- bis 12-jährigen Kinder in Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet. Die Hauptschulen unterrichteten neben Grundkenntnissen des Lateinischen auch Erdkunde und Geschichte. Die Normalschulen boten einen erweiterten Fächerkanon mit einer Vertiefung des Lateinunterrichts sowie Präparandenkursen für die Lehrerausbildung. Auch

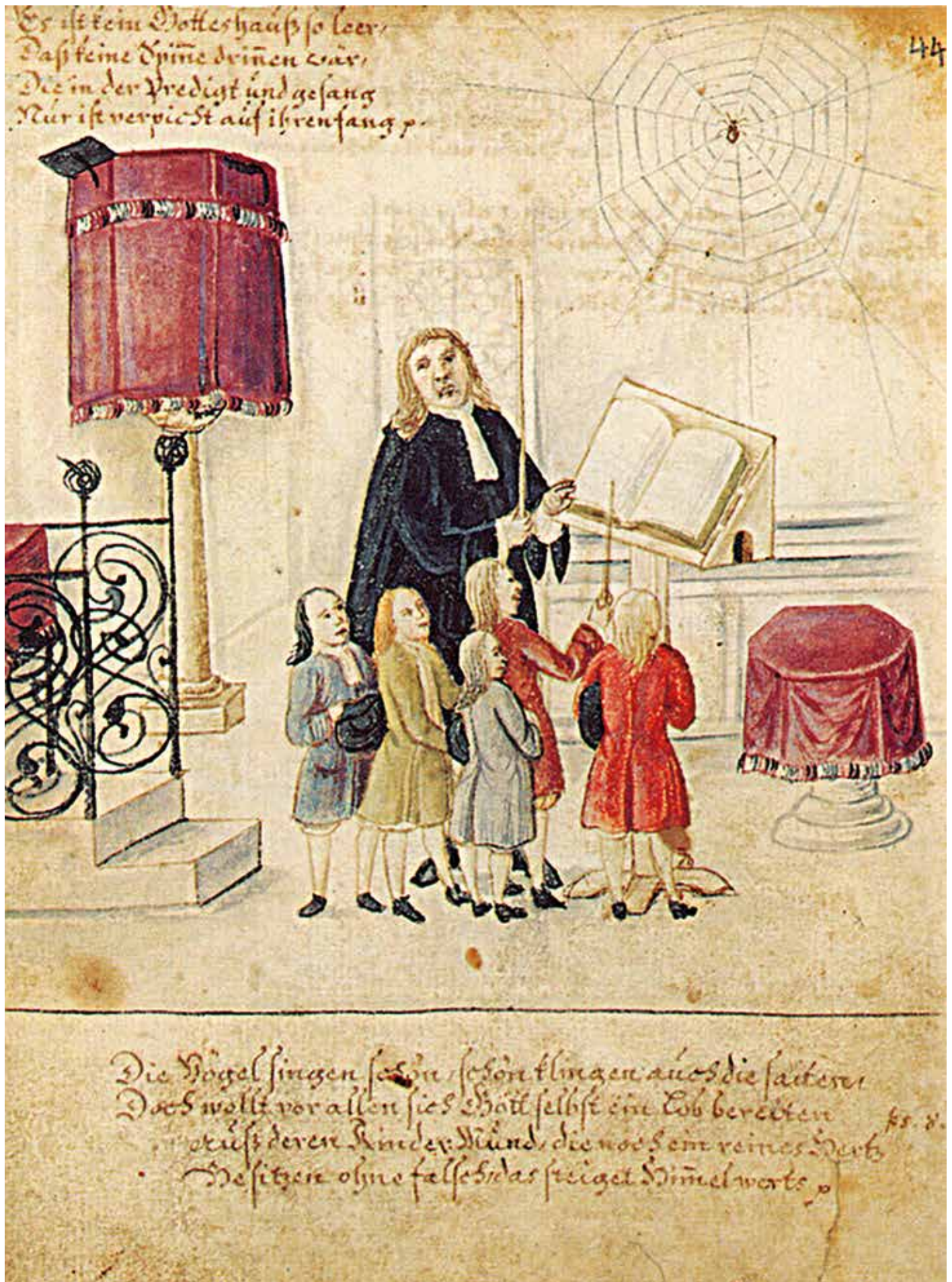
Von Gottes

gnaden vnser Christoffs Her-
zogen zu Württemberg vnd zu Teckh/ Grauen
zu Mümpelgart/ 2c. Summarischer vnd einfäl-
tiger Begriff / wie es mit der Lehre vnd Ceremonien in den
Kirchen vnfers Fürstenthumbs/ auch derselben Kirchen
anhangenden Sachen vnd Verrichtungen/ bis-
her geübt vnd gebraucht / auch fürhin
mit verleihung Göttlicher gnaden
gehalten vnd volzogen wer-
den solle.

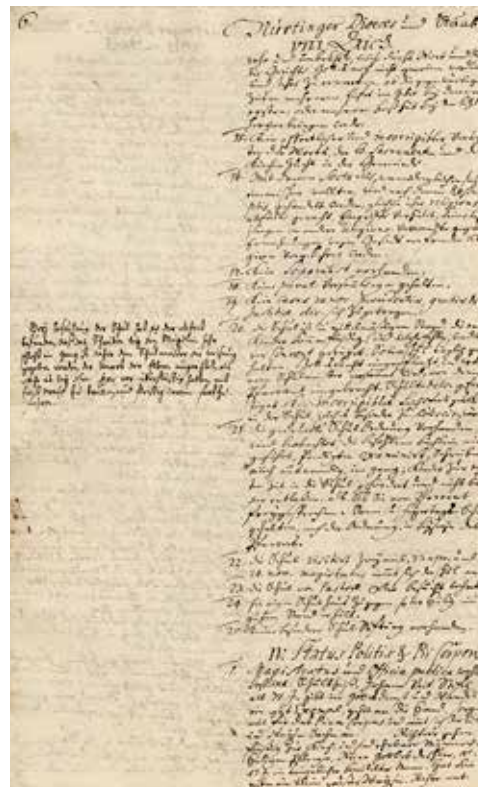


Getruckt zu Tüwingen / Im Jar

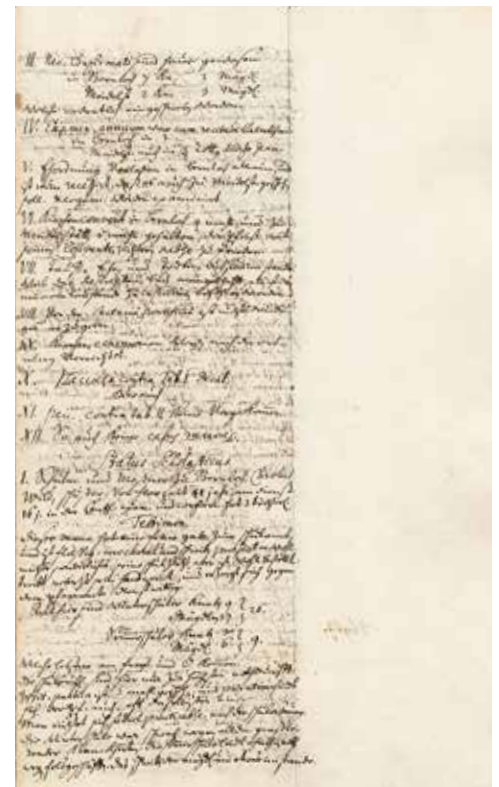
1559.



5



6



4 Unterricht durch den Pfarrer, Szene aus "Barockes Welttheater" von Daniel Pfisterer, 1716, fol. 45v.

Vorlage: Faksimilieausgabe, hg. vom Württembergischen Landesmuseum und dem Geschichts- und Kulturverein Köngen e.V. Stuttgart 1996.

5 Bei der Schulvisitation 1763 in Aich fiel ein recht schlechtes Schreiben der Mädchen auf, woraufhin der Schulmeister angewiesen wurde, »der Unart der Eltern ungeachtet, als welche es bey diesem Sexu vor überflüssig halten, mit Ernst drauf zu trucken und fleissig darin fortzufahren.«

Vorlage: LABW, HStAs A 281 Bü 1076

6 Über den Bernlocher Schulmeister Johann Carl Wild heißt es im Visitationsbericht von 1736: »Dieser Mann hat eine feine Gabe zum Schulamt, und ist fleissig.«

Vorlage: LABW, HStAs A 281 Bü 1397

in den vorderösterreichischen Gebieten des deutschen Südwestens wurden Kommissionen eingesetzt, um die Umsetzung der Schulordnung zu gewährleisten.

Die Grenzen, die der Unterrichtspraxis an den württembergischen Deutschen Schulen gesetzt waren, verdeutlicht der Bericht eines Regierungsrats (1787): Er betonte, dass es eine enorme Herausforderung sei, viele Kinder mit unterschiedlichem Alter, Fähigkeiten und Hintergrund in so kurzer Zeit zu unterrichten. Pro Schüler bliebe oft nur eine Viertelstunde. Er argumentierte daher, dass Fächer wie Geschichte, Geografie oder Physik für einfache Bauernkinder nicht notwendig seien und dass Kinder vor dem 14. Lebensjahr solche Inhalte kaum verstehen könnten.

Ein Hinweis auf den Erfolg der verfolgten Bildungsbestrebungen ist der spätere Buchbesitz, gerade auch im ländlichen Raum Württembergs: Eine Studie zur Kleinstadt Laichingen zeigt, dass sich der Buchbestand in der Stadt von 1748 bis 1784 mehr als vervierfachte (von 594 auf 2.415 Bücher). Die überwiegen-

de Mehrheit dieser Bücher waren geistliche Werke. Weltliche Literatur spielte hingegen kaum eine Rolle. Da Frauen oft Bücher mit in die Ehe brachten, war die Bildung der Mädchen nicht benachteiligt. Der Lesefortschritt verdankte sich vor allem religiösen Interessen, was auf den Erfolg der pietistisch geprägten schulischen und kirchlichen Erziehung im 18. Jahrhundert hinweist.

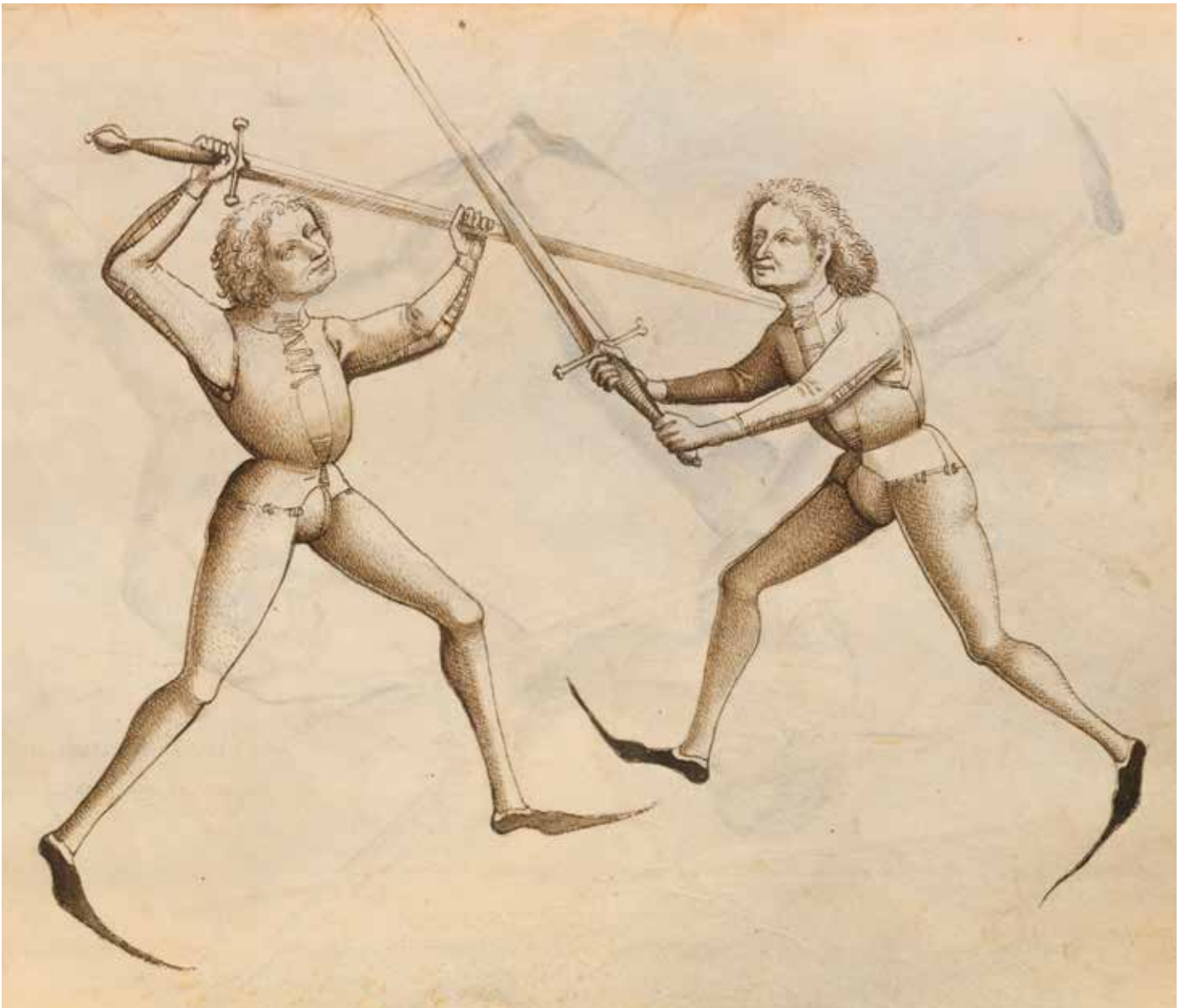
Die Buchkultur der Zeit bietet ein deutliches Indiz dafür, dass die Deutschen Schulen im Rahmen ihrer Bildungsarbeit nicht nur die Grundfertigkeiten des Lesens und Schreibens vermittelten, sondern auch erfolgreich religiöse Inhalte weitergaben. Die solchermaßen eingprägten religiösen Normen förderten nicht nur eine tiefgreifende persönliche Frömmigkeit, sondern trugen, gemeinsam mit der Predigt, entscheidend zur sozialen Disziplinierung bei: Sie verankerten klare Verhaltensmuster, soziale Hierarchien und konfessionelle Identitäten. Damit prägten sie das gesellschaftliche Zusammenleben nachhaltig.

✱ Prof. Sabine Holtz Universität Stuttgart

Einfach und effizient

Normierungstendenzen in der spätmittelalterlichen Fechtkunst

1



- 1 Hans Thalhoffer, Fechtbuch von 1467 für Graf Eberhard im Bart: Die Beischrift (»Vsz dem schilher geuallen In das gewauppet ort«) verweist auf die Liechtenauer'sche Technik des sog. Schielhau.

Vorlage: München, BSB, Cod.icon. 394a, fol. 19v

Obschon die Fechtmeister des deutschsprachigen Mittelalters zunächst noch darauf bedacht waren, dass ihre *kunst nicht geoffenwart noch gemein solt werden* – wohl um das Monopol auf die eigene Fechtlehre zu erhalten – finden sich schon ab dem frühen 15. Jahrhundert Bestrebungen, den Kanon an bekannten Fechttechniken zu vereinheitlichen und damit auch einem breiteren Rezipientenkreis bekannt zu machen. Kursierte so im 14. Jahrhundert vor allem für das Fechten mit dem langen, zweihändig geführten Schwert noch eine Sammlung diverser Techniken einzelner, heute meist unbekannter Meister, traten diese in der Fechtliteratur des 15. Jahrhunderts hinter der Lehre des Johannes Liechtenauer zurück. Sie diente fortan quasi als Blaupause für die späteren Fechtmeister bis ins 17. Jahrhundert hinein. Liechtenauers Name fungierte in diesem Sinne lange als Gütesiegel für erprobte Fechtkunst: Seine Techniken wurden zunächst durch andere Fechtmeister ausgelegt, später dann ggf. in ihre jeweilige eigene Lehre inkorporiert.

So greift zum Beispiel auch der später im fränkisch-schwäbischen Raum bekannte Fechtmeister Hans Talhoffer in seinen frühen Handschriften auf Liechtenauers Lehre zurück und notiert seine eigene Auslegung dieser. Erst in seinen späteren Traktaten unterschlägt Talhoffer Liechtenauers Namen und vermarktet die Kunst als seine eigene, etwa in einem Fechtbuch angefertigt für Graf Eberhard im Bart, später Herzog von Württemberg, den er vermutlich in der Fechtkunst unterwies. Für jeden gelernten Fechter war aber auch in Talhoffers Werk noch zu erkennen, dass dieses zumindest teilweise auf dem System Liechtenauers basierte. Anders als Liechtenauers Lehre wurden

Talhoffers Techniken jedoch nicht weiter durch spätere Fechtmeister rezipiert.

Wie also konnte ausgerechnet Liechtenauer diese Wirkmacht entfalten? Zu verdanken ist dies vermutlich vor allem seiner Systematisierung der Fechttechniken: Während die Lehren anderer Meister hauptsächlich grundlegende, einfache Hiebe nutzten und diese zu verschiedenen Techniken (sogenannten Stücken) kombinierten, stellte Liechtenauer ein System aus fünf speziellen Hieben auf, die im Grunde alle physikalischen Möglichkeiten des Schwerfes als Waffe ausreizten: Sie nutzten Drehpunkte und Klingenwinkel, um die bis dahin gebräuchlichen einfachen Hiebe zu kontern. Liechtenauer kombinierte diese Hiebe mit anderen Techniken in ein System, das über Merkmale für seine Schüler leicht zu erinnern war. Offensichtlich gelang es dem Meister so, nicht nur eine Fechtkunst zu entwickeln, die derart ausgefeilt war, dass sie im Grunde für die nächsten 200 Jahre ohne größere Änderungen kanonisiert wurde. Er vermochte sie darüber hinaus auch als in sich geschlossenes, normiertes System so zu beschreiben, dass sie kohärent überliefert werden konnte, und das, obwohl er sie selbst nie nachweislich verschriftlichte. Dass Liechtenauers Techniken für die nächsten beiden Jahrhunderte im Gebrauch waren, zeigt den Nutzen der Reduktion des Technik-Kanons auf einige bestimmte effiziente Stücke – gerade bei einer Tätigkeit wie dem Fechten, bei der es um Leben und Tod gehen kann, ergibt die Konzentration auf ein normiertes, perfektioniertes Repertoire schließlich durchaus Sinn, um den Lernprozess einfach und effizient zu gestalten und Erprobtes erfolgreich anzuwenden.

✱ Patrick Leiske

Im Kampf mit dem Sperling

Die »Spatzensteuer« im Herzogtum Württemberg

1



Hinweis zum Anhören

www.mdrjump.de/podcasts/fakt-oder-fake/gibt-es-eine-spatzensteuer-100.html



1 Haussperling.

Aufnahme: Rhododendrites, CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

2 Porträt von Herzog Eberhard Ludwig (1676–1733, reg. 1693–1733), Kupferstich, Künstler unbekannt, undatiert.

Vorlage: LABW, HStAS J 300 Nr. 200a

3 Generalreskript von Herzog Eberhard Ludwig vom 28. März 1726. Der Herzog befiehlt den unverzüglichen Einzug und die Ablieferung der »Spatzen-Gelder«.

Vorlage: LABW, HStAS A 39 Bü 26

Welches ist die absurdeste Steuer der Weltgeschichte? Die Perückensteuer? Die Schaufenstersteuer? Die Hagestolzsteuer? Die angeblichen oder tatsächlichen Auswüchse des Fiskus im Laufe der Jahrhunderte sind immer wieder Gegenstand populärer Veröffentlichungen, die den scheinbar unerschöpflichen Geldbedarf staatlicher Institutionen kritisch, satirisch oder mit einem Augenzwinkern anprangern.

Zu den kuriosesten historischen Abgaben zählt die *Spatzensteuer*. Steht sie in Rede, rückt regelmäßig das Herzogtum Württemberg in den Fokus. Hingewiesen wird auf ein Generalreskript Herzog Carl Eugens vom 6. Juni 1789. Darin ist bestimmt, *daß in denjenigen Orthen, wo wegen des vielen Frucht-Baus die Sperlinge oder Spazen sich vermehrt haben, [...] jeder Burger jährlich EIN DUZEND derselben zu fangen, und bey der Lieferung SECHS CREUZER aus der Burgermeister-Amts-Casse zu erhalten, derjenige Burger aber, welcher dieses nicht leisten würde, in eben dieselbe Casse ZWÖLF CREUZER zu entrichten [...] haben soll.* [Hervorhebung im Original, W.M.]

War Herzog Carl Eugen ein geldgieriger Despot, der einen Monat vor Beginn der Französischen Revolution absurde Steuern einführte? Diese Vorstellung würde gut ins historische Bild eines Landesherrn passen, der in der Historiografie seit jeher einen zweifelhaften Ruf

genießt. Doch ist die Bewertung richtig und ist das Generalreskript Carl Eugens so einzigartig, wie es in der Literatur unterstellt wird?

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sind aus dem 18. Jahrhundert zahlreiche Reskripte überliefert, die das Einfangen und Schießen von Sperlingen zum Gegenstand haben. Die mit weitem Abstand meisten dieser herzoglichen Erlasse wurden zwischen 1719 und 1733 von Herzog Eberhard Ludwig publiziert. Sein Nach-Nachfolger im Herzogsamt, Carl Eugen, befasste sich hingegen nur zweimal, 1757 und 1789, mit der Spatzenematik.

Nicht nur in Württemberg wurde Jagd auf Sperlinge gemacht. Verordnungen zur Bekämpfung der Spatzen sind auch aus anderen Territorien des Alten Reiches bekannt. Noch im 19. und selbst im 20. Jahrhundert lobten staatliche Autoritäten Abschussprämien für Spatzen aus.

Doch zurück ins frühneuzeitliche Württemberg. Warum lag den Herzögen die Ablieferung von Sperlingen so sehr am Herzen? Aus den Quellen geht hervor, dass die Dezimierung der Vögel das vorrangige Ziel war, nicht der fiskalische Gewinn. In einer Epoche wiederkehrender Subsistenzkrisen wurden die Spatzen als Schädlinge wahrgenommen, die das auf den Feldern ausgebrachte Saatgut auffraßen. Um dies zu vermeiden, wurden die unterschiedlichsten Maßnahmen ergriffen. Die Herzöge setzten Belohnungen ebenso aus wie sie Strafen verhängten, also die *Spatzensteuern*, die zeitgenössisch stets als *Spatzen-Gelder* bezeichnet wurden.

Die obrigkeitlichen Maßnahmen gegen die Sperlinge blieben ohne nachhaltigen Erfolg. Im Gegenteil: Das Bejagen der Vögel und das Einziehen der *Spatzen-Gelder* verursachte viele organisatorische Probleme. Sollte etwa ein Greis verpflichtet sein, die Ausgleichszahlung zu leisten? Wie vermied man Betrug bei der Ablieferung der Vögel? Wie motivierte man die oft nachlässigen Amtleute zur Ablieferung der Gelder? Schließlich geriet bisweilen auch die Spatzenjagd außer Kontrolle. Immer wieder kam es vor, dass nicht nur Sperlinge gefangen oder geschossen wurden, sondern Tiere, die weit begehrter waren: Wild beispielsweise, dessen Bejagung streng verboten war...

* Wolfgang Märhle

2



3

Von Gottes Gnaden /
Eberhard Ludwig /
Herzog zu Württemberg
und Teck ꝛc.
Der Römisch-Kaysrl. Majestät / des Heil.
Römischen Reichs / und des Edlich-Schwäbischen Creyses
General-Feld-Marechal, auch Obrister / sowohl über
Ein Kaysrl. Dragoner- als auch Schwäbisch
Creys-Regiment zu Fuß / ꝛc.
Lieber Getreuer!
Desweilen der Terminus Georgii dis lauf-
senden Jahres immer mehr heran naht /
gleichwohl die von Georgii 1725. bis da-
hin 1726. verfallene Spaxen-Gelder von
dir zu dato noch nicht unterthänigst einge-
schicket worden / welches doch andere Jahre
jederzeit noch vor gänzlichlicher Expirirung des präfigirten
Termini getwöhnlich gewesen; Als ergeth Unser Gnädig-
ster Befehl hiermit an dich / du sollest diese Gelder / da es in-
zwischen noch nicht geschehen / von denen Morosis benöthig-
ten Falls / executivè einziehen / und solche ohne dem gering-
sten Zeit-Verlust noch vor völliger Verfließung des Termini
ad quem nebst deinem Vergleichungs-Schein bey Vermei-
dung realer Anthuung an Unsern Expeditions-Rath
Bau-Verwalter Bakendorffen gehorsamst einsenden. An
deme beschiehet Unser ernstlicher Will und Meynung. Lid
Weyhauß d. 28. Martij. 1726.
H. St. Jolintz
H. Freywein Retourenant
Georgii
1726
28 Martij

1

Reduktion
Vorwürttembergischer Maßstab und Württembergischer
Normalmaßstab

Vorwürttembergischer Maßstab		Württembergischer Normalmaßstab	Württembergischer Normalmaßstab	
Linien	Württembergischer Normalmaßstab	Linien	Württembergischer Normalmaßstab	Prozent
1	1	1	1	100%
2	2	2	2	100%
3	3	3	3	100%
4	4	4	4	100%
5	5	5	5	100%
6	6	6	6	100%
7	7	7	7	100%
8	8	8	8	100%
9	9	9	9	100%
10	10	10	10	100%
11	11	11	11	100%
12	12	12	12	100%
13	13	13	13	100%
14	14	14	14	100%
15	15	15	15	100%
16	16	16	16	100%
17	17	17	17	100%
18	18	18	18	100%
19	19	19	19	100%
20	20	20	20	100%
21	21	21	21	100%
22	22	22	22	100%
23	23	23	23	100%
24	24	24	24	100%
25	25	25	25	100%
26	26	26	26	100%
27	27	27	27	100%
28	28	28	28	100%
29	29	29	29	100%
30	30	30	30	100%

im Jahre 1803 die Notwendigkeit einer solchen Regulierung. Die Arbeiten der zu diesem Zweck von der neuwürttembergischen Hofkammer in Ellwangen eingesetzten Kommission kamen aber zunächst nur schleppend voran – die mit der Aufgabe betrauten Beamten waren offenbar schlichtweg überlastet und verfügten anfänglich noch nicht einmal über Räumlichkeiten für die Erledigung der Arbeiten. Auch haperte es zunächst bei der Zusammenarbeit zwischen den alt- und neuwürttembergischen Behörden. Rasch einig war man sich nach einer Abfrage unter den zuständigen Beamten lediglich, dass die neuwürttembergischen Gebiete das seit 1557 gültige Maß- und Gewichtssystem Altwürttembergs einführen sollten.

Erst als König Friedrich im Jahr 1806 die Einführung gleicher Maße im gesamten Königreich in einem Reskript anordnete und kurze Zeit später eine Maßordnung für das Königreich publizieren ließ, wurden die Arbeiten intensiviert. Eine neue Kommission, der nun statt eines vier Mathematiker angehörten, bemühte sich zunächst darum, die in Altwürttemberg gebräuchlichen Maße, die lokal ebenfalls bereits gewisse Abweichungen aufwiesen, zu erfassen und zu normieren. Für Eichzwecke wurden die auf diesem Weg ermittelten Normalmaße in *Legstädten* deponiert; Kopien davon gingen an die Oberämter. Dann folgte die sehr aufwendige Erhebung der in den neuwürttembergischen Gebieten gebräuchlichen Maße und deren Umrechnung auf das württembergische Normalmaß. Die Akten, die die Kommission hinterlassen hat, bestehen dementsprechend überwiegend aus den Rückmeldungen der lokalen Behörden und den von der Kommission erstellten Umrechnungs- oder Reduktionstabellen. Anders als vom König zunächst erhofft, dauerten die Arbeiten am Ende fast vier Jahre. Als die Tabellen im Jahr 1810 endlich fertig waren, kam es mit der Abtretung von Gebieten im östlichen Landesteil durch das Königreich Bayern zu einer neuerlichen Vergrößerung des Staatsgebiets, was eine Fortsetzung der Arbeiten erforderlich machte. Und so konnte das Regulierungsgeschäft erst im Jahr 1814 endgültig beendet werden.

Die Normierung der Maße markiert eine gern übersehene, aber nichtsdestoweniger ungleich wichtige Etappe auf dem Weg zu einem modernen Flächenstaat. Nachvollziehen lässt sich das mühsame Geschäft der Normierung in Württemberg anhand der Akten der Maßregulierungskommission(en), die heute im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrt werden. Sie lassen nicht nur die ganze Vielfalt an lokalen Maßen erahnen, sondern dokumentieren auch, welch mühseliges Geschäft es war, diese auf eine landesweite Norm umzustellen. ✱ Peter Müller

Auf das »Normalmaß« bringen Maßregulierung in Württemberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts

1 Reduktionstabelle für die in den ehemals Limpurgischen Landen gebräuchlichen Längenmaße.

Vorlage: LABW, StAL D 55
Bü 17

Die Normierung der Längen- und Hohlmaße, aber auch der Gewichte, gehörte zu den drängendsten Aufgaben, denen sich alle Länder nach der napoleonischen Flurbereinigung und der damit verbundenen Auflösung einer Vielzahl von Kleinstterritorien stellen mussten. Auch in Württemberg wäre ohne solch eine Regulierung der Handel innerhalb des neuen Kurfürstentums und späteren Königreichs massiv erschwert worden. Ebenso war eine Normierung für eine einheitliche Besteuerung dringend erforderlich. In Württemberg erkannte man schon nach dem Gebietszuwachs

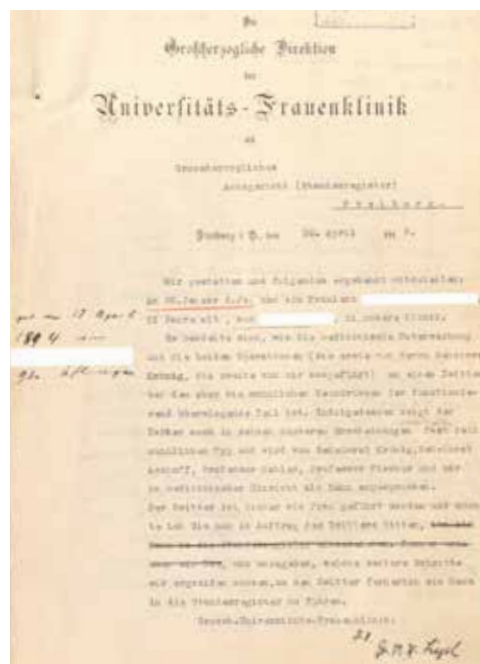
Überforderung, Geschlechtervielfalt und Bürokratie

Umgang eines Amtsgerichts mit einer Änderung des Geschlechtseintrags im Jahre 1915

Diskussionen über die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt werden heutzutage teils kontrovers geführt, zumal 2024 Änderungen des Geschlechtseintrags mit dem Selbstbestimmungsgesetz liberalisiert wurden. Auch in Archivalien kann man auf Einzelschicksale stoßen, die deutlich von den gesellschaftlichen Normen abweichen. Wie gingen Behörden mit diesen Personen um? Fand ein respektvoller Umgang statt oder wurden Personen benachteiligt? Im Bestand LABW, StAF B 11/2 Amtsgericht Bonndorf findet sich ein interessantes Fallbeispiel aus dem Jahr 1915. Zwischen diversen Namensänderungen, oftmals Korrektur der Nachnamen unehelicher Kinder, findet sich der Antrag einer Person den Geburtseintrag nachträglich von weiblich auf männlich zu korrigieren sowie den Vornamen auf einen männlich gelesenen abzuändern.

Die Person wurde 1894 in einem Dorf im Schwarzwald geboren. In der Geburtsurkunde wurde das Geschlecht als weiblich eingetragen. Der Arzt informierte aber den Vater, dass die Person *ein Zwitter*, also intergeschlechtlich sei. Intergeschlechtlichkeit (früher auch Intersexualität oder Hermaphroditismus genannt) bedeutet, dass eine Person körperlich nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet werden kann. Der Vater erzog das Kind in den nächsten Jahren als Mädchen gemäß damaliger Rollenvorstellungen.

1



Es entwickelte jedoch im Laufe der Jahre ein männliches Erscheinungsbild und wurde daher Anfang 1915 für mehrere Monate in der Universitäts-Frauenklinik in Freiburg behandelt. Auf Drängen der Ärzte stellte diese Person vor dem Amtsgericht Freiburg Anträge auf Namensänderung und Korrektur der Geburtsurkunde, wobei Schreiben der behandelnden Ärzte den Anträgen beilagen. Denn ohne diese wäre den Anträgen kaum entsprochen worden.

Laut Amtsgericht Freiburg ist die Person *durch ihr Aussehen in Frauenkleidern mit starkem Bartanflug genügend legitimiert*. So bat die Person, die Anträge beschleunigt zu bearbeiten, um nicht Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen. Es bestand für solche Personen damals das Risiko, wegen *groben Unfugs* polizeilich belangt zu werden. Der Antrag wurde zuständigkeitshalber nach Bonndorf weitergeleitet. Aber das dortige Amtsgericht war mit diesem Einzelfall überfordert und fragte beim Badischen Justizministerium in Karlsruhe nach, wie weiter verfahren werden sollte. Juristen waren oft uneinig, wie Rechtsfragen zu intergeschlechtlichen Personen gelöst werden sollten, denn es gab klare rechtliche und gesellschaftliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen (Wahlrecht, Wehrpflicht etc.). Das Justizministerium genehmigte die Bewilligung der Anträge.

Schon die Anrede der Person in den Akten verdeutlicht die Unsicherheit der Behörde. Im damaligen Sprachgebrauch wurde die intergeschlechtliche Person als *Zwitter* bezeichnet. Teilweise verwendete man das sachliche, aber abwertend konnotierte *es*, teilweise *er* oder *sie*. Über diese Unsicherheit hinaus lassen sich keine klar diskriminierenden oder abwertenden Aussagen in den Akten finden. Man *rettete* sich in bürokratische Verfahren und reguläre Behördenabläufe, um schlussendlich das Anliegen der Person zu bewilligen. Wie die Person sich selbst wahrgenommen hat, bleibt unklar. Auch hier wird eine Verunsicherung deutlich, da diese sowohl mit dem alten weiblichen als auch neuen männlichen Namen unterschrieb.

Doch zuletzt nahm das Verfahren eine ernste Wendung. Das Amtsgericht Bonndorf wies die nun rechtlich männliche Person darauf hin, sich in die Stammrolle für den Kriegsdienst einzutragen. Schließlich handelte es sich um das zweite Kriegsjahr des Ersten Weltkriegs. Ob die Person tatsächlich eingezogen wurde, sowie deren weiteres Schicksal nach 1915, konnte nicht ermittelt werden. ✱ **Tim Oliver Boettger**

1 Schreiben der Universitäts-Frauenklinik Freiburg an das Amtsgericht.

Vorlage: LABW, StAF B 11/2 Nr. 1748

Wege der Norm

Servitutenkarten im Grundbuchzentralarchiv

- 1 Servitutenkarte Creglingen, No.762 jenseits der Klinge hat Fahrrecht über 763 und 766, 757 und 758.

Vorlage: LABW, GBZA SGM 8 A 002.327.083

- 2 Servitutenkarte für Oberrimbach.

Vorlage: LABW, GBZA SGM 8 A 001.688.482



Sie sind selten. Lediglich knapp zwei Dutzend Servitutenkarten, vorwiegend aus der Gegend um Creglingen, sind überliefert. Im Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim kann ein Großteil davon angesehen werden. Wie viele es mal gab, ist unbekannt.

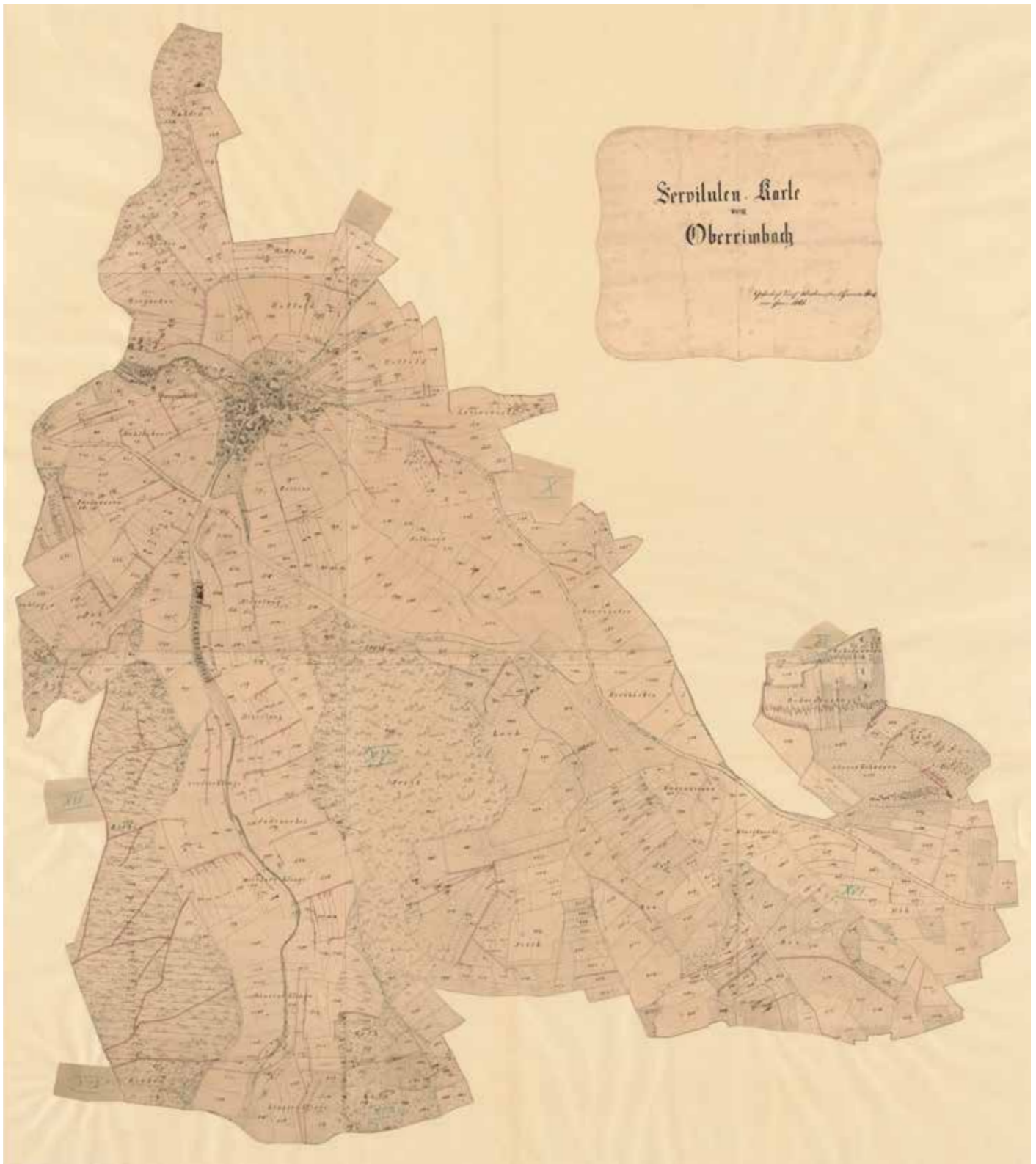
Aber was sind Servitutenkarten? Servitute sind Real-Dienstbarkeiten, die mit einem Grundstück verbunden sind, etwa Leitungsrechte, Brunnenrechte, Brau- und Brennrechte und – das ist für die Servitutenkarten essenziell – auch *Fahr- und Fußweg-Gerechtigkeiten*. Als Grundlage für die Servitutenkarten dienten die bei der württembergischen Landesvermessung entstandenen Pläne. Zusätzlich wurden auch neue Güterbücher angelegt. In diesen oder separat in eigenen Servitutenbüchern wurden die Servituten fixiert. Auf den Karten ist das Wegerecht über ein Grundstück zu einem oder mehreren dahinter oder nebenan liegenden Grundstücken gut sichtbar mit roter Tinte und streng normiert eingezeichnet. Streng normiert, da das Recht, von allgemeinen Fußwegen abgesehen, nur den jeweiligen Besitzenden des hinteren Grundstücks eingeräumt wurde. Es durfte also nicht jeder über die Wiesen, Weiden oder Äcker gehen bzw. fahren. Normiert aber auch, da auf den Plänen die Wege genauestens eingezeichnet sind.

In den Vorbemerkungen zum Creglinger Servitutenbuch heißt es: *wie über die Grundstücke gefahren werden darf, ist aus dem Beschrieb und der Zeichnung in der Servitutenkarte zu erfahren, es kommen Fahrrechte mitten, auf der Anwende, auf der Grenze, mit einem Rad usw. vor* (S. 20). Die Rechte sind damit zum Zeitpunkt der Entstehung des Servitutenbuchs im Jahr 1872 bildlich fixiert, augenfällig und erleichterten sicherlich eine Einigung bei *Anständen und Streitigkeiten unter den Beteiligten*.

Publiziert wurde das Creglinger Servitutenbuch der *gesamten Bürgerschaft auf dem Rathauszimmer* am 24. und 27. April 1872 und zwar mit dem Hinweis, daß solche [Vorbemerkungen und Servituten] *als Norm für die Zukunft Geltung haben und sich somit darnach zu richten sei* (S. 22). Alle Beteiligten bestätigten an diesen Tagen die Richtigkeit der Eintragungen im Servitutenbuch. Dabei muss auch die Servitutenkarte ausgegangen haben. Denn im Servitutenbuch heißt es: *Vorstehende Anerkennnisse und Unterschriften beglaubigen mit dem Bemerkten, daß solche von den Beteiligten nach Einsichtnahme der Servitutenkarte und Erklärung der Zeichnungen in derselben, abgegeben wurden* (S. 226).

Wieso die Technik der Verbildlichung von Rechten nur an wenigen Orten angewandt

2



wurde und ausgerechnet an diesen, geht weder aus den Karten noch aus den nicht öffentlich zugänglichen Servitutenbüchern hervor. Wie die Karten weiter genutzt wurden, wissen wir nicht. Nachbearbeitungen sind nicht erkennbar. Hingen die Karten im Rathaus aus, sodass sich jeder jederzeit überzeugen konnte, wer wo seiner Wege gehen darf? Die Karten erwecken

diesen Eindruck. Auf der Rückseite wurden zum Teil Stäbe angebracht, die eine Hängung ermöglichten. Der schlechte Erhaltungszustand könnte ein Indiz für deren häufige Nutzung sein. Deshalb wurden die am stärksten beschädigten Karten in einem mehrjährigen Projekt restauriert und sind nun wieder nutzbar.

* Michael Aumüller

Zwischen Künstlerkolonie und Heilanstalt

Die Künstlertochter Elisabeth Lang und ihr Ringen um ein normales« Leben

1

1131 mit 134
Hainburg 9. Juli 1914.

Königliches Medicinalkollegium
Stuttg. unt. 1

Benehmen das sachl. Medicinalkollegium
höflichkeit mir eine bitte gestatten zu
wollen.

Leider war es mir nicht möglich bei
dem letzten Besuche des sachl. Medicinal-
kollegiums, infolge der knappen Zeit,
ein Gesuch betröfß meiner Entlassung
vorzubringen.

Meine Entlassung aus der Anstalt wäre
mir in jeder Beziehung sehr erwünscht,
da ich mich andauernd einer guten
Gesundheit erfreue, und mich fortgesetzt
leistungsfähig und geschäftsfähig fühle;
auch lasten mir die Herren Ärzte, dass sie
mich nicht für Anstaltsbedürftig halten.

Leider wird die Entlassung jedoch von meinen
Angehörigen nicht bewilligt, obwohl Herr
Medicinalrat Dr. Keunmüller wiederholt bewilligt

war, seit Februar d. J. daselbst zu erziehen.
Wohin befand ich mich vor und nach der Aufnahme
in die Anstalt in andauernd guter Gesundheit.
Die Aufnahme wurde nun auf Grund von be-
pflichtungen gemacht, seitens meines Vaters, die
je doch unbegründet waren, was mich die Herren
Ärzte hier, sowie ein Arzt, bei dem ich vor dem
Aufenthalt in der Anstalt war, bestätigten.

Sich möchte hier bei noch hervorheben, dass mein
Vater leider seit Jahren in den Anstalten schon ist u.
an Intelligenzverhinderung u. nervöser Herabwürdigung leidet,
u. ihn daher jeder geringfügige Konflikt sehr leicht auf-
regt.

Somit voraussetzte mir die Unvorsichtigkeit meines Vaters seinen
24 jährigen Aufenthalt in der Anstalt, ohne weitere Begrün-
dung, u. es wird mir aus demselben Grunde, seitens meines Vaters,
ein Wechsel des Aufenthaltortes verweigert.

— Soll ich das sachl. Medicinalkollegium
höflichkeit bitten, meine Entlassung aus der Anstalt, und
daneben Umwidmung der Anstaltskosten — ermöglichen
zu wollen.

Sich erlaube mir hiermit dem sachl. Medicinal-
kollegium mein Dank im Voraus für die Bewilligung
auszusprechen.

Mit väterlicher Hochachtung
ergeben
Elisabeth Lang.

✱ Recherchehinweis

Wer sich für die Geschichte von Patientinnen und Patienten interessiert, die in einer psychiatrischen Anstalt in Württemberg bis etwa 1960 behandelt wurden, der sollte immer die zentrale Patientenkartei der württembergischen »Irrrenstatistik« im Staatsarchiv Ludwigsburg (Bestand LABW, StAL F 235 III) konsultieren. Die Kartei ist zwischenzeitlich in einer Datenbank erfasst, sodass kurzfristig Auskünfte daraus erteilt werden können.

- 1 Eigenhändiges Schreiben von Elisabeth Lang an das Medizinalkollegium mit der Bitte um Entlassung aus der Heilanstalt in Weinsberg vom 9. Juli 1914.

Vorlage: LABW, StAL F 234 III Bü 1364

- 2 Fotografie von Elisabeth Lang, angefertigt vermutlich von Anstaltsdirektor Dr. Paul Kemmler in Weinsberg anlässlich ihrer Entlassung am 29. August 1914.

Vorlage: LABW, StAL F 234 III Bü 1364

2



Eine alleinstehende Frau, die ihr Leben außerhalb von familiären Bindungen gestalten wollte, hatte es noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht einfach, ganz besonders, wenn sie sich künstlerisch betätigen wollte und zeitweise psychisch angeschlagen war.

So erging es jedenfalls Elisabeth Lang, deren Schicksal sich anhand ihrer im Staatsarchiv Ludwigsburg überlieferten Krankenakte aus der Heilanstalt Weinsberg zumindest in Umrissen nachvollziehen lässt. Elisabeth Lang wurde 1889 als Tochter des Bildhauers Hermann Lang (1856–1916) in München geboren. Wenn man ihren Angaben bei der Aufnahme in die Klinik

Glauben schenken darf, waren die Verhältnisse in der Familie schwierig. Ihre Eltern werden als *nervös* beschrieben; auch soll ihr Vater den Bruder misshandelt haben. Während der Pubertät kam es zu Konflikten mit den Eltern. Elisabeth Lang fühlte sich unverstanden und suchte Kontakte zu Künstlerkreisen in Berlin und München. Zeitweise hielt sie sich sogar in der Künstlerkolonie auf dem Monte Verita bei Ascona auf. Die junge Frau lernte in dieser Zeit den Psychoanalytiker Otto Gross kennen, der sie wegen ihrer psychischen Probleme nicht nur ärztlich behandelte, sondern im Jahr 1908 unter dem Titel *Elterngewalt* auch einen aufsehenerregenden Aufsatz über ihr Schicksal verfasste. Gross beschreibt sie als *hochbegabte Persönlichkeit von ganz besonders stark markierter Eigenart* und führt ihre angeschlagene psychische Verfassung auf den Konflikt mit dem Elternhaus zurück. Elisabeth Lang war damals bereits von ihren Eltern zu einer stationären psychiatrischen Behandlung gezwungen worden. Im Juli 1909 wurde sie in der Heilanstalt Weinsberg aufgenommen, wo Klinikdirektor Paul Kemmler sie als *träumerisch verschlossenes Wesen* beschreibt und bei ihr ein *Entartungs-irresein* diagnostizierte. In den nächsten Jahren folgten längere Klinikaufenthalte – auch in der geschlossenen Abteilung – und erfolglose Versuche Elisabeth Langs, sich ein Leben außerhalb der Anstaltsmauern aufzubauen. Immer mal wieder hat sich die junge Frau auch durch Flucht der ärztlichen Behandlung zu entziehen versucht. Für sie als alleinstehende Frau blieb außerhalb des Elternhauses nur die Aufnahme bei Verwandten oder in einer Pension, wo sie aber meist nicht allzu lange willkommen war. Der Weinsberger Klinikdirektor scheint ihre Behandlung wohlwollend begleitet zu haben und beurteilte ihren gesundheitlichen Zustand im Grunde hoffnungsvoll. Auffällig sind die unablässigen Interventionen ihres Vaters, der mit der Situation offenbar überfordert war und sie immer aufs Neue in die Klinik verbringen ließ. Ihrer Akte ist auch zu entnehmen, dass sie in Weinsberg künstlerisch tätig war. Wirklich entfalten konnte sie ihr Talent dort aber nicht – wie der Klinikdirektor mit Bedauern bemerkt. Ihre Behandlung endete auf ihren Wunsch hin im August 1914. Sie kam im Stuttgarter Frauenklub unter und begann sich beim nationalen Frauendienst zu engagieren. Was danach aus ihr wurde, wäre noch zu erforschen. In der zentralen Kartei der Psychiatriepatientinnen und –patienten in Württemberg taucht sie in der Folgezeit jedenfalls nicht mehr auf. Im Stuttgarter Adressbuch wird sie als Kunstmalerin unter der Adresse des Frauenklubs aber noch 1920 erwähnt. 1969 verstarb sie in München.

✱ Peter Müller

»Dieses Unwesen muß mit allen Mitteln bekämpft werden.«

Polizeiliche Bauvorschriften zum Schutz von Orts- und Landschaftsbildern vor »Verunstaltungen«

Wer schon einmal ein Haus neu gebaut hat oder eine Änderung an einem alten Haus vornehmen wollte, kennt sie nur allzu gut: örtliche Bauvorschriften, die eingehalten werden müssen. Das kann ganz harmlose Dinge wie die Farbe der Dachziegel betreffen oder auch die Gesamthöhe des Hauses, was im schlechtesten Fall die ganze Raumplanung über den Haufen werfen kann. Diese vermeintlichen *Bürokratiemonster* sollen jedoch vor allem die Verkehrssicherheit gewährleisten oder für ein stimmiges Ortsbild sorgen. In touristischen Regionen wie dem Schwarzwald gibt es solche Bauvorschriften schon sehr lange.

Schon das Anbringen von Firmen- oder Wirtshausschildern oder das Aufstellen von Reklametafeln war genehmigungspflichtig. Diese waren häufig zu auffällig, die Schrift zu modern, das Material nicht heimisch genug. Die Vorschriften setzten teilweise sehr enge Grenzen. So durfte beispielsweise die Winzerstube Zum Becher in Meersburg überhaupt keine Reklametafeln außen anbringen – auch wenn der Entwurf aus Holz und in schöner historischer Schrift geplant war. Laut Landrat würden diese *den Bestrebungen, die Straßen Meersburgs von allen überflüssigen und störenden Reklamen zu säubern, widersprechen*.

In den bei Reisenden beliebten Regionen des Schwarzwaldes wurde streng darauf geachtet, dass das schöne Landschaftsbild nicht zu leiden hatte. So schrieb etwa der Architekt Karl Luckscheiter, Leiter des Ausschusses für das Bauen auf dem Lande des Oberrheinischen Bezirksvereins Freiburg im Breisgau des badischen Architekten- und Ingenieurvereins, über das klassische Schwarzwälder Bauernhaus: [...] *es ist*

ein Gegenstand so voller Schönheit und so voller malerischer Reize, dass das Auge des Schwarzwaldwanderers immer wieder von ihm gefesselt wird, und dass seine charakteristische Bauform geradezu das Schlusstück in allen den entzückenden Landschaftsmotiven bildet, die uns in den schönen Tälern sowohl, wie auf den einsamen Höhen des Schwarzwaldes begegnen.

Auch der 1864 gegründete Badische Schwarzwaldverein kämpfte für das ursprüngliche Bild des romantischen Schwarzwaldes. In der Märzangabe 1929 des Monatsblatts *Der Schwarzwald* wurde ein Artikel über *Die Verschandelung des Dorfbildes* veröffentlicht, in dem die wahllos verteilten Plakate und Schilder moniert wurden. Das Aufstellen von Werbeschildern, vor allem am Ortseingang und entlang der Durchfahrtsstraßen, sollte eigentlich durch die Bauvorschriften verhindert oder zumindest eingedämmt werden. Als Folge der Kritik am *Reklameunwesen* zog die Plakat-Fabrik C. Robert Dold in Offenburg ihr Dauerinserat in den Monatsblättern zurück, denn *es geht natürlich nicht an, dass wir weiterhin in einem Blatte inserieren, welches uns im redaktionellen Teil durch erwähnte Artikel schadet*. Doch die Artikel erzielten mitunter auch positive Wirkungen: So entfernte ein Gastwirt in Hofgrund sämtliche Reklameschilder an seinem Wagenschuppen, nachdem er den Artikel in der oben genannten Ausgabe gelesen hatte.

Örtliche Bauvorschriften haben also eine lange Geschichte und verfolgen nicht etwa das Ziel, Bauherren zu ärgern, sondern sollen vielmehr für ein harmonisches und sinnvolles Zusammenleben vor Ort sorgen. ✱ **Annika Ludwig**

1



1 Hofweier: Verunstaltetes Fachwerkhhaus durch Reklameschilder, 1956.

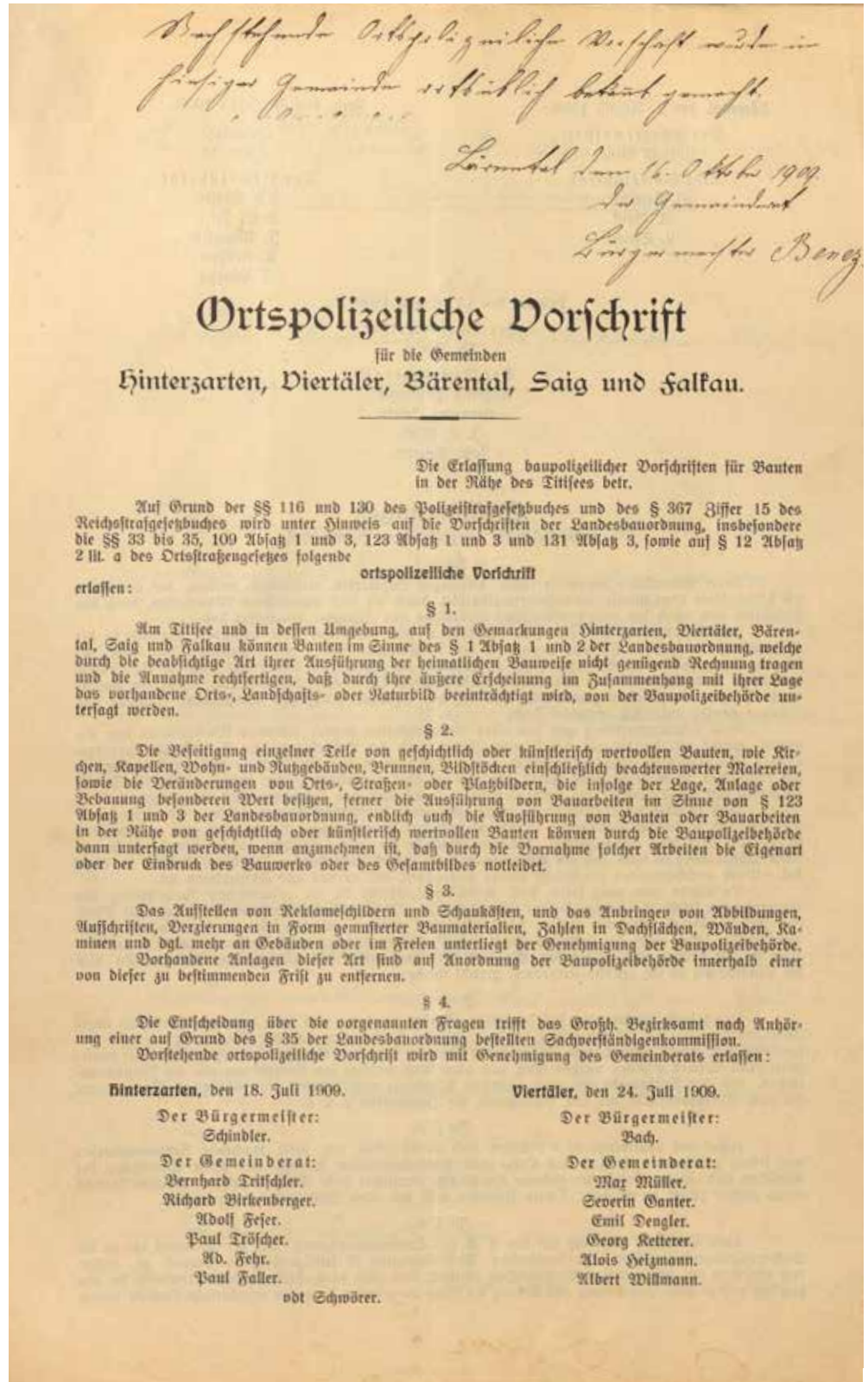
Aufnahme: Willy Pragher

Vortage: LABW, StAF W 134 Nr. 044513b

2 Ortspolizeiliche Vorschrift für die Gemeinden Hinterzarten, Viertäler, Bärenthal, Saig und Falkau - Die Erlassung baupolizeilicher Vorschriften für Bauten in der Nähe des Titisees, 1909.

Vortage: LABW, StAF B 735/1 Nr. 1710

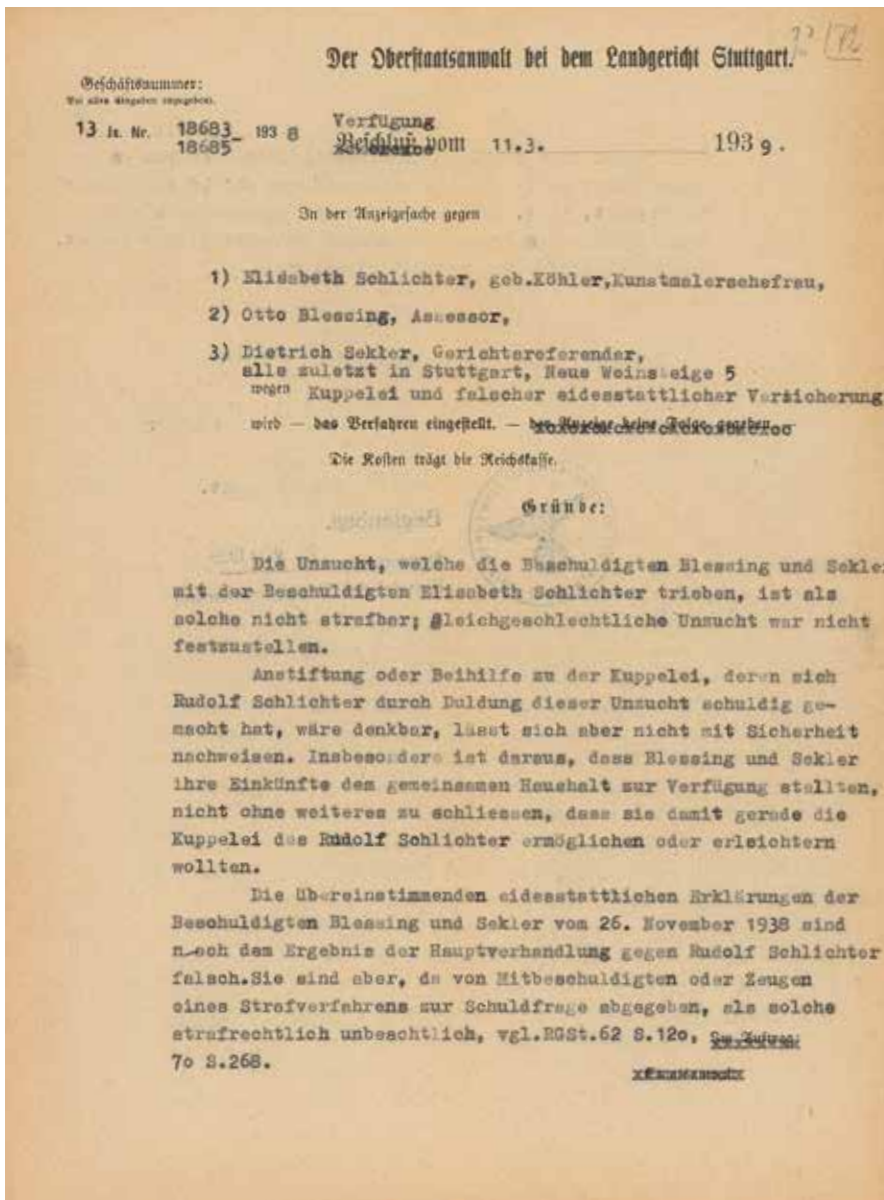
2



»Sodom und Gomorrha« bei Schlichters

Ein Künstlerpaar und zwei angehende Juristen auf Abwegen

1



In der Personalakte des Rechtsreferendars Dietrich (auch Dieter) Sekler (* 1913) finden sich Unterlagen über die Verurteilung des Künstlers Rudolf Schlichter (1890–1955) wegen Kuppelei im Jahre 1939 (LABW, StAL E 309 II Bü 128). Da die Akten des damit befassten Landgerichts Stuttgart im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden, kommt dieser Akte ein besonderer Quellenwert zu. Doch warum enthält die Personalakte des Referendars Dokumente zu einem Prozess wegen Kuppelei?

Sekler wohnte zusammen mit dem Anwaltsassessor Otto Blessing (* 1910) in der jeweiligen Wohnung des Ehepaars Rudolf Schlichter und Elfriede Elisabeth Schlichter (1902–1975), genannt *Speedy*, zunächst in Rottenburg, später in Stuttgart.

Der in Calw geborene Rudolf Schlichter war als Maler und Grafiker ein bedeutender Vertreter der Neuen Sachlichkeit und überdies ein Schriftsteller, der sehr freizügige Texte schrieb. Seine Ehefrau war die Schweizer Schauspielerin und Autorin Elfriede Elisabeth Schlichter, geborene Köhler. Beide führten eine offene Ehe und zeichneten sich durch ein antibürgerliches und nicht den Normen entsprechendes Liebes- und Sexualleben aus. Rudolf war Masochist und Schuhfetischist, den Damenschuhe erregten. Elfriede galt als *femme fatale* oder *Vamp*, die zahlreiche außereheliche Beziehungen – teilweise auch gegen Bezahlung – mit solventen Herren unterhielt. Für Rudolf war Elfriede Muse, Modell und Domina zugleich. Ihre Schilderungen über ihr Liebesleben dienten Rudolf als literarische Inspiration.

Die beiden Juristen waren Untermieter der Schlichters. Alle vier Personen bewohnten gemeinsam die Wohnung. Es gab keine Trennung

- 1 Verfügung des Oberstaatsanwalts beim Landgericht über die Einstellung des Verfahrens gegen Elfriede Schlichter, Otto Blessing und Dietrich (Dieter) Sekler, 11. März 1939.

Vorlage: LABW, StAL E 309 II Bü 128 Qu. 72

- 2 Sitzender weiblicher Akt (Meine Frau II). »Speedy« saß ihrem Gatten häufig nackt Modell. D. Sekler zufolge störte sich das Ehepaar Schlichter nicht daran, wenn dabei auch deren Untermieter Sekler und Blessing zugegen waren. Pinsel in Aquarell, Bleistift, undatiert.

Vorlage: Staatsgalerie Stuttgart, Graphische Sammlung, vormals Sammlung Hugo Borst, Inventarnummer C 1968/1634

- 3 Elfriede Elisabeth Schlichter (1902–1975), genannt »Speedy«, um 1930. Sie stilisierte sich häufig als »Vamp« oder »femme fatale«. Die von ihr getragenen Knöpfstiefel erregten den Schuhfetischisten Rudolf Schlichter. Silbergelatineabzug, Fotoatelier Binder, um 1930.

Vorlage: Staatsgalerie Stuttgart, Graphische Sammlung, Inventarnummer F 2020/673

- 4 Selbstbildnis von Rudolf Schlichter, Bleistiftzeichnung, undatiert.

Vorlage: Städtische Galerie im Lenbachhaus, München, Inventarnummer G 14023

- 5 Aufnahme des Referendars Dieter Sekler auf seinem handgeschriebenen Lebenslauf, 1936.

Vorlage: LABW, StAL E 309 II Bü 128, zu Qu. 19



der Lebensbereiche, man pflegte untereinander ein sehr offenes und freizügiges Verhältnis. So waren nach eigenen Aussagen alle Zimmer, auch Elfriedes Schlafzimmer, allen zugänglich. Die Juristen hatten beide angeblich ein Liebesverhältnis mit *Speedy*, was der Ehemann, der nach eigenen Angaben nur noch ein platonisches Verhältnis zu seiner Gattin unterhielt, duldete. So sollen einer der Juristen oder sogar beide zuweilen gemeinsam mit Elfriede Schlichter in deren Bett geschlafen haben. In den Vernehmungen legten die Juristen aber großen Wert darauf, dass sie miteinander keine homosexuelle Beziehung hatten, da dies in der NS-Zeit bekanntlich zu gefährlichen strafrechtlichen Konsequenzen geführt hätte.

Wie so oft in der NS-Zeit verursachte eine Denunziation die Ermittlungen und schließlich die

Anklage gegen Rudolf. Ihm wurde vorgeworfen, der *Unzucht*, also dem außerehelichen Sexualverkehr, seiner Frau mit den Juristen Vorschub geleistet zu haben. Das Gericht verurteilte ihn daher zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe.

Speedy und die beiden Juristen entgingen zwar einer Verurteilung, doch wurden Sekler und Blessing mit sofortiger Wirkung aus dem Referendariat bzw. dem anwaltlichen Probendienst entlassen. Wegen der *Unzucht* waren sie für den Justizdienst untragbar geworden, was heute undenkbar wäre. Ob die Juristen wirklich Sexualkontakte mit *Speedy* hatten, lässt sich nicht eindeutig sagen. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt ist der Fall nicht nur ein Zeugnis für den Wandel der Sexualmoral im Laufe der Zeit, sondern auch für die verheerenden Folgen einer Denunziation in der NS-Zeit. * Eberhard Merk

- 1 Porträt von Eugen Fischer aus Bad Wildbad (1900–1941) aus seiner Gefangenenaufnahme, 1936. Fischer war Geschäftsstellenleiter der NSDAP in Bad Wildbad und wurde wegen »widernatürlicher Unzucht« zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die er in Ludwigsburg und einem Moortlager verbüßte. Nach der Haftentlassung hat Fischer im Jahr 1941 Selbstmord begangen.

Vorlage: LABW, StAL E 356 d V BÜ 1069

1



- 2 Privates Foto des »Damenimitators« Hilmar Damita (1889–1970), der bis 1933 mit großem Erfolg auf Showbühnen in ganz Deutschland auftrat und sich nach dem Krieg ebenfalls erfolglos um eine Entschädigung wegen seines Auftrittsverbotes während der NS-Zeit bemühte.

Vorlage: LABW, StAL F 215 BÜ 614

- 3 Polizeifoto des »Transvestiten« Toni Simon aus Kornwestheim (1887–1979), aufgenommen 1950. Toni Simon war nach dem Krieg eine Ikone der queeren Community im Raum Stuttgart und gehörte zu den Personen, die sich wegen einer Inhaftierung während der NS-Zeit vergeblich um eine Entschädigung bemühten.

Vorlage: LABW, StAL F 215 BÜ 614

2



- 4 Porträt von August Jäger aus Schwäbisch Gmünd (um 1925). Jäger gehörte in den 1920er Jahren einem Kreis homosexueller Freunde in Schwäbisch Gmünd an, der in das Visier der Polizei geriet. Dank einer geschickten Verteidigungsstrategie kam es damals nicht zu einer Verurteilung. Die Ermittlungsakte enthält zahlreiche Dokumente, die Einblick in ein schwules Netzwerk im eher ländlichen Raum geben.

Vorlage: LABW, StAL F 263 I St 50

4



- 5 Einladung zum Treffen eines homosexuellen Freundeskreises in Schwäbisch Gmünd im Jahr 1925.

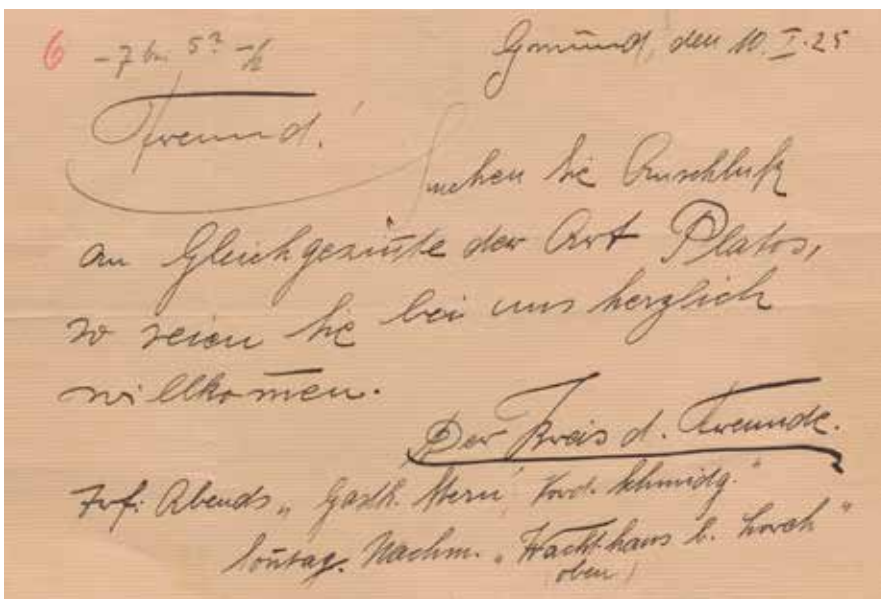
Vorlage: LABW, StAL F 263 I St 50

3



Anders als die anderen Queere Schicksale in den Akten des Landesarchivs

5



Anders als die anderen – so hieß ein deutscher Stummfilm aus dem Jahr 1919, der sich erstmals mit dem Leben Homosexueller beschäftigte und in seiner ursprünglichen Fassung auch ein flammendes Plädoyer des Sexualforschers Magnus Hirschfeld für die Rechte queerer Menschen enthielt.

Trotz mancher Liberalisierungstendenzen in der Weimarer Republik war die Situation queerer Menschen bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg von Diskriminierung und Repression gekennzeichnet. Paragraf 175 des Strafgesetzbuchs stellte homosexuelle Handlungen unter Männern als widernatürliche Unzucht unter Strafe. Unter den Nationalsozialisten wurde er nochmals verschärft und blieb in dieser Fassung bis weit in die Nachkriegszeit in Kraft. Endgültig abgeschafft wurde er erst im Jahr 1994.

Die Lebenswelt queerer Menschen, die sich in der Überlieferung des Landesarchivs vor allem anhand von Akten der Justiz, teilweise auch in Personalakten nachvollziehen lässt, ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Forschung geraten. Neben universitären Forschungsprojekten beschäftigen sich zwischenzeitlich auch eine Reihe von lokalen Initiativen mit der queeren Geschichte vor Ort.

Die Schicksale, die sich in den Archivalien widerspiegeln, sind ausgesprochen vielfältig. Sie dokumentieren nicht nur Verzweiflung und Not, wenn etwa ein Leben während der NS-Zeit im Konzentrationslager endete oder die Ausgrenzung den Betroffenen gar in den Selbstmord trieb. Immer wieder finden sich auch Geschichten über queere Menschen, die Ehen eingingen, um der Diskriminierung zu entgehen, oder die als Alleinstehende erfolgreich ihr Schicksal zu meistern versuchten, beides freilich um den Preis, die Veranlagung allenfalls verdeckt ausleben zu können. Andere kämpften nach einer Verurteilung und der nachfolgenden Entlassung aus dem öffentlichen Dienst hartnäckig um eine berufliche Rehabilitation und wurden deswegen sogar bei höchsten Stellen vorstellig. Die Furcht vor Denunziation und Erpressung waren ebenfalls prägend für den Alltag dieser Menschen. Auch das ist in den Strafakten vielfach dokumentiert. Besonders schwierig zu erforschen ist die Lebenswelt lesbischer Frauen, da sie nicht im Fokus der Strafverfolgung standen. Hier finden sich Informationen über gleichgeschlechtliche Beziehungen eher in Fürsorge- oder Vormundschaftsakten – oftmals auch nur in Andeutungen.

Private Fotos oder gar private Briefe sind auch schon einmal überliefert, wenn sie als Beweismaterial beschlagnahmt wurden. Etwas Besonderes sind mehrere Ordner der Stuttgarter Sittlichkeitspolizei, die wohl als Anschauungsmaterial für die Ermittler dienten und allerhand »unsittliche« Spielarten sexueller Orientierung dokumentieren. Hierin sind auch private Aufnahmen enthalten, darunter Fotos einiger nicht binärer Personen. Diese waren wegen ihres ungewöhnlichen Äußeren, anders als die meist verdeckt lebenden Homosexuellen, als »Transvestiten« oder »Damenimitatoren« auch in Zeiten der Repression öffentlich sichtbar.

Nur in Ausnahmefällen fündig wird man in der Überlieferung der Wiedergutmachungsämter nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn eine queere Person doch einmal einen Entschädigungsantrag wegen Nachteilen im beruflichen Fortkommen oder gar einer Inhaftierung im Konzentrationslager stellte, wurde er regelmäßig abgelehnt. Als Opfer des NS-Regimes galt so jemand nicht, sondern als abnorm veranlagte Person, die es zu bekämpfen galt. Umso mehr verdienen diese Schicksale heute unsere Aufmerksamkeit. ✱ Peter Müller

Ungewöhnlich, ungerechtfertigt, anormal? Gustav Mesmers Begegnung mit der Psychiatrie und die Folgen

1



* Ausstellung

Württembergisches Psychiatriemuseum
Dauerausstellung zu 200 Jahren
Psychiatrieschichte

* Öffnungszeiten

Sa 13.30 – 16.30 Uhr
So & Feiertage 13.30 – 17.00 Uhr

* Information

Mauerstr. 1
88529 Zwiefalten
Führungen auf Anfrage
Weitere Informationen:
[www.wuerttembergisches-
psychiatriemuseum.de](http://www.wuerttembergisches-
psychiatriemuseum.de)



Gustav Mesmer (1903–1994) hat als Künstler, Erfinder und Tüftler in Schwaben und weit darüber hinaus hohe Bekanntheit erlangt. Über Mesmer und seine ikonischen Flugapparate gibt es Bücher, Hörspiele, Ausstellungen und Theaterstücke. Was ihn zeitlebens prägte, waren allerdings auch seine in der Psychiatrie gemachten Erfahrungen.

Gustav Mesmer wurde am 16. Januar 1903 im oberschwäbischen Altshausen als sechstes Kind in einer katholischen und am Ort angesehenen Familie, in der er nicht der erste Künstler war, geboren. Nach einer krankheitsbedingt nicht beendeten Schulausbildung war er als Verdingbub tätig. 1922 wurde Mesmer als junger Mann Novize im Benediktinerkloster Beuron im Donautal. Nach sechs Jahren entschied Mesmer offenbar, den Orden zu verlassen, um zu Hause eine Schreinerlehre zu beginnen.

Nur wenig später, im Jahr 1929, begannen Mesmers Aufenthalte in der Psychiatrie. Über dreieinhalb Jahrzehnte hinweg sollte er in den psychiatrischen Krankenhäusern in Schussenried, und später in Ravensburg–Weißenau, behandelt werden. Seine Aufenthalte in der staatlichen Psychiatrie waren Folge eines Vorfalls am 17. März 1929 in der evangelischen Kirche in Altshausen, als er eine Konfirmationsfeier mit den Worten unterbrach, dies sei nicht Christi Blut, was hier ausgeteilt werde. Die gesellschaftliche Reaktion entsprach der Wahrnehmung von Mesmers Verhalten als Ungehörigkeit oder Unzumutbarkeit. Ungewöhnlich war sein Verhalten allemal.

Nach Hause gebracht, schloss er sich in seinem Zimmer ein und blieb dort die nächsten Tage – auch für seine Familienangehörigen zwischenmenschlich kaum erreichbar. Der Hausarzt diagnostizierte eine Form von Schizophrenie. Gustav Mesmer selbst hingegen bezeichnete den Vorfall in seinen späteren autobiografischen Aufzeichnungen als religiösen Unfall.

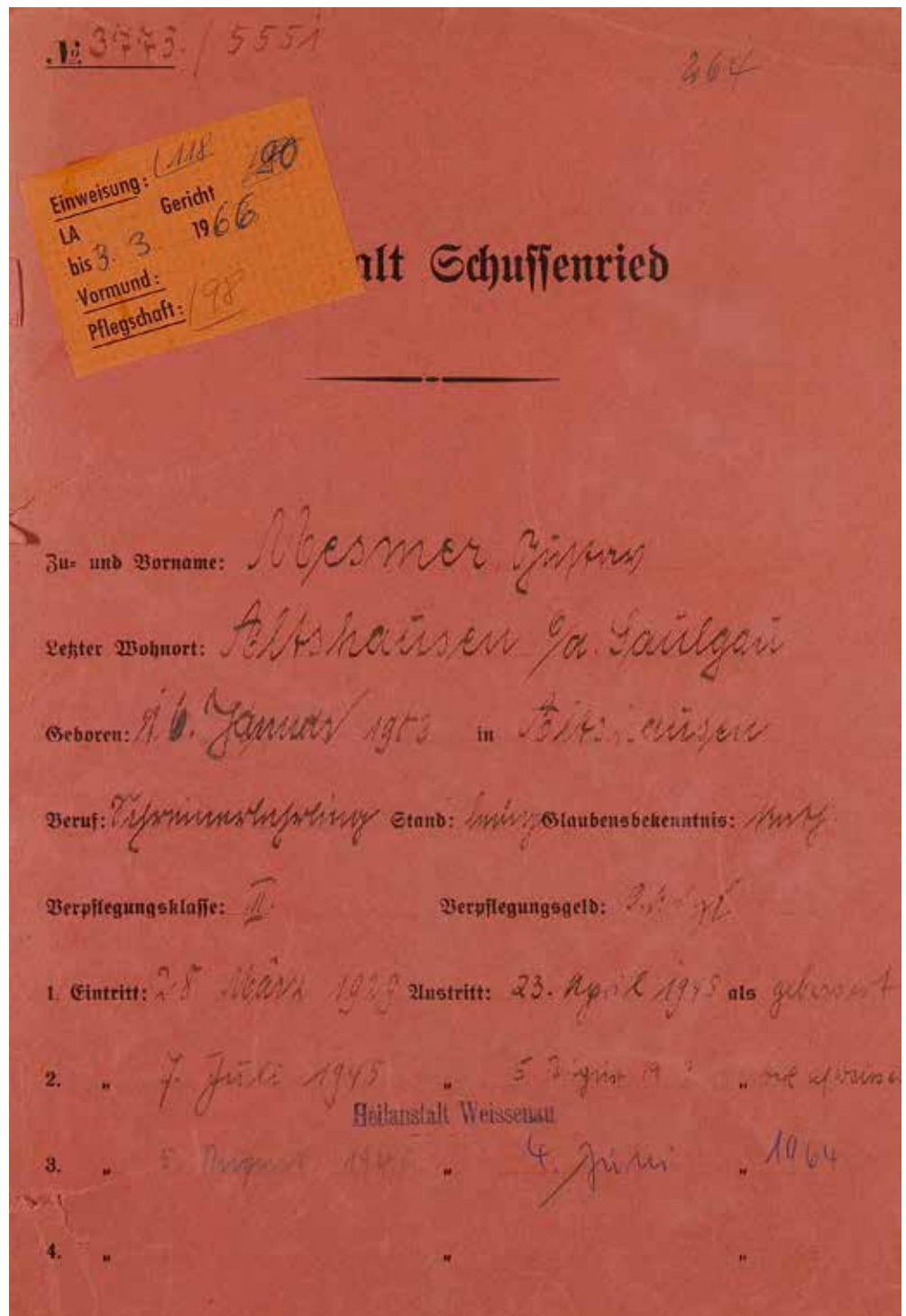
Nach seiner Einweisung in die Psychiatrie hoffte er lange Zeit auf eine baldige Entlassung, doch eine Rückkehr nach Hause war auch

familiär nicht vorstellbar. In der Heilanstalt Schussenried litt Mesmer an der Tatenlosigkeit und Gleichförmigkeit des Alltags. Er verschaffte sich jedoch kurze persönliche Freiheiten: Elf Mal floh der als ruhig, hilfsbereit und fleißig beschriebene Mann aus der Anstalt. Die Zeit des Nationalsozialismus erlebte Mesmer in der Heilanstalt Schussenried. Den Deportationen der »Euthanasie« nach Grafeneck entging Mesmer, wohl auch aufgrund seiner Arbeitsfähigkeit.

Mesmer galt bereits in jungen Jahren als talentierter Zeichner, musste aber notgedrungen Buchbinden und Korbflechten erlernen. Mesmers künstlerisch produktive Zeit ist vor allem nach seiner von ihm erwünschten Verlegung in die Heilanstalt Weißenau bei Ravensburg zu verzeichnen. Ab 1949 beschäftigte er sich in einer Werkstatt mit Flugrad-Erfindungen, die er aus allen möglichen kostenlos zur Verfügung stehenden Materialien baute. Heute denkt man dabei vielleicht an Upcycling. Er zeichnete vielfältige Variationen seiner Apparaturen, verfasste Schriften, Gedichte und gestaltete Broschüren. Auch der Wunsch nach Entlassung aus der Psychiatrie, nach wirtschaftlicher und persönlicher Selbstständigkeit, nach der Beziehung zu einer Frau, auch einer Heirat, wurden ihm wichtige Anliegen in diesen Jahren. Durch den entschiedenen Einsatz seiner Schwägerin und seines Bruders konnte er 1964 das damalige Psychiatrische Landeskrankenhaus Weißenau verlassen und fand Aufnahme in einem Altenheim in Buttenhausen im Lautertal, einem Teilort von Münsingen auf der Schwäbischen Alb.

Gustav Mesmer hatte hier die Freiheiten, die er sich immer gewünscht hatte. Er verfügte über eine eigene Werkstatt. Flugversuche mit umgebauten Fahrrädern in Buttenhausen wurden weit über die Region hinaus bekannt. Erst später wurde die Öffentlichkeit auch darauf aufmerksam, dass er verschiedene Musikinstrumente erfand und seine Zeichnungen und Ölgemälde von zweifelsfrei hoher künstlerischer Qualität waren. Seit den 1980er Jahren wurde Mesmers Werk zunehmend als Outsider

2



✳ Literaturhinweise

Uta Kanis-Seyfried und Thomas Müller: »Von Buttenhausen nach Sevilla. Gustav Mesmer (1903-1994) - Flugradbauer und Patient«, Teil der Wanderausstellung »Künstler-Patient*innen aus Württemberg und Baden«. Württembergisches Psychatriemuseum 2017.

Ulrich Mack: Flugradbauer - Privatmönch - Visionär. Gustav Mesmer, sein religiöses Suchen und Denken. Zwiefalten 2018.

Juliane Stiegele: Gustav Mesmer. Wo die Schule versagt, geht das ganze Leben einen Nebenweg. In: Utopia Toolbox: Werkzeuge für die Arbeit an der Zukunft. München 2013. S. 405-416.

Gustav Mesmer. Flugradbauer »Ikarus vom Lautertal genannt«. Photographien, Texte, Skizzen. Hg. von Kultur unterm Schirm. Kirchentellinsfurt 2002.

Kerstin Hopfensitz: Der Ikarus vom Lautertal. Gustav Mesmer als Künstler. In: Altshausen Hefte. Beiträge zur Geschichte, Kultur und Natur von Altshausen und Umgebung 11 (2014) S. 94-109.

- 1 Schwingenflugerät und Drachenflugerät, Zeichnung von Gustav Mesmer, undatiert.
Vortage: © Gustav Mesmer Stiftung, CC BY-NC-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de> <https://bawue.museum-digital.de/singleimage?imagenr=21198>
- 2 Titelseite der Krankenakte Gustav Mesmers.
Vortage: LABW, StAS Wü 68/2 T3 Nr. 3718

Art rezipiert. Angesichts der hohen Bedeutung professionellen Malens in der Tradition der Großfamilie überrascht dies wenig. Sehr beeindruckend war daher eine von Sabine Mücke kuratierte Gesamtwertschau Mesmers im Friedrichshafener Zeppelin Museum im Jahr 2015. Internationale Bekanntheit hatte Gustav Mesmer bereits anlässlich der Weltausstellung 1992 in Sevilla erlangt. Dort wurden einige seiner Arbeiten gezeigt, auch wenn er altersbedingt nicht mehr persönlich teilnehmen wollte. Gustav Mesmer starb kurz vor Heilig-

abend, am 23. Dezember 1994, im Krankenhaus Münsingen.

Die Patientenakte Gustav Mesmers aus der Heilanstalt Weißenau ist im Staatsarchiv Sigmaringen überliefert (LABW, StAS Wü 68/2 T 3 Nr. 3718). Zahlreiche Briefe, die Mesmer noch nach der Entlassung an das Anstaltspersonal schrieb, illustrieren seinen eigenen Blick auf die Ereignisse und die Erlebnisse rund um seine unfreiwilligen Psychiatrieaufenthalte.

✳ **Dr. Bernd Reichelt** und **Prof. Dr. Thomas Müller**
Universität Ulm / ZfP Südwürttemberg

»Der Zulassung von Frauen zum Amt des Berufsrichters wird als untunlich widersprochen«

Der steinige Weg der Juristinnen (zurück) ins Berufsleben nach 1945

1 Personalbogen von Marta Schietrumpf.

Vorlage: LABW, HStAS EA 4/154 Bü 363

2 Schreiben des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Landesjustizverwaltung an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. März 1953.

Vorlage: LABW, HStAS EA 4/202 Bü 16

Als Archivarin blättere ich häufig in Akten, deren Papier unscheinbar wirkt, deren Inhalt jedoch von Beharrlichkeit und bitterer Ironie erzählt. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts an Juristinnen gehört zu diesen leisen, aber aufschlussreichen Kapiteln der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Bereits der Einstieg in den juristischen Beruf war Frauen in der NS-Zeit systematisch versperrt. Mit dem *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* von 1933 wurde ihr Anteil am Studium auf zehn Prozent begrenzt. Ab 1935 folgte der nahezu vollständige Ausschluss: keine Richterinnen, keine Staatsanwältinnen, keine neuen Rechtsanwältinnen. Wer dennoch das Examen erfolgreich ablegte, stand vor verschlossenen Türen.

Nach 1945 öffneten sie sich nur zögerlich – und oft nur scheinbar. Als die westdeutschen Justizminister Anfang 1953 berieten, ob Juristinnen wegen ihrer Zurückweisung zwischen 1933 und 1945 Anspruch auf Wiedergutmachung hätten, lautete die einhellige Antwort: nein. Die Begründung wirkt aus heutiger Sicht kafkaesk. Weil Richterinnen schon vor 1933 umstritten und daher selten gewesen seien, könnten sie auch keinen Schaden erlitten haben. Hamburg verwies dabei sogar stolz auf ein Gutachten von 1919, das die Zulassung von Frauen zum Richteramt als *noch untunlich* bezeichnet hatte.

In diesen Strukturen bewegte sich auch Marta Schietrumpf. Sie hatte 1938 ihr Staats-

examen abgelegt. 1951, verheiratet mit einem in der DDR inhaftierten Mann, fand sie Arbeit – allerdings lediglich als juristische Hilfsarbeiterin. Da sie tatsächlich Aufgaben einer Volljuristin erfüllte, zog sie 1952 vor das Arbeitsgericht Karlsruhe. Sie führte die Klage selbst, rechnete penibel vor, dass ihr über 6.000 DM zustanden, und zeigte sich dennoch kompromissbereit. Erst nach Rücknahme der Klage erhielt sie die Höhergruppierung.

Doch auch danach blieb ihr der Zugang zum Beamtenstatus verwehrt. Ab 1956 kämpfte Schietrumpf um ihre Verbeamtung. Weil sie vor 1945 – gerade aufgrund des damaligen Ausschlusses von Frauen – keine Dienstzeiten vorweisen konnte, benötigte sie Sondergenehmigungen mehrerer Ministerien. Der Schaden, den sie erlitten hatte, wurde ihr damit erneut zum Nachteil. Erst mit über 50 Jahren wurde sie zur Regierungsassessorin ernannt.

Zwar erkannte der Bundestag 1955 an, dass Frauen *lediglich aus dem Grunde, weil sie Frauen waren*, geschädigt worden seien. Dennoch wollte man sie nicht als Verfolgte im Sinne der Wiedergutmachungsgesetze anerkennen. Häufig blieb nur eine begrenzte Anrechnung verlorener Zeit – sofern den Betroffenen überhaupt die Rückkehr in den Staatsdienst gelang. Die Akten zeigen: Wiedergutmachung war für Juristinnen weniger ein einklagbarer Anspruch als ein weiterer Kampf. Gerade darin liegt ihre Aussagekraft über das lange Nachwirken alter Denkmuster in einem neuen Staat. ✱ **Nina Fehlert-Weiss**

Strenge Regeln beim Brauchtum

Keine badischen Frauentrachten für New York

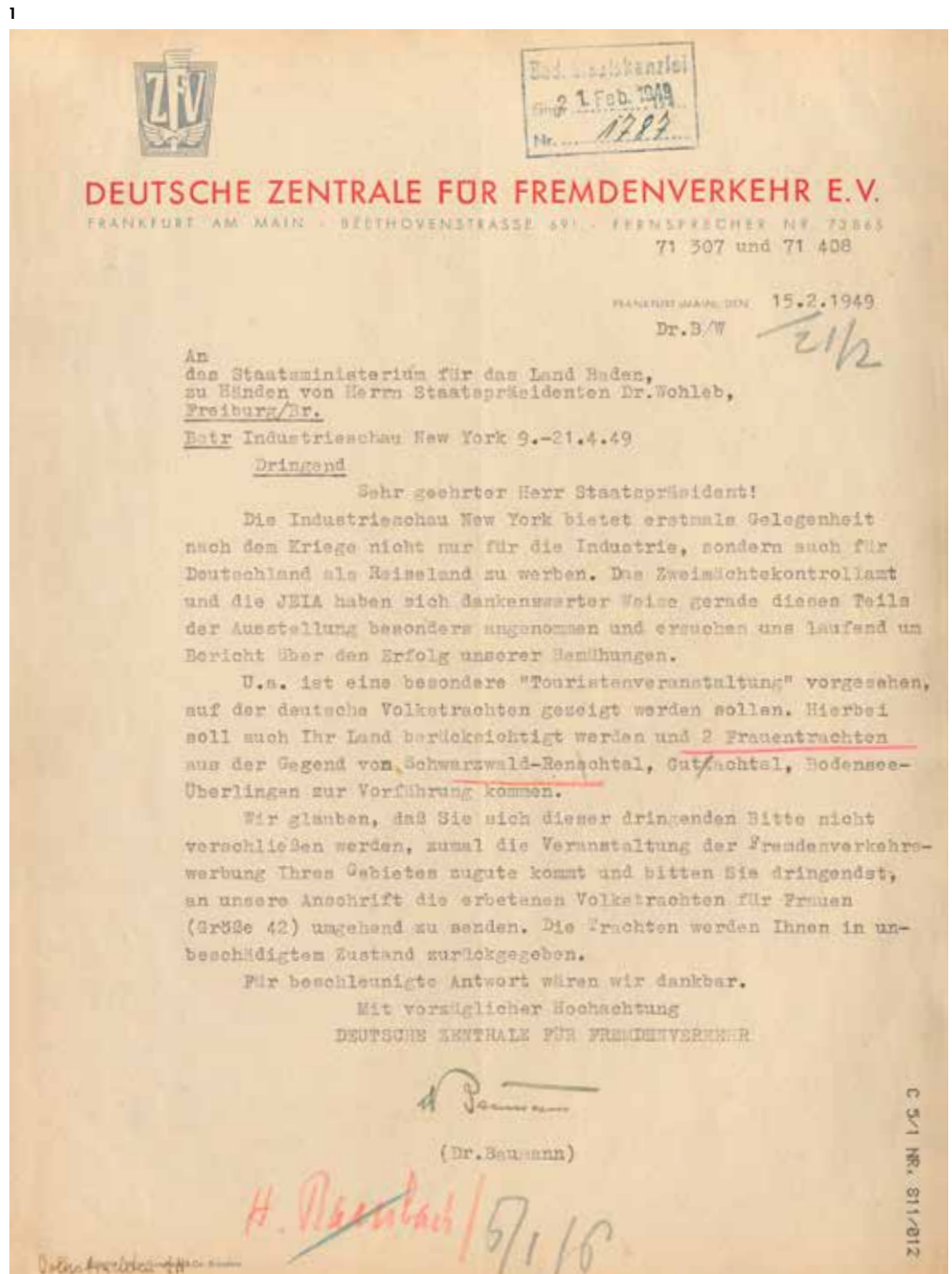
- 1 Anfrage der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr e. V. an die Badische Staatskanzlei vom 15.02.1949.

Vorlage: LABW, StAF C 5/1 Nr. 811

- 2 Freiburg: Tag der Heimat; Gutacher Trachten, Gruppe am Münsterplatz, 15.07.1956.

Aufnahme: Willy Pragher

Vorlage: LABW, StAF Symbol W 134 Nr. 043022a



2



Im Februar 1949 erreichte die Badische Staatskanzlei ein Schreiben der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr e. V. in Frankfurt am Main. Erstmals nach dem Krieg, so das Schreiben, ergebe sich im Frühjahr 1949 die Gelegenheit, auf einer Industrieschau in New York für Deutschland als attraktives Reiseland zu werben. Bei dieser Veranstaltung sei unter anderem vorgesehen, deutsche Volkstrachten werbewirksam zu präsentieren. Auch das Land Baden solle mit 2 Frauentrachten aus der Gegend vom Schwarzwald-Renschtal [sic!], Guttachtal [sic!], Bodensee-Oberschwaben bei der Trachtenschau berücksichtigt werden. Man sei sich von Seiten der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr sicher, dass die Badische Staatskanzlei das Vorhaben unterstütze und bitte daher darum, die erbetenen Volkstrachten für Frauen (Größe 42) umgehend zu übersenden. Eine Rückgabe derselben in unbeschädigtem Zustand werde zugesichert.

In der Badischen Staatskanzlei hielt sich die Begeisterung über die in New York geplante

Trachtenschau indes in Grenzen. Laut einem internen Aktenvermerk begrüßte man zwar grundsätzlich eine Vertretung des Landes Baden bei der Industrieschau in New York, hatte aber bezüglich der Form der vorgesehenen Verkehrswerbung starke Bedenken. Das Tragen einer Volkstracht durch fremde Personen sei eine Verfälschung, da bei der Volkstracht Person und Kleid eine unteilbare Einheit darstellen. Werde diese Einheit nicht beachtet, dann entstehe eine Maskerade und man erweise der Volkstracht einen schlechten Dienst. Bevor man der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr antwortete, holte man noch eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Schwarzwälder Volksleben, dem Vorläufer des Bunds Heimat und Volksleben ein, des noch heute existierenden Dachverbandes der Badischen Trachtenvereine.

Dort teilte man die Skepsis der Staatskanzlei gegenüber der beabsichtigten Zurschaustellung badischer Trachten als Werbemittel, zumal es auch große Schwierigkeiten gäbe, solche Trachten für die Ausstellung in New York leihweise zu beschaffen oder gar neu herzustellen. Man hielt diese Art von Fremdenverkehrswerbung daher für *durchaus ungeeignet und unpassend* und könne und wolle hier auch nicht behilflich sein.

Ende März antwortete dann die Badische Staatskanzlei der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, indem sie dieser eine Abschrift des Antwortschreibens der Arbeitsgemeinschaft Schwarzwälder Volksleben mit der Ergänzung zukommen ließ, dass die Staatskanzlei der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft auf Grund vorliegender Kenntnis derartiger Verhältnisse beitrete. Man hoffe, dass die Ablehnung in den Vereinigten Staaten nicht auf Unverständnis stoße und bitte darum, dort mitzuteilen, dass es die Bevölkerung der Gemeinden, in denen noch Volkstrachten getragen werden, sehr freuen würde, wenn Amerikaner nach Baden kämen und sich an Ort und Stelle von diesem lebendigen alten Volksbrauch überzeugten. ✱ Jochen Rees

»Normhäusle« als neue Heimat

Siedlungsbau der Nachkriegszeit in Nordbaden

Aufbaugesetz, I. Wohnungsbaugesetz, Verordnung über die Wirtschaftlichkeits- und Wohnflächenberechnung, Badische Landesbauordnung, Bebauungspläne usw.: Wer weiß da noch, wie man bauen darf? Und wie teuer darf's sein?

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand Wohnungsmangel: Städte lagen in Trümmern; zudem benötigten zahlreiche Heimatvertriebene eine Unterkunft. Eine Postkartenserie der *Neuen Heimat für den Landkreis Buchen* mit Ansichten neu errichteter Siedlungen titelt 1950 *Kampf gegen das Wohnungselend*. Die *Neue Heimat Buchen*, gegründet 1946 auf Initiative von Pfarrer Heinrich Magnani (1899–1979), verschrieb sich dem Aufbaugesetz (1948) folgend der Schaffung von Wohnraum. Sie verstand dies als sozialen Beitrag. Im Oktober 1950 vermeldete der Landrat die Fertigstellung von 245 Häusern mit 436 Wohnungen in 10 Gemeinden. Auch in anderen Kreisen Badens gründeten sich gemeinnützige Baugenossenschaften unter dem Namen *Neue Heimat*.

Möglich machten den raschen und sozialen Wohnungsbau mitunter die Entwicklung von Typen und Standards für Bauten und Bauteile, wie es das I. Wohnungsbaugesetz (1950) vorschlug. Das Siedlungswerk *Neue Heimat* in Freiburg schrieb am 3.11.1947 an den *Präsidenten des Landesbezirks Baden* (amerikanische Zone) zum Bauvorhaben in Busenbach: [...] *in der gleichen Siedlung kann im Interesse [...] der Verbilligung der Häuser nur immer ein Typ zur Ausführung kommen. Die einzelnen Typen sind genormt.* Auf diese Weise entstanden in vielen Orten Badens *Nebenerwerbs- oder Kleinsiedlungen* mit demselben Haustyp in Serie, zum Eigentumserwerb oder zur Miete. Bei der Erbauung waren die Heimatvertriebenen teils selbst tätig. Für die Siedlung in Buchen entwarf der Architekt Egon Eiermann (1904–1970) im Jahr 1946 ein- und zweigeschossige Typenhäuser als Einzel- und Doppelhäuser. Die Art der Architektur wird mit *Einfachheit und disziplinierte Gleichmäßigkeit* beschrieben (vgl. Birgit

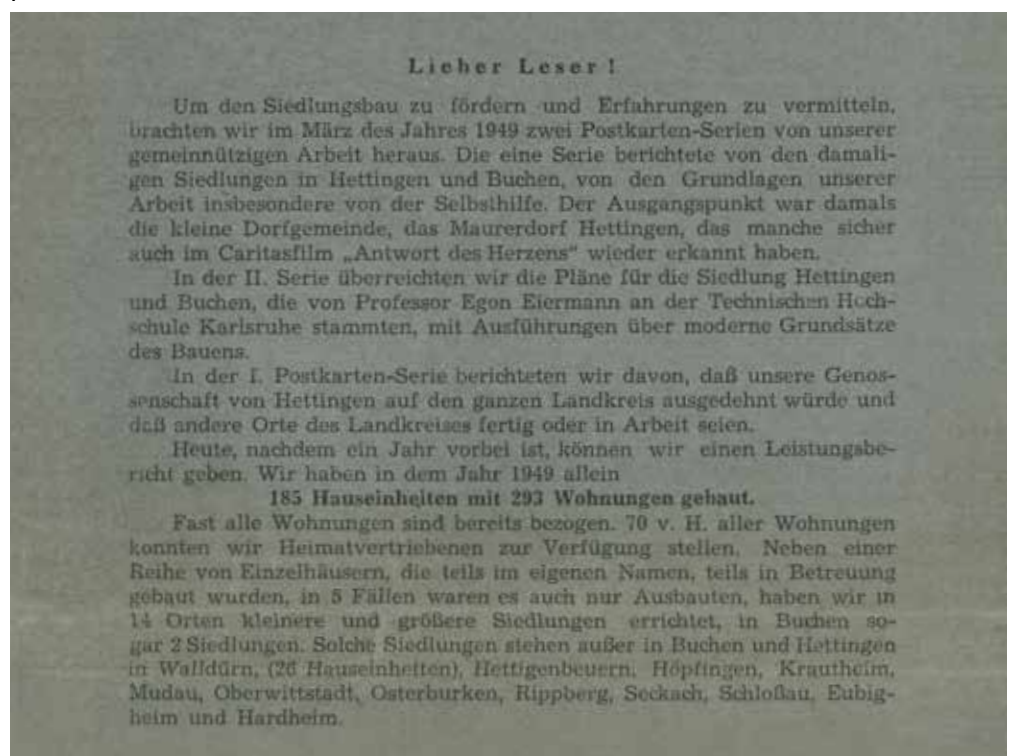
1 Text zur Postkartenserie »Kampf gegen das Wohnungselend«, gez. Pfarrer Magnani, »Neue Heimat« Buchen, 1950.

Vorlage: LABW, GLAK F-S Postkarten Nr. 258 w

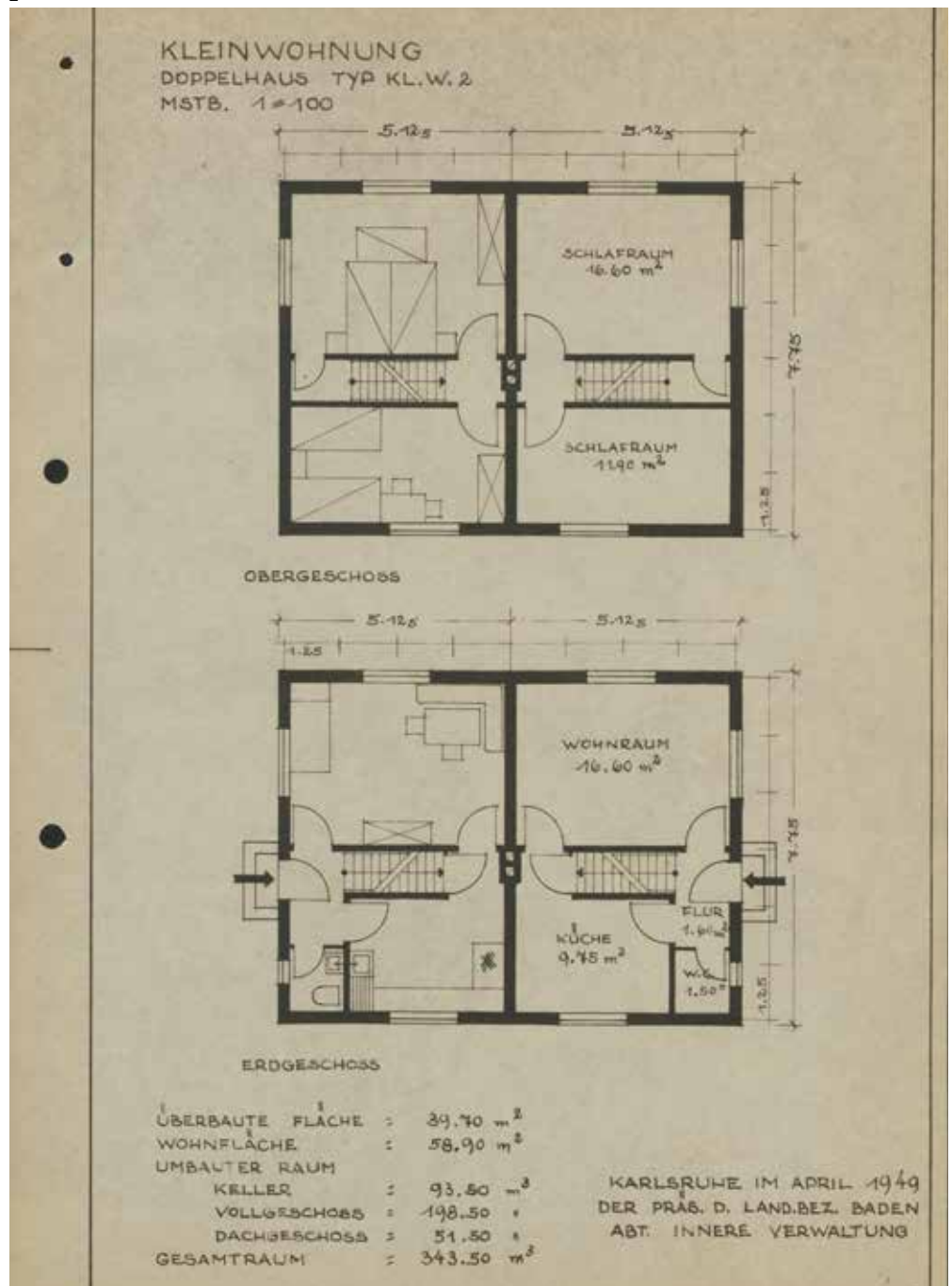
2 Kleinwohnung Doppelhaus Typ KL.W.2, hg. vom »Präsident des Landesbezirks Baden«, April 1949.

Vorlage: LABW, GLAK 357 Nr. 31246

1



2



Nelissen, SAAI). Der Mosbacher Ingenieur Franz Meßmer spricht 1949 in einer Gedenkschrift zu den Siedlungen der *Neuen Heimat* Mosbach vom *Normalhaus*.

1949 legte der Präsident des Landesbezirks Baden den Kommunen und gemeinnützigen Bauunternehmen drei Planentwürfe zur allgemeinen Verwendung, ohne Zwang, vor: ein Kleinsiedlungstyp als Einfamilienhaus und eine Kleinwohnung als Reihen- oder Doppelhaus. Zudem ordnete man eine Standardisierung von Fenstern, Innen- und Außentüren an. Eine entsprechende Information ging mitunter an die *Neue Heimat* in Busenbach, wo ab 1947 unter dem Architekten Gregor Schroeder

(1906–1976) eine Siedlung mit Haustyp für die dortige Hanglage entstand. Aufgrund der baulichen Forderungen der Landesplanungsstelle traten jedoch Spannungen auf. Denn mit der entstehenden Kostensteigerung wäre kein sozialer Wohnungsbau möglich.

Die Bauakten der Nachkriegszeit im Generallandesarchiv Karlsruhe gewähren einen Blick auf das *Normhäusle*. Am Beispiel Hettingen wurde diese Art des Siedlungsbaus zeitgenössisch als *Bauweise der Zukunft* gelobt. Während die damaligen Baugenossenschaften nicht mehr bestehen, könnte das Thema bezahlbarer Wohnungsbau aktueller nicht sein.

* Sara Diedrich

1



Raumfahrtstandards fürs Archiv

Normen und Normentwicklung bei der digitalen Archivierung

1 Das Modell eines digitalen Archivs nach OAIS sieht verdächtig ähnlich wie der Aufbau der klassischen Archive aus.

Vorlage: Reference Model for an Open Archival Information System (OAIS). Magenta Book 2024. ccsds.org/Pubs/650x0m3.pdf

* Literaturhinweise

Bericht des amerikanischen Rechnungshofs [www.gao.gov/assets/imtec-90-1.pdf](https://www.gao.gov/assets/imtec/90-1.pdf)

OAIS ccsds.org/Pubs/650x0m3.pdf

PREMIS www.loc.gov/standards/premis/

DIN 31644-Kriterien und nester Siegel d-nb.info/1334021635/34

Die amerikanische Luft- und Weltraumagentur NASA war vermutlich die erste Einrichtung überhaupt, der die Sinnhaftigkeit von Normen für die digitale Archivierung brachial beigebracht werden musste. Seit den 1960er Jahren hatte die NASA pro Jahr mehrere Zehntausend Dateien von ihren bahnbrechenden Weltraummissionen erstellt, auf Magnetbändern gesichert und schließlich wieder vergessen. Als Ende der 1980er Jahre der oberste Rechnungshof der Vereinigten Staaten nach diesen Daten fragte, hatte sich ein Bestand von über einer Million Magnetbändern aufgehäuft. Nur 20 Prozent der Bänder entsprachen den Vorgaben des Nationalarchivs (NARA). Ein substanzieller Teil der Informationen aus den frühen Weltraummissionen der NASA war unwiederbringlich verloren. Das Echo des Rechnungshofs ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Heute wissen wir, dass die schiere Zahl der digital zu erhaltenden Daten nur über Standards, einheitliche Verarbeitungswege und darauf aufbauende Automatisierung bewältigt werden kann. Es bedarf spezialisierter Einrichtungen, die die Verantwortung für die Erhaltung und Zugänglichkeit der Unterlagen übernehmen. Es werden also Archive benötigt. Damals war diese Erkenntnis noch neu. Der Rechnungshof forderte die NASA daher auf, einen Standard zu schreiben, durch den solche Verluste in Zukunft vermieden werden sollten. 1994 konnten Don Sawyer und Louis Reich einen ersten Entwurf veröffentlichen. Nach 20 nationalen und 20

internationalen Workshops wurde dann das *Open Archival Information System* (OAIS) einmal als frei im Internet herunterladbarer Standard und zugleich als die käuflich erhältliche ISO 14721 veröffentlicht.

OAIS wurde so zu dem zentralen *Mutterstandard* für alle nachfolgenden Standards zur digitalen Archivierung. Er prägt etwa 60 Begriffe zur digitalen Archivierung und kann in klassischen Archiven und bei Luftfahrtunternehmen, in Bibliotheken und in Krankenhäusern gleichermaßen angewandt werden, also überall, wo digitale Daten zumindest jahrzehntlang aufbewahrt werden müssen. So können sich nun Informatiker und Bibliothekare, Archivarinnen und alle anderen Vertreter dieser Einrichtungen verständigen. Zugleich hat diese universelle Einsetzbarkeit auch einen Preis: OAIS ist denkbar abstrakt und muss erst noch für die konkrete Anwendung ausbuchstabiert werden. Es entstand ein ganzer Blumenstrauß von Substandards wie beispielsweise PAIMAS und PAIS für die Übernahme digitaler Unterlagen. Eine vergleichbare Standardfamilie entstand auch in Deutschland beim DIN mit den Normen DIN 31644 (Kriterien für vertrauenswürdige digitale Langzeitarchive) bis DIN 31648.

1996 fragte sich eine Expertengruppe aus amerikanischen Bibliotheken, wie denn vertrauenswürdige digitale Archive zertifiziert werden könnten. In den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und Deutschland entstanden drei Projekte, die um 2010 auch entsprechende Standards vorlegen konnten: Der CoreTrustSeal mit 16 Kriterien, die DIN 31644 mit 34 Kriterien und die sehr OAIS-nahe ISO 16363 mit über einhundert Kriterien. Welcher dieser Standards wohl am besten zur praktischen Anwendung geeignet ist?

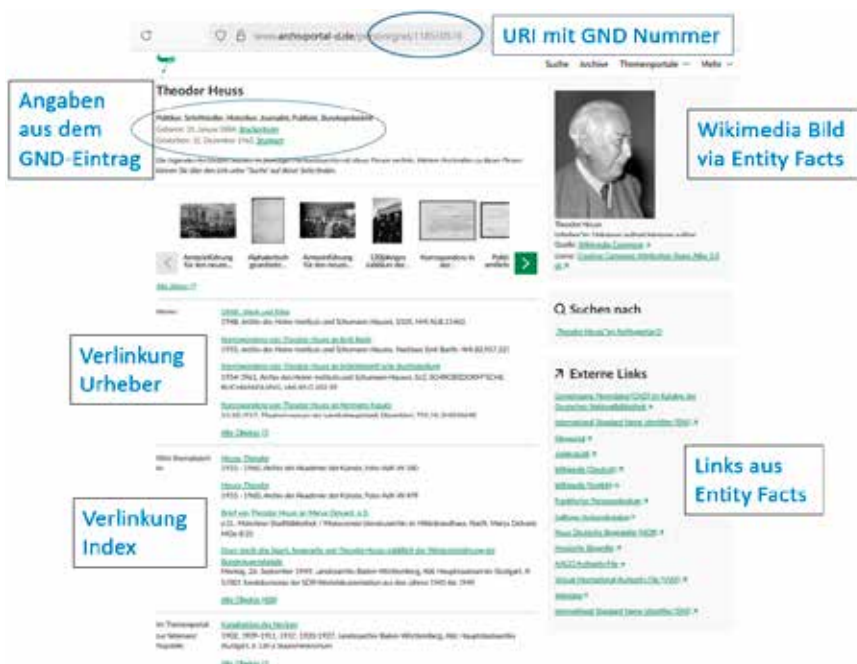
2006 überlegten ebenfalls amerikanische Bibliothekarinnen und Bibliothekare, wie Findmittel für digitale Unterlagen aussehen sollten. Im Standard PREMIS wurde das Konzept der Repräsentation vorgestellt, an dem sich seitdem die erweiterte Fachgemeinschaft orientiert.

Was also wären die heutigen digitalen Archive ohne die Vorarbeiten der Weltraumfahrer und der Bibliothekarinnen und Bibliothekare aus den Vereinigten Staaten? Es dauerte lange, bis diese Erkenntnis auch bei den klassischen Archiven angekommen war. Noch 2019 veröffentlichte der Internationale Archivrat seinen neuesten Erschließungsstandard, ohne Bezug auf das Repräsentationsmodell nach PREMIS zu nehmen. Erst die massive Kritik der Fachleute aus dem Bereich sorgte dafür, dass in der neuen Version von *Records in Contexts* diese Lücke geschlossen wurde. Es wird aber noch einige Zeit dauern, bis diese Welten auch ganz zusammengebracht sind. * Christian Keitel

Normdaten im Archivportal-D

Nutzerorientierte Erschließung mit der GND

1



1 Informationsseite zu Theodor Heuss im Archivportal-D.

Vorlage: Screenshot Archivportal-D

Die Recherche zu historischen Akteuren in Archiven ist oft komplex: Personen tauchen in verschiedenen Beständen als Korrespondent, Autorin oder abgebildete Persönlichkeit auf, Körperschaften in unterschiedlichen Kontexten. Ohne verbindende Identität bleiben diese Zusammenhänge unsichtbar. Hier setzen Normdaten wie die Gemeinsame Normdatei (GND) an: Sie vergeben eindeutige Identifikatoren für Personen, Körperschaften, Orte, Werke und Themen und vernetzen Daten über Institutionen hinweg.

Seit ihrer Gründung 2012 bündelt die GND die zuvor getrennten Normdateien für Personen, Körperschaften, Schlagworte und Einheits-titel. Mit rund 15 Millionen Datensätzen ist sie das zentrale Normdatenvokabular im deutschsprachigen Raum. Jeder Datensatz besitzt eine stabile URI (Uniform Resource Identifier), die in Bibliotheken, Archiven, Museen und digitalen Plattformen genutzt werden kann. Dank der

offenen Vernetzung im Linked-Data-Format lassen sich Objekte verschiedener Einrichtungen automatisch miteinander verknüpfen.

Die Öffnung der GND für Archive hat ihren Nutzen deutlich erweitert. Projekte wie *GND für Kulturdaten* und die Interessengruppe Archiv haben archivische Anforderungen in die Weiterentwicklung eingebracht. Personen aus archivalischen Beständen lassen sich so identifizieren, ihre Bezeichnung standardisieren und mit bestehenden Datensätzen verknüpfen.

Besonders praktisch ist die Nutzung der GND in der Online-Recherche. Portale wie die Deutsche Digitale Bibliothek und das Archivportal-D können automatisch Informationsseiten für Personen und Körperschaften erzeugen, die einen komfortablen Sucheinstieg bieten. Dies geschieht für Personen und Körperschaften, für die sich im Portal eine GND-Referenz in den Indexfeldern *Person* oder *Organisation* oder als Urheberangabe findet. Ergänzt durch den Service Entity Facts liefern die Informationsseiten biografische Daten, Bilder und externe Verknüpfungen zu Wikipedia oder anderen Normdateien. Über die Informationsseiten können Nutzerinnen und Nutzer Objekte unterschiedlicher Bestände gezielt in Beziehung setzen. Schreibvarianten und Dubletten werden automatisch vereinheitlicht, bislang verborgene Verbindungen zwischen Archivbeständen oder zwischen Bibliotheken und Archiven werden sichtbar.

Die GND übernimmt damit eine zentrale Infrastrukturrolle: Sie liefert eine gemeinsame Sprache, verknüpft Wissen über Institutionen hinweg und macht historische Zusammenhänge transparent. Fachleute wie interessierte Laien profitieren, da die Suche über Personen- und Organisationsseiten den Zugriff auf verstreute Informationen erheblich erleichtert. Für Archive bedeutet dies eine effizientere Erschließung, gesteigerte Sichtbarkeit ihrer Bestände und bessere Einbindung in die überregionale Forschung. ✱ **Verena Mack**



Rückblick auf das Jahr 2025

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg

Das Jahr 2025 hat das Landesarchiv Baden-Württemberg in vielerlei Hinsicht vor Herausforderungen gestellt. Um diese in den kommenden Jahren erfolgreich zu bewältigen, hat das Landesarchiv eine Strategie für die Jahre 2026 bis 2028 entwickelt. Der Strategieprozess verdeutlicht, dass die Handlungsspielräume bei der Mittelverwendung und dem Personaleinsatz begrenzt sind. Das hat zur Folge, dass innerhalb aller Arbeitsbereiche eine Priorisierung erfolgen muss und für die dauerhafte Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen notwendig sind. Trotz dieser angespannten Situation konnten im letzten Jahr zahlreiche positive Arbeitsergebnisse erreicht werden, die im vorliegenden Jahresbericht dargestellt werden.

Kooperationen und Projekte

Ein lang ersehnter Fortschritt für die historische Forschung

Das von der Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe initiierte und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) drei Jahre lang geförderte Projekt *Urkunden der Pfalzgrafen bei Rhein. Erschließung, Digitalisierung und virtuelle Zusammenführung zwischen 1449 und 1508 entstandener Dokumente aus Baden-*

Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz als Themenportal im Archivportal-D fand im April seinen erfolgreichen Abschluss. Zahlreiche Urkunden wurden für das Projekt erstmalig oder völlig neu erschlossen.

Die Nutzung bislang verstreuter Urkundenbestände kann nun jederzeit bequem von zu Hause aus erfolgen. Ein Zugriff auf das hochauflösende Digitalisat ermöglicht die Überprüfung des Regests am Original und erlaubt, in die Detailbestimmung der mittelalterlichen Quellen einzutauchen. Darüber hinaus sind die Urkunden im Themenportal mit zahlreichen Indizes und Schlagworten übergreifend verknüpft. Themenkacheln auf der Startseite laden zur Entdeckung mittelalterlicher Lebenswelten ein. Insgesamt rund 7.000 Urkunden aus sechs beteiligten staatlichen Archiven (Landesarchiv Baden-Württemberg – Generallandesarchiv Karlsruhe, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Staatsarchiv Amberg, Landesarchiv Hessen – Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Landeshauptarchiv Koblenz und Landesarchiv Speyer) stehen mit ihren Regesten und Digitalisaten im Archivportal-D zur Verfügung.

Themenportal: www.archivportal-d.de/themenportale/urkunden-pfalzgrafen



Entscheidung der Spruchkammer Freiburg im politischen Reinigungsverfahren Julius Gehrum, 1948. Julius Gehrum war Leiter der Gestapo in Straßburg und wurde 1947 hingerichtet.

Vorlage: LABW, StAF D 180/18 Nr. 3542

Entnazifizierungsunterlagen aus Frankreich online gestellt

Ein Lückenschluss der besonderen Art konnte im Dezember in der Abteilung Staatsarchiv Freiburg gefeiert werden: 2021 hatten sich das Landesarchiv und das Archiv des französischen Außenministeriums in La Courneuve darauf verständigt, die in Frankreich

befindlichen Entnazifizierungsunterlagen für Südbaden zu digitalisieren und dem Staatsarchiv Freiburg zur Verfügung zu stellen. Die rund 90 laufenden Meter wurden in Frankreich digitalisiert und insgesamt 1,5 Millionen Digitalisate an das Staatsarchiv Freiburg übergeben. Darunter befinden sich knapp 7.000 umfangreichere Einzelfallakten zu teils prominenten Personen wie etwa Hanns Martin Schleyer oder Martin Heidegger. Darüber hinaus enthalten die Unterlagen Informationen über zehntausende weitere Personen. Ein großer Teil davon ist nun über das Findmittelsystem des Landesarchivs frei zugänglich, der Rest folgt in den nächsten Jahren nach dem Ablauf entsprechender Schutzfristen. Die Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg und die freundliche Unterstützung der französischen Seite haben das Vorhaben möglich gemacht. Durch die gelungene Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg sind nun sämtliche für die NS-Zeit in Südbaden einschlägigen Bestände online recherchierbar.

Akte im Online-Katalog: www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-2559148



Bestand im Online-Katalog: www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-2494890



Abschluss des Projekts *Denunziation, Repression, Verfolgung*

Die Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe bewahrt rund 12.000 Akten des NS-Sondergerichts Mannheim. Deren Potential zu heben, um es für die pädagogische und politische Bildungsarbeit zu nutzen, war das Ziel des gemeinsamen Projekts *Denun-*



Schulgruppe beim Aktenstudium im Generallandesarchiv Karlsruhe.

Aufnahme: LABW, GLAK

ziation, Repression, Verfolgung. Politischer Dissens und Alltagskriminalität vor den NS-Sondergerichten 1933–1945 der Schülerakademie Karlsruhe e. V. und des Generallandesarchivs. Finanziert wurde es von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Bundesministerium für Finanzen. Nach mehr als eineinhalb Jahren präsentierten die Mitwirkenden Ende November 2025 die Ergebnisse ihrer Arbeit (siehe hierzu auch Beitrag im Heft S. 50).

Anhand authentischer Quellen mit regionalem Bezug erforschten die Jugendlichen die Mechanismen eines Unrechtsregimes. Gemeinsam mit dem Projektteam bereiteten sie ihre Ergebnisse so auf, dass sie auch künftig für schulische Zwecke eingesetzt werden können. Als Plattform dafür dient das vom Landesarchiv betriebene Landeskundeportal LEO-BW. Die dort bereitgestellten Materialien ermöglichen die eigenständige Beschäftigung mit den Dokumenten.

Begleitend zum Projekt fanden verschiedene gut besuchte Veranstaltungen statt, darunter mehrere Lehrerfortbildungen und Workshops sowie eine von den Schülerinnen und Schülern vorbereitete szenische Lesung. Zudem wurde das Vorhaben bei der Karlsruher Tagung für Archivpädagogik, auf der Bildungsmesse Didacta in Stuttgart, beim Karlsruher *Fest der jungen Forscher*, bei der Karlsruher Museumsnacht und auf dem Deutschen Archivtag in Fulda vorgestellt. Ein besonderer Erfolg war die Verleihung des Ludwig-Marum-Preises am 5. November: Das Projekt zeige, *was geschieht, wenn Recht missbraucht wird – und warum die Verteidigung des Rechtsstaats keine historische, sondern eine höchst aktuelle Aufgabe ist*, so Boris Weirauch MdL in seiner Laudatio.

Themenmodul: www.leo-bw.de/fr/web/guest/themenmodul/ns-justiz-in-baden



3.000 Archivboxen für das Nationalarchiv von Namibia

Seit 2018 beteiligt sich das Landesarchiv mit mehreren Vorhaben an der Namibia-Initiative des Landes Baden-Württemberg. Ziele der in Kooperation mit dem namibischen Nationalarchiv in Windhoek durchgeführten Projekte sind der Erhalt und die



Ndamiang Hangula, Chief Archivist im Nationalarchiv von Namibia, vor Magazinregalen. Die Archivboxen hat das Landesarchiv im Frühjahr dorthin liefern lassen.

Aufnahme: LABW

Zugänglichmachung archiver Quellen aus der deutschen Kolonialzeit von 1884 bis 1915. Im letzten Jahr wurde ein weiteres zweijähriges Projekt begonnen, bei dem der Fokus weiterhin auf der konservatorischen Sicherung der Unterlagen des Nationalarchivs von Namibia liegt, zum anderen soll die Nutzung der historischen Überlieferung aus der deutschen Kolonialzeit erleichtert werden. Für die dauerhafte Sicherung des Kulturguts spielt die fachgerechte Verpackung der Akten eine zentrale Rolle. Eine neue Lieferung von 3.000 säurefreien Archivboxen im Frühjahr 2025 gewährleistet künftig eine optimale Aufbewahrung der Unterlagen aus der deutschen Kolonialzeit.

Gemeinsam mit einer Restauratorin aus dem Landesarchiv unterstützten drei Studierende der Universität Heidelberg in einem zweimonatigen Praktikum die namibischen Kolleginnen und Kollegen bei der Arbeit. Für die geplante Übersetzung der deutschsprachigen Findmittel ins Englische diskutierten beide Seiten die technischen und fachlichen Voraussetzungen. Zudem wurde gemeinsam eine Konkordanz für problematische Begriffe erarbeitet, die sich einer rassistischen und herabwürdigenden Sprache bedienen.

Das gemeinsame Nachdenken über das historische Erbe der Kolonialzeit kann so Perspektiven für einen künftigen kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern öffnen.

Neue Datenpartner und Angebote im Archivportal-D

Am Landesarchiv ist die Fachstelle Archiv der Deutschen Digitalen Bibliothek und des damit verbundenen Archivportals-D angesiedelt. Sie ist die erste Anlaufstelle für Archive, die an den Portalen teilnehmen wollen, und unterstützt bei der Datenaufbereitung und -lieferung. Diese Services wurden auch 2025 gut angenommen und leisten einen essentiellen Beitrag zum Ausbau der Portale. Im vergangenen Jahr ist die Anzahl der im Archivportal-D verfügbaren Verzeichnungsinformationen um vier Millionen auf mehr als 36 Millionen gestiegen. Verantwortlich für den Zuwachs sind unter anderem neue Datenpartner wie zum Beispiel das Stadtarchiv Tübingen.

Über seine Themenportale bietet das Archivportal-D Zugang zu Archivgut zu speziellen Themenschwerpunkten. Neu hinzugekommen ist 2025 das Themenportal *Urkunden der Pfalzgrafen* (siehe hierzu auf S. 40), das im Rahmen eines DFG geförderten Projektes unter Federführung der Abteilung Generallandesarchivs Karlsruhe entwickelt wurde. Zugleich liefen die Entwicklungsarbeiten für das Themenportal *Rechte Gewalt* an, an dessen Umsetzung das Landesarchiv mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ebenfalls intensiv beteiligt ist (siehe hierzu auf S. 45). Das Themenportal wird am 24. April 2026 online gehen und unter folgender Adresse erreichbar sein: www.archivportal-d.de/themenportale/rechte-gewalt.

Themenportal Wiedergutmachung um Personensuche erweitert

Das Themenportal *Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts* wird innerhalb des Archivportals-D als zentraler Zugang zur gesamten Überlieferung der deutschen Wiedergutmachungspolitik aufgebaut. Seit Anfang an ist das Landesarchiv als technischer und fachlicher Partner an den Arbeiten beteiligt.

Zu den großen Neuerungen, die im vergangenen Jahr veröffentlicht wurden, gehört eine Demoversion der Personensuche. Damit ist ein wichtiger Meilenstein innerhalb des Themenportals erreicht. Die Suchfunktion bietet die Möglichkeit, anhand von Namen, Lebensdaten oder anderen Merkmalen gezielt nach Personen zu suchen, die einen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt haben oder für die ein solcher gestellt wurde. Mittels neuer Suchfilter, etwa nach Wohnorten, Berufen und Verfolgungsgründen, sind nun differenzierte und auch gruppenbezogene Anfragen an die Datensätze möglich. Und auf neu konzeptio-

nierten *Personenseiten* lassen sich alle Archivobjekte zu einer Person gebündelt anzeigen.

Auch die einschlägigen Bestände des Landesarchivs werden mittelfristig digital für das Themenportal Wiedergutmachung bereitstehen: Ein groß angelegtes, vom Bundesministerium der Finanzen gefördertes Projekt zur Digitalisierung aller 120.000 im den Archivabteilungen verwahrten Entschädigungsakten in den kommenden Jahren steht kurz vor der Unterzeichnung.

Themenportal: www.themenportal-wiedergutmachung.de/



Nastasja Pilz und Verena Mack, Referentinnen im Landesarchiv, bei der Betreuung des gemeinsamen Stands von NFD14Memory, Deutscher Digitaler Bibliothek, Archivportal-D und Themenportal Wiedergutmachung auf dem Deutschen Archivtag 2025 in Fulda.

Vorlage: LABW, Abt. 2, Timo Holste

Aus unserem Aufgabenkatalog

Überlieferungsbildung

Eine bedeutsame Weichenstellung für die Arbeit des Landesarchivs, aber auch für die kommunalen Archive im Land war im vergangenen Jahr die Verabschiedung des neuen Landesarchivgesetzes für Baden-Württemberg. Die Neufassung löst das Landesarchivgesetz von 1987 ab, das deutschlandweit das erste Gesetz seiner Art war. Seitdem haben sich die Aufgaben von Archiven stark gewandelt, in den letzten Jahren vor allem bedingt durch die digitale Transformation. Das neue Archivgesetz trägt dieser Entwicklung Rechnung und schafft eine verlässliche Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des Landesarchivs. Es berücksichtigt unter anderem, dass Verwaltungsunterlagen im digitalen Zeitalter zunehmend in elektronischer Form und nicht mehr in Papierform entstehen.

In der Überlieferungsbildung zeigt sich bereits, dass immer mehr Verwaltungszweige mit der Aussonderung von Unterlagen aus ihren jeweiligen E-Aktensystemen beginnen. Gleichzeitig trennen sich Behörden verstärkt von ihrer Papierregistratur und bieten das Schriftgut dem Landesarchiv an. In einem zweitägigen Workshop im Januar haben die für die Auswahl der archivwürdigen Unterlagen zuständigen Kolleginnen und Kollegen die Rahmenbedingungen analysiert und diskutiert, wie sich das Landesarchiv diesen Herausforderungen stellen kann. Es folgten konkrete Schritte. Für die *E-Akte Land* hat das Landesarchiv mit dem eigens dafür programmierten Aussonderungstool *WAVE* einen effizienten Anbietersprozess entwickelt und die Vorbereitungen für die *E-Akte Justiz* intensiviert. Im November war es soweit: Erstmals wurden aus rund 3.000 angebotenen E-Akten des Innenministeriums 180 archivwürdige Akten ermittelt und erfolgreich in das digitale Magazin des Landesarchivs überführt. Diese Aussonderung dient als Blaupause für kommende Anbietersungen aus der Landesverwaltung.

Zu den erwähnenswerten Übernahmen im Bereich der analogen Überlieferung gehört unter anderem das Familienarchiv der Grafen Üxküll-Gyllenband. Im November 2025 wurde es der Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart in München als Depositum übergeben. Es enthält vor allem Briefe des Grafen Nikolaus von Üxküll-Gyllenband (1877–1944), seiner Frau Ida (1887–1952) sowie der Schwestern von Graf Nikolaus, Alexandrine Gräfin von Üxküll-Gyllenband (1873–1963), Caroline verheiratete von Stauffenberg (1875–1956) und Albertine verheiratete von Hofacker (1872–1946). Die rund 800 Briefe von etwa 1900 bis 1950 vermitteln ein anschauliches Bild der geistigen Welt, in der die Attentäter des 20. Juli 1944, Claus und Berthold von Stauffenberg sowie ihr Vetter Caesar von Hofacker, aufgewachsen sind.

Die Abteilung Staatsarchiv Freiburg übernahm im letzten Jahr 40 Regalmeter Schriftgut der Pädagogischen Hochschule Freiburg von ihrer Gründung 1962 bis in die Mitte der 1990er Jahre. Eine Reihe von Unterlagen der Vorgängereinrichtungen, der *Pädagogische Akademien Freiburg*, reichen sogar noch weiter zurück. Sie ermöglichen ein plastisches Bild der Entwicklung der Hochschule: von Forschung, Lehre und Organisation bis hin zu den Konflikten in den politisch aufgeheizten späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Der Bestand wurde bereits erschlossen; ein Online-Findmittel steht für die Recherche bereit.

Erschließung und Digitalisierung

Das Landesarchiv hat 2025 wieder eine Reihe von Erschließungs- und Digitalisierungsvorhaben erfolgreich abgeschlossen und für die Nutzung zugänglich gemacht. Damit kommt das Landesarchiv zum einen dem Wunsch vieler Nutzerinnen und Nutzer nach umfassendem Onlinezugriff auf Findmittel und Bestände nach. Zum anderen begreift es vor allem die Digitalisierung als Chance für neue Möglichkeiten in der Bestandserhaltung und Bildungsarbeit, aber auch für die Erhöhung seiner Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Wichtig ist in diesem Zusammenhang anzumerken: Ohne zusätzliche Fördermittel ist – gerade bei größeren Erschließungs- und Digitalisierungsprojekten – eine angemessene Erschließung von Archivgut aufgrund fehlender Personalressourcen kaum möglich. Beispielhaft sei hier auf folgende Vorhaben innerhalb des Landesarchivs hingewiesen, die im letzten Jahr beendet werden konnten:

Die Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart hat den Nachlass des früheren baden-württembergischen Wissenschaftsministers Klaus von Trotha (1938–2025) erschlossen. Er gehörte von 1976 bis 2001 dem Landtag von Baden-Württemberg an und war von 1991 bis 2001 als Wissenschaftsminister Mitglied der Landesregierung von Baden-Württemberg. Daneben verfolgte Klaus von Trotha zahlreiche weitere gesellschaftspolitische Engagements, die sich ebenso wie seine politischen Grundsatzzustellungen zur baden-württembergischen Wissenschaftspolitik anhand zahlreicher Unterlagen (Reden, Aktenvermerke, Korrespondenzen, Handakten etc.) in seinem breiten Nachlass niedergeschlagen haben.

Die Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg brachte ein mehrjähriges Projekt zur Erschließung der zentralen Kartei von Psychiatriepatienten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Abschluss. Die Nutzung der Kartei, die zu den zentralen Quellen für die Erforschung von Schicksalen der NS-Krankenmorde in Württemberg gehört, wird damit deutlich erleichtert. Darüber hinaus konnte dank der Förderung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg das Archiv der Familie Geizkofler digitalisiert werden, ein bedeutsamer Bestand zur Geschichte Europas im 16. und 17. Jahrhundert. Ein Schwerpunkt der Arbeiten in der Repräsentation bildete daneben die Reproduktion von Akten des Landesamts für Wiedergutmachung, die Interessierten weltweit eine kostenlose Nutzung dieser Überlieferung ermöglicht. Das Bundesministerium der Finanzen unterstützt dieses Angebot finanziell.

Nutzung

2025 brachte eine deutliche Steigerung der Nutzungsanfragen mit sich: Sowohl über die allgemeine E-Mail-Adresse des Landesarchivs als auch bei vielen seiner Standorte gingen in diesem Jahr deutlich mehr Anfragen als in den Vorjahren ein. Diese Zunahme lässt sich überwiegend auf genealogische Auskunftswünsche zurückführen: Von klassischer Stammbaumerstellung über Klärung der Vergangenheit der eigenen Vorfahren in der NS-Zeit bis hin zu Anfragen zu den Wiedergutmachungsunterlagen und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten treten die Nutzerinnen und Nutzer mit vielfältigen Anliegen an das Landesarchiv heran.

Eine zentrale und viel genutzte Quelle für die Familienforschung – die *Personenstandsunterlagen* – hat das Landesarchiv weiter zugänglich gemacht. Dabei handelt es sich um die badischen Standesbücher sowie die Zweitschriften der württembergischen Kirchenbücher aus dem 19. Jahrhundert. Sie sind für die Zeit vor der Einführung der amtlichen Personenstandsregister in den Jahren 1870–1876 die einzige systematische Aufzeichnung über Lebensdaten von Personen. Dieser einschlägige und seit langem digitalisierte Quellenbestand steht nun auch im Kirchenbuchportal *Matricula* zur Verfügung. So können die Register dort neben anderen Kirchenbüchern aus ganz Europa recherchiert werden.

Nach wie vor ist die analoge Nutzung in den Lesesälen kein Auslaufmodell, sondern ein wichtiger Baustein im Serviceangebot des Landesarchivs. Die Zahl der Nutzungen im Landesarchiv insgesamt stieg von rund 6.900 im Vorjahr auf knapp 7.300 Nutzertage im Jahr 2025. Einen Zuwachs um zehn Prozent konnte die Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe verzeichnen. Dazu beigetragen hat die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Schulen. Im November 2025 wurde das Ergebnis eines mehrjährigen Schulprojekts des Hilda-Gymnasiums Pforzheim in einem innovativen Format freigeschaltet, das *Fusionbook: Hitler nennt mich Sara*. Über mehr als drei Jahre hinweg befassten sich mehrere Projektgruppen des Hilda-Gymnasiums mit den Lebensgeschichten jüdischer Schülerinnen ihres Gymnasiums vor, während und nach der NS-Zeit. Daraus hervorgegangen ist eine sehr gekonnte Komposition aus Film-, Audio- und Textelementen mit eindrücklichen Ego-Dokumenten ehemaliger Hilda-Schülerinnen.

FusionBook: www.spurensuche-pforzheim.de/ebooks/e-book-startseite



Startseite des Themenmoduls »NS-Justiz in Baden«.
Vorlage: LABW, Abt. 2

Das Landeskundeportal LEO-BW

Beim landeskundlichen Informationssystem LEO-BW konnte trotz fehlender Personalressourcen das inhaltliche Angebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Wie bereits in den Vorjahren sind die Zugriffszahlen erneut gestiegen. Außerdem konnten drei neue Themenmodule veröffentlicht werden. In Zusammenarbeit mit der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg entstand die Onlineversion des umfangreichen *Badischen Klosterbuchs*, die den Inhalt der gedruckten Bände noch erweitert. Lehrkräfte und Studierende der Abteilung Landesgeschichte der Universität Stuttgart erarbeiteten darüber hinaus zum 500. Gedenkjahr ein Themenmodul zum Bauernkrieg mit besonderem Fokus auf den Ereignissen im deutschen Südwesten. Das dritte neue Themenmodul ist aus dem gemeinsamen Projekt der Schülerakademie Karlsruhe und des Generallandesarchivs Karlsruhe hervorgegangen und widmet sich der *NS-Justiz in Baden*. Ein e-Guide und ein Scrolly-Telling-Format unterstützen bei der Recherche in ausgewählten Akten der NS-Sondergerichte Mannheim und Freiburg. Erweitert wurde zudem das bestehende Themenmodul *Jüdisches Leben im Südwesten* um ein virtuelles Modell der historischen Hauptsynagoge Mannheims. In der dort angesiedelten Mediathek zu *Gurs 1940* stehen außerdem neue Dokumentarfilme und Musikstücke zur Verfügung. Ein echter Hingucker ist der neue virtuelle Rundgang durch das inzwischen rückgebaute Mehrzweckgebäude der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, in dem die RAF-Prozesse stattfanden. Erfreulich ist nicht zuletzt die Entwicklung der LEO-BW-App *Landauf, LandApp BW*. Inzwischen stehen dort 25.000 Beiträge zur Verfügung. Regelmäßig werden neue Inhalte hochgeladen und von anderen Personen kommentiert.

LEO-BW: www.leo-bw.de



Bestandserhaltung

Das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut am Standort Ludwigsburg veranstaltete im Juli in Kooperation mit der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart die Jahresfortbildung zum Thema *Notfallmanagement – von der Entwicklung bis zur Bewältigung*. Das Programm bot praxisnahe Einblicke in den Schutz und die Rettung von Kulturgütern bei Notfällen. Experten aus Archiven, Restaurierung und Kulturgutschutz berichteten über Erstversorgung bei Havarien, den Einsatz des Abrollbehälters Kulturgutschutz Baden-Württemberg sowie moderne Techniken wie die Gefriertrocknung. Zudem wurden Erfahrungen aus realen Einsätzen, etwa 2021 im Ahrtal, geteilt. Die Fortbildung stellte die Bedeutung eines effektiven Notfallmanagements für die Bestandserhaltung im Landesarchiv heraus, um das kulturelle Erbe nachhaltig zu sichern. Praktische Hilfsmittel und innovative Restaurierungsprojekte rundeten das Programm ab und förderten den Austausch zwischen Fachleuten (siehe hierzu Beitrag im Heft auf S. 55).



Die Jahresfortbildung des Instituts für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut zum Notfallmanagement stieß auf große Resonanz.

Vorlage: LABW, IFE

Kommunikation und Bildung

Autokratische Tendenzen, Fake News und Extremismus in unserer heutigen Welt, aber auch der Blick zurück in die Geschichte zeigen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Vielmehr gilt es, sich mit ihr zu beschäftigen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die innerschulische Demokratiebildung und die außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie bieten in der Auseinandersetzung mit Recht und Unrecht zahlreiche Anknüpfungspunkte, die durch Kooperationen zwischen Archiven, Schulen und außerschulischen Partnern vertieft werden können. Mit diesem Themenkomplex befassten sich rund



Screenshot aus dem Storytelling-Projekt mit Jakob Murer auf Instagram.

Vorlage: LABW, Leitungsstab

100 Teilnehmende auf der 26. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik zum Thema *UNRecht vermitteln!* Die Tagung wurde von der Abteilung Archivischer Grundsatz diesmal zusammen mit dem Projekt *Denunziation – Repression – Verfolgung* der Schülerakademie Karlsruhe und der Abteilung Generallandesarchiv organisiert. Als außerschulischer Lernort ist das Landesarchiv nach wie vor ein gefragter Partner. Führungen und Unterrichtsmodule für Schulklassen stießen auch 2025 auf große Resonanz. Die Abteilungen Staatsarchiv Ludwigsburg und Staatsarchiv Wertheim (siehe hierzu S. 47) schlossen darüber hinaus Bildungspartnerschaften mit Schulen aus ihren Regionen. Damit wurde die gemeinsame Zusammenarbeit auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Dass ein vielfältiges Vermittlungsangebot ein diverses Publikum erreichen kann, machte unter anderem die Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg deutlich. Das Spektrum der Besuchergruppen, die sich meist anhand bestimmter Themen über die Arbeit des Archivs informieren lassen, umfasste alle Altersgruppen und reichte von privaten Kleingruppen über Schulklassen und Uniseminare bis hin zu Vertretern aus staatlichen Einrichtungen.

Im Social-Media-Bereich ging das Landesarchiv mehrere größere Kooperationen ein. So beteiligte sich das Archiv unter anderem am digitalen Storytelling-Projekt *#LAUTseit1525*, das vom Landesmuseum Württemberg initiiert wurde und die Große Landesausstellung zum Bau-

ernkrieg flankiert hat. Im Mai erschienen 14 Collaboration Posts von Landesarchiv und dem Account *Magda_lautseit1525* auf Instagram. Der Großteil der Beiträge erzählte die Geschichte eines der wichtigsten Chronisten des Bauernkriegs: Jakob Murer, Abt des Kloster Weißenau. Als Zeitzeuge hielt er in der Weißenauer Chronik seine Erinnerungen zum Bauernkrieg fest. Das fiktionale, aber faktengestützte Storytelling basierte auf einer Abschrift dieser Chronik aus dem 18. Jahrhundert, die sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart befindet. Umrahmt wurden die Posts von Reels, in denen der Leiter der Abteilung Hauptstaatsarchiv Prof. Dr. Peter Rückert als Ausstellungskurator Hintergrundinformationen lieferte.



Felix Fuchs (oben) und Niklas Kaufmann (unten) sind zwei von acht Auszubildenden für den gehobenen Archivdienst am Landesarchiv.

Aufnahme: LABW, HStAS

Start der Ausbildung für den gehobenen Archivdienst

Im Oktober starteten acht neue Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen Archivdienst ihre dreijährige Ausbildung am Landesarchiv. In einer Mischung aus Theorie und Praxis werden sie auf den Berufsalltag als Archivarinnen und Archivare vorbereitet. Dazu gehören Stationen in der Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart, an der Archivschule Marburg, an der Hochschule Ludwigsburg und an weiteren öffentlichen Archiven in Baden-Württemberg. Die Auszubildenden bringen unterschiedliche Erfahrungen mit. Manche von ihnen haben erst vor wenigen Monaten ihr Abitur bestanden, andere haben bereits ein Studium oder eine Fachausbildung hinter sich. Eines haben aber alle gemeinsam: Sie sind durch ihr Interesse an Geschichte zum Archiv gekommen.

Wechsel an der Spitze der Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe

Die Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe hat seit April 2025 mit Dr. Martin Stingl einen neuen Leiter. Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann wurde bei einem Festakt Ende März vom Präsidenten des Landesarchivs Prof. Dr. Gerald Maier in den Ruhestand verabschiedet. Wolfgang Zimmermann leitete den Archivstandort 15 Jahre lang und war seit 2020 als kommissarischer Leiter maßgeblich für den Aufbau der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus verantwortlich. Mit Martin Stingl folgt ihm ein Archivar und Historiker, dem das Haus und seine Bestände bestens vertraut sind: Stingl war seit 2003 Referatsleiter im Generallandesarchiv und in dieser Zeit unter anderem für die Bereiche Nutzung, Erschließung, Digitalisierung und die fachliche Betreuung von Informationsangeboten zuständig.



Dr. Martin Stingl und Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann beim feierlichen Amtswechsel.

Aufnahme: ARTIS-Uli Deck



Landesarchiv-Präsident Prof. Dr. Gerald Maier (links), der scheidende Leiter der Abteilung Generallandesarchivs Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann (rechts) und Wissenschaftsministerin Petra Olschowski (vorne links) mit den Teilnehmenden des Podiumsgesprächs.

Aufnahme: Thomas Klink

Neues aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Ein Highlight im Veranstaltungsprogramm der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) am Generallandesarchiv Karlsruhe war 2025 die Tagung *Antisemitismus – eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie*. Sie bot gleichzeitig den Rahmen für die Präsentation der Fotoausstellung *Unsichtbar – in der Mitte der Gesellschaft? Gesicht zeigen gegen Antisemitismus!* von Lissi Maier-Rapport und Peter Krullis. Prominente Gäste aus Politik, Wissenschaft und Medien, Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Akteure sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Veranstaltung teil und füllten das Foyer des Generallandesarchivs bis auf den letzten Platz.

Die DokRex ist Projektpartner des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg für die Ausstellung *Rechtsextremer Terror* und hat dazu unter anderem die Begleitpublikation erstellt. Die Ausstellung wird ab März 2026 zunächst in Stuttgart gezeigt und ab 2027 im Landesarchiv in der Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe.

Zur Jahresmitte 2025 startete ein weiteres Großprojekt, an dem die DokRex mit ihrer fachlichen Expertise intensiv beteiligt ist. Das Landesarchiv Baden-Württemberg und das Bundesarchiv bauen gemeinsam mit FIZ Karlsruhe–Leibniz–Institut für Informationsinfrastruktur ein digitales Themenportal zur rechten Gewalt in Deutschland auf. Diese neue Plattform soll Vorfälle rechtsextremer und rechtsterroristischer Gewalt dokumentieren. Im November konnte bereits ein erster Prototyp einem internen Fachpublikum vorgestellt werden. Ziel des Themenportals ist es, eine quellengestützte Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in ihren historischen und gesellschaftlichen Kontexten zu ermöglichen. Dazu tragen vertiefende und wissenschaftlich fundierte Darstellungen der einzelnen Vorfälle, Informationen zu Archiv- und behördlichen Aktenbeständen sowie digitalisierte Quellen bei. Angesiedelt wird das Portal im Archivportal-D, einem Subportal der Deutschen Digitalen Bibliothek (siehe hierzu oben S. 42).

Höhepunkte an unseren Standorten

Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut Notfallübungen für den Kulturgutschutz

Seit Dezember 2024 verfügt auch Baden-Württemberg über einen Notfallcontainer zur Rettung von Kulturgütern nach Kölner Vorbild. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Bestandserhaltung aus der Württembergischen Landesbibliothek hat das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut 2025 drei Notfallübungen mit dieser mobilen Werkstatt durchgeführt. Der Container ist speziell ausgestattet, um historische Dokumente und Kunstwerke bei Hochwasser, Brand oder anderen Schadensereignissen schnell zu sichern. In den Übungen wurden verschiedene Szenarien durchgespielt, um die Einsatzfähigkeit und Zusammenarbeit der Teams zu verbessern. Damit wird die Vorbereitung auf reale Krisen trainiert – ein wichtiger Beitrag, damit unser kulturelles Erbe auch für kommende Generationen bewahrt bleibt.



Die 2,5 millionste Aushebung im Grundbuchzentralarchiv, V.Ln.r. Dienststellenleiter M. Aumüller, A. Al Rached, A. Ndrejaj, K. Deuß, J. Zenko, J. Orsos, I. Binder, A. Komorani, knieend: S. Soucek

Aufnahme: LABW, GBZA, K. Hartmann

Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim Kindergartenkinder forschen im Archiv und millionenfache Dienstleistung

Dass auch schon jüngere Kinder das Archiv als Lern- und Erfahrungsort nutzen können, zeigte der Besuch des Kornwestheimer Kindergartens Weimarstraße im Rahmen ihres *Buch*-Projektes. Im Magazin des Grundbuchzentralarchivs Kornwestheim fanden die Kinder das Gesuchte und machten Bekanntschaft mit Archibald, der Archivfledermaus. Die großen Bände wurden auf ihr Gewicht geprüft. Bei der Erklärung der Redewendung *ein Buch aufschlagen* waren alle Kinder eifrig

dabei, das Aufschlagen selbst auszuprobieren. Archivbesuch bereits im Kindergarten? Auf jeden Fall!

Kurz vor Jahresende sorgte das Grundbuchzentralarchiv für einen beeindruckenden Rekord bei der Aushebung von Grundbuchunterlagen: Mit der Grundakte 13793 des Grundbuchamts Böckingen fand die 2,5 millionste Aushebung seit Gründung des Archivs im Jahr 2012 statt. Ein Team aus insgesamt 14 Kolleginnen und Kollegen kümmert sich darum, dass die Grundbuchämter die benötigten Unterlagen für ihre Arbeit zeitnah erhalten. Es hebt täglich aus mehr als 13,5 Millionen Unterlagen, die in den Magazinen gelagert sind, 800 bis 1.000 Grundakten und Grundbücher aus und macht sie versandfertig.

Staatsarchiv Freiburg

Erste gemeinsame Übung des Notfallverbundes

Im April veranstalteten die Archive des Freiburger Notfallverbundes eine erste gemeinsame Notfallübung auf dem Gelände der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs. Die Teilnehmenden standen vor der Herausforderung, historische Dokumente und Materialien, die durch einen Wasserschaden in einem Magazin geschädigt wurden, zu versorgen. An verschiedenen Stationen übten sie die Bergung, Erfassung, Reinigung und Verpackung der Unterlagen. Parallel zur Rettung des Archivguts fand mit der Aufnahme des Archivs des Instituts für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene die erste Erweiterung des 2021 gegründeten Freiburger Notfallverbunds statt. Dieser umfasst nunmehr sieben Archive: die Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs, das Erzbischöfliche Archiv Freiburg, die Abteilung Staatsarchiv Freiburg des Landesarchivs, das Universitätsarchiv Freiburg, das Archiv des Instituts für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene und das Zentrum für Populäre Kultur und Musik.

Generallandesarchiv Karlsruhe

Einblicke in das Alltagsleben des Hauses Baden

Mit über 8.000 Bildern zählt die Sammlung zu den bedeutendsten fürstlichen Foto-Beständen in öffentlichem Besitz in Deutschland. Seit letztem Jahr ist dieser außergewöhnliche Bestand (LABW, GLAK 69 Baden, Salem-19) für die historische Forschung und interessierte Öffentlichkeit über ein Online-Findmittel nutzbar. Inhaltlich umfasst die Sammlung repräsentative und private Auf-



Prinz Max von Baden auf Capri, ca. 1901.

Vorlage: LABW, GLA Karlsruhe 69 Baden, Salem-19 Nr. 5017

nahmen, darunter offizielle Fürstenporträts von Mitgliedern des Hauses Baden sowie von befreundeten Adelslinien. Die privaten Bilder eröffnen Einblicke in das Alltagsleben des Hauses seit etwa 1850. Technisch decken die Aufnahmen nahezu die gesamte Entwicklungsgeschichte der Fotografie ab. Mit dieser Sammlung erweitert das Generallandesarchiv seine Bestände um eine herausragende Quelle zur Landes-, Adels- und Technikgeschichte. Die Erschließung wurde von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg gefördert.

Zum Bestand: www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-5711001

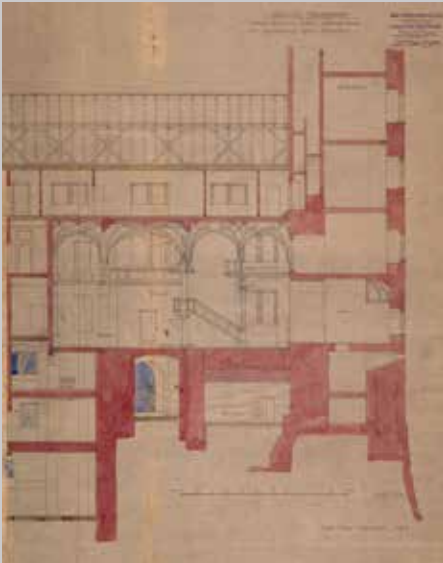


Staatsarchiv Ludwigsburg

Mini-Stadtpark statt Parkplätze:
Platz vor dem Archiv neu gestaltet

In Ludwigsburg wurde im Sommer der neu gestaltete Arsenalplatz vor dem Staatsarchiv für das Publikum eröffnet. Statt eines Parkplatzes befindet sich vor dem Gebäude jetzt eine parkähnliche Fläche mit Bänken und zahlreichen schnell wachsenden Bäumen, die auch für Veranstaltungen genutzt werden kann. Dazu kommt ein Kiosk mit gastronomischen Angeboten. Im Zuge des Umbaus wurden auch die Fassade des Staatsarchivs erneuert und das Entree umgestaltet sowie ein barrierefreier Zugang und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen. Die Aufenthaltsqualität im Außenbereich des Archivs hat sich damit

nachhaltig verbessert; die neuen Flächen ermöglichen es dem Archiv in Zukunft auch, mit Angeboten außerhalb des Gebäudes seine Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu erhöhen. Bereits in den ersten Monaten ist der neue Platz von der Bevölkerung sehr gut angenommen worden. Auch die Archivbesucherinnen und -besucher wissen die Umgestaltung des Außenbereichs zu schätzen.



Längsschnitt durch den »Kirchenbau«, den Nordflügel, des Schlosses Neuenstein, 1909. Eingezeichnet ist die neogotische Schlosskapelle, die nicht ausgeführt wurde.

Vorlage: LABW, HZAN Oe 265 Nr. 147

Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein

Plansammlung des Architekten Bodo Ehardt katalogisiert

Das Hohenlohe-Zentralarchiv bewahrt in seinen Beständen eine einzigartige Sammlung von über 1.200 Architekturplänen aus dem Büro des historistischen Architekten Bodo Ehardt (1865–1945). Ehardt war ein bekannter Burgenarchitekt seiner Zeit und ab 1906 mit dem Umbau des Schlosses Neuenstein betraut. Anhand der im vergangenen Jahr katalogisierten Sammlung und der Korrespondenz Ehardts mit dem Bauherrn Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen (1848–1926) lassen sich die Planungen und der Umbau des Schlosses in einer bemerkenswerten Detailfülle nachvollziehen. Ehardts Vorstellungen konnten am Ende aus finanziellen Gründen nur teilweise realisiert werden. Dennoch ist das Renaissance-schloss Neuenstein, wie wir es heute sehen, vor allem das Werk Ehardts. Heute sind im Schloss das Hohenlohe-Zentralarchiv und das Schlossmuseum untergebracht.

Staatsarchiv Sigmaringen

Ein wichtiges Zeichen gegen den wachsenden Rechtspopulismus

Die Wanderausstellung Psychiatrie und Nationalsozialismus im deutschen Südwesten machte von März bis Mai 2025 im Staatsarchiv Sigmaringen Station. Sie wurde vom Württembergischen Psychatriemuseum in Zwiefalten erarbeitet und erinnert an den Massenmord an psychisch kranken und geistig beeinträchtigten Menschen. Einen lokalen Bezug stellte das Staatsarchiv über eigene Ausstellungsstücke her: Historische Dokumente zeigten die Organisation und die Ziele der »Euthanasie« in Hohenzollern. Ein Teil der Ausstellung widmete sich außerdem den im Fürst-Carl-Landeskrankenhauses Sigmaringen durchgeführten Zwangssterilisationen in den 1940er Jahren. In Kooperation mit dem Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Südwürttemberg konnten zahlreiche Führungen durch die Ausstellung angeboten werden.

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Ausstellung zum Bauernkrieg in Württemberg

Mehrere Ausstellungsprojekte und zahlreiche Veranstaltungen in Baden-Württemberg erinnerten im Gedenkjahr 2025 an den Bauernkrieg, der sich vor 500 Jahren vom Südwesten ausgehend bis nach Mitteleuropa zog. Das Hauptstaatsarchiv präsentierte von Januar bis April eine große Sonderausstellung unter dem Titel *Herzog Ulrich und*

die Bauern im Krieg von 1525. Sie fokussierte zentrale Vorgänge um den Bauernkrieg mit besonderer Bedeutung für Württemberg. Im Mittelpunkt stand das gespannte Verhältnis zwischen Herzog Ulrich von Württemberg und den Bauern, das für die dynamische Entwicklung der gewaltsamen Auseinandersetzungen prägnant war. Die rund 2.800 Besucherinnen und Besucher der Ausstellung, der mehrfach aufgelegte Ausstellungskatalog und die wissenschaftliche Resonanz zeigen das große Interesse am Thema und seiner Präsentation.



Schülerinnen und Schüler des Deutschorden-Gymnasiums Bad Mergentheim bei ihrem Besuch im Staatsarchiv Wertheim anlässlich der Unterzeichnung der Bildungspartnerschaft.

Vorlage: LABW, StAWt, Sabine Rückert

Staatsarchiv Wertheim

Bildungspartnerschaft unterzeichnet

Bereits seit zwei Jahrzehnten bietet das Staatsarchiv Wertheim für Schulen ein spezielles archivpädagogisches Angebot an: quellenkundliche Übungen anhand von Originaltexten zu zentralen Themen des Bildungsplans. Schulen können so passgenau zum Unterricht den Besuch einplanen. Im Mittelpunkt der Projektarbeit stehen die Erforschung der Regionalgeschichte, deren Einordnung in größere historische Zusammenhänge sowie der kritische Umgang mit den Originalquellen. Nach regelmäßigen Besuchen unterschiedlichster Klassen und Oberstufenkurse des Deutschorden-Gymnasiums Bad Mergentheim, die durchweg begeistert waren, reifte die Idee einer Verstärkung der Zusammenarbeit. Im Juli 2025 haben beide Einrichtungen offiziell eine Bildungspartnerschaft geschlossen. Eine Weiterentwicklung der Kooperation ist bereits geplant.



Altartafel »Anbetung der Heiligen Drei Könige« von Jörg Ratgeb, um 1520.

Vorlage: Sammlung Herzog von Urach, Schloss Lichtenstein

Statistik

Das Landesarchiv in Zahlen

Das Wesentliche auf einen Blick (Stand zum 31.12.2025)

Gesamtumfang des Archivguts (in Metern)	176.353
Gesamtumfang Archivgut zzgl. Unterlagen im Grundbuchzentralarchiv (in Metern)	330.933
Digitales und digitalisiertes Archivgut (in Terabyte)	139,88
Archivalieneinheiten in DIMAG (=Digitales Magazin)	150.732
Auslastung der Magazine	88,5%
Zu betreuende Stellen	904
Erschlossenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	90,1%
In Online-Findmitteln nachgewiesenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	68,0%
Digitalisate von Archivgut im Internet	28.147.592
Digitalisate von Archivgut im Intranet	32.253.269
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	319

Grundbuchzentralarchiv (GBZA)

Gesamtumfang der Unterlagen zum 31.12.2025 (in Metern)	164.016
davon Archivgut	9.436
Erfasste Unterlagen (Anteil des Gesamtbestands)	99,6%

Unsere Leistungen im Jahr 2025

Nutzungen (Nutzertage)	7.290
Ausgehobene Archivalien	91.261
Anzahl der im GBZA bereitgestellten Einheiten für die amtliche Nutzung	229.924
Abgegebene Reproduktionen	350.258
Schriftliche Auskünfte	15.851
Nutzung der Online-Angebote	
Besuche auf der Webseite www.landesarchiv-bw.de	186.022
Besuche im Online-Findmittelsystem	6.504.198
Einzelaufrufe von Digitalisaten im Online-Findmittelsystem	10.447.255
Besuche im Landeskundeportal LEO-BW	6.770.505
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Metern)	1.562
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Metern)	1.521
Erschlossenes Archivgut (in Metern)	1.851
Erfasste Unterlagen im GBZA (in Metern)	83
Restauriertes Archivgut (Anzahl Archivalieneinheiten)	2.663
Verfilmtes Archivgut (in Metern)	173,3
Ausstellungen	8
Besucherinnen und Besucher bei Ausstellungen	16.830
Veranstaltungen und Führungen (auch online)	556
Teilnehmende Personen bei Veranstaltungen und Führungen (auch online)	16.179
davon Schülerinnen und Schüler bei Führungen	2.358

Dank

des Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier



Der 16. Juli 2025 war für das Landesarchiv ein besonderes Datum. An diesem Tag hat der Landtag von Baden-Württemberg mit großer Mehrheit das neue Landesarchivgesetz verabschiedet – fast 40 Jahre nach dem ersten baden-württembergischen Landesarchivgesetz. Die Neufassung ist ein Meilenstein, um das Landesarchiv zukunftssicher in der Informationsgesellschaft aufzustellen. Erstmals ist das Profil des Landesarchivs als landeskundliches Kompetenzzentrum, als außeruniversitäre Forschungseinrichtung und als Ort der historisch-politischen Bildung gesetzlich festgeschrieben.

Um den gesetzlichen Auftrag effektiv wahrnehmen zu können, hat das Landesarchiv im letzten Jahr eine Strategie für die Jahre 2026 bis 2028 entwickelt. Ich weiß, dass es allen Kolleginnen und Kollegen im Landesarchiv viel abverlangt, um die Ziele abteilungsübergreifend und gemeinsam zu erreichen. Das erfordert kontinuierliches Engagement jeder und jedes Einzelnen und die Bereitschaft, sich auf Veränderungen einzulassen. Ich danke daher allen, dass sie sich dieser Herausforderung stellen und zur erfolgreichen Umsetzung beitragen sowie für das hohe Engagement und die hervorragende Arbeit im vergangenen Jahr.

Die Unterstützung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie das gute und vertrauensvolle Zusammenwirken mit unseren Partnerinstitutionen in Politik, Verwaltung, Justiz, Kultur und Wissenschaft bilden das Fundament unserer Arbeit. Dafür danke ich sehr und freue mich auf eine Fortsetzung in diesem Jahr.

Ein Schaufenster für die Kulturmeile

Auf einer neuen Medienwand präsentieren sich das Hauptstaatsarchiv und weitere Stuttgarter Kultureinrichtungen

Am 12. September letzten Jahres herrschte großer Andrang an der Konrad-Adenauer-Straße in Stuttgart. Anlass war die Einweihung einer Medienwand unterhalb des Hauptstaatsarchivs. Sie soll auf die Einrichtungen der Stuttgarter Kulturmeile und ihre vielfältigen Angebote und Schätze aufmerksam machen. In die 6 x 3 Meter große Wand aus Messing sind neun Monitore eingelassen, die die beteiligten Häuser vorstellen: die Staatsgalerie, das Haus der Geschichte Baden-Württemberg, die Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, die Württembergische Landesbibliothek, das Stadtpalais – Museum für Stuttgart, die Staatstheater Stuttgart, den Landtag von Baden-Württemberg, das Institut für Auslandsbeziehungen und das Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Letzteres präsentiert sich in seinem Monitor durch Ansichten des Hauses und einige digitalisierte Highlights aus den Beständen. In die Messingwand sind außerdem die Grundrisse der mitwirkenden Häuser als Reliefs eingegossen, sodass die Wand gleichzeitig als Orientierungsplan für die Kulturmeile dient. Der Grundstein der Kulturmeile wurde 1965 in den Boden des dritten Untergeschosses des Hauptstaatsarchivs eingelassen. Der Archivzweckbau war das erste Gebäude eines neuen Kulturellen Bereichs, der nach den Kriegszer-

störungen an der (heutigen) Konrad-Adenauer-Straße entstand. Unmittelbar danach folgte benachbart die Württembergische Landesbibliothek und im Lauf der Jahre entlang der Straße die Staatsgalerie, die Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst sowie das Haus der Geschichte. Jedes der Gebäude steht architektonisch herausragend für seine Zeit, jedes der Gebäude beheimatet hochwertige Kulturschätze und –leistungen. Der zunächst verwendete Begriff Kultureller Bereich wurde später durch den griffigeren Terminus Kulturmeile ersetzt. Diese umfasst heute auch bedeutende Kultureinrichtungen auf der nordwestlichen Seite der Konrad-Adenauer-Straße.

Ein schöner Zufall will es, dass die Kulturmeile genau 60 Jahre nach ihrer Grundsteinlegung die neue Medienwand erhalten hat: Arne Braun, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, und Simon Schreiber, Amtsleiter von Vermögen und Bau Stuttgart, haben sie an jenem Septembertag im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Kultureinrichtungen enthüllt. Alle Beteiligten freuen sich, dass die Kulturmeile nun mit diesem hochwertigen und weithin sichtbaren Schaufenster präsentiert wird.

✱ **Thomas Fritz und Wolfgang Krauth**

1 Arne Braun und Simon Schreiber mit den Projektverantwortlichen und Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Kultureinrichtungen bei der Einweihung der neuen Medienwand am 12. September 2025. Aus dem Landesarchiv nahmen die stellvertretende Präsidentin Carmen Kschonsek sowie Dr. Thomas Fritz und Wolfgang Krauth teil.

Aufnahme: LABW, HStAS, Alain Thiriet



Unrecht begreifen

Die Akten der Sondergerichte Mannheim und Freiburg

1



Themenmodul auf LEO-BW

www.leo-bw.de/themenmodul/ns-justiz-in-baden



1 Diverse Akten des Sondergerichts Mannheim.

Vorlage: LABW, GLAK, Bestand 507

2 Aktendeckel.

Vorlage: LABW, GLAK, 507 Nr. 2069

Sondergerichte waren Ausnahmegerichte der Nationalsozialisten, um politische Gegner, Kritiker und ideologische Feinde des Regimes zu verfolgen. Für Baden sind im Landesarchiv Baden-Württemberg rund 9.000 Verfahren mit etwa 14.000 Akten der Sondergerichte Mannheim (Generallandesarchiv Karlsruhe) und Freiburg (Staatsarchiv Freiburg) überliefert. Diese Bestände bildeten die Grundlage für das Projekt Denunziation – Repression – Verfolgung: Politischer Dissens und Alltagskriminalität vor den nationalsozialistischen Sondergerichten (Juni 2024 – Dezember 2025) der Schülerakademie Karlsruhe e. V. in Kooperation mit dem Generallandesarchiv Karlsruhe. Das Projekt wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) gefördert.

Das Ziel des Projekts war es, die Akten der Sondergerichte sowohl wissenschaftlich zu erschließen als auch für die pädagogische Vermittlung aufzubereiten. Dazu wurden 200 Gerichtsverfahren aus den Beständen nach den Kriterien Tatort, Delikt und Jahr ausgewählt, systematisch erfasst und digitalisiert. Diese Erschließungsdaten und Digitalisate bilden den Grundstein für das Themenmodul NS-Justiz in Baden – Die Sondergerichte Mannheim und Freiburg 1933–1945 auf LEO-BW. Dort ermöglichen verschiedene Suchfunktionen zu Orten, Personen und Verfahrensaspekten eine interessensgesteuerte Recherche nach Sondergerichtsfällen. Ergänzend erläutert ein Scrollytel-Format die Geschichte der Sondergerichte in Baden, während ein e-Guide Nutzende im kritischen Umgang mit Justizakten der NS-Zeit schult. Ein umfangreiches Glossar erklärt zentrale Begriffe aus den Quellen und der juristischen Fachsprache und erleichtert so die Arbeit mit den Dokumenten.

Während der Projektlaufzeit entwickelten die Projektmitarbeitenden über das Themenmodul hinaus weitere Vermittlungsformate. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern bereiteten die wissenschaftlichen Mitarbeitenden Fallbeispiele aus den Beständen als Beiträge und Kurzvideos für den Instagram-Kanal

(@ns_sondergericht_mannheim) auf. Diese wurden anschließend in Kooperation mit Partnern wie den Arolsen Archives und Terra X History veröffentlicht. Innerhalb weniger Monate erzielten diese Inhalte über 350.000 Aufrufe und erreichten mehr als 120.000 Accounts. Zudem entstand der Workshop NS-Justizunrecht, in dem Teilnehmende in Kleingruppen Sondergerichtsfälle mithilfe von Archivalien oder Digitalisaten rekonstruieren und sich anschließend über rechtsstaatliche Themen austauschen. Weitere Workshops sollen in Zukunft im Generallandesarchiv Karlsruhe angeboten werden. Auf LEO-BW stehen darüber hinaus Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte bereit, die den gezielten Einsatz der Sondergerichtsakten im Unterricht ermöglichen.

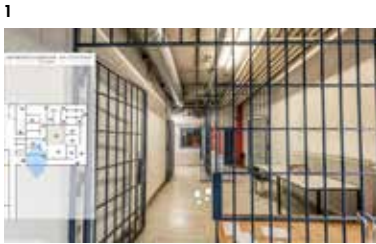
Im Rahmen des Projekts wurden über 32.000 Bilddateien der Verfahrensakten des Sondergerichts Mannheim erstellt. Somit stehen die vollständig digitalisierten Fälle nun ortsunabhängig für Bildungs- und Forschungszwecke oder auch einfach aus historischem Interesse zur Verfügung. ✳ **Tim Laubscher und Diana Kail**

2



Virtuell in die Vergangenheit reisen

Neue Inhalte auf LEO-BW



1 Virtueller Rundgang durch das Mehrzweckgebäude bei der JVA Stammheim.

Vorlage: LABW, LEO-BW

2 Innenansicht der Synagoge Mannheim im virtuellen Rundgang auf LEO-BW.

Vorlage: LABW, LEO-BW



Links zu LEO-BW

Synagoge Mannheim
www.leo-bw.de/web/guest/themenmodul/juedisches-leben-im-suedwesten/synagoge-mannheim



Musik aus Gurs
www.leo-bw.de/themenmodul/juedisches-leben-im-suedwesten/gurs/mediathek/musik-aus-gurs
Rundgang Stammheim



www.leo-bw.de/themen/objektkategorien/virtuelle-rundgange/mehrzweck-gebäude-bei-der-jva-stuttgart-stammheim



Das landeskundliche Informationssystem LEO-BW bietet mittlerweile über 4 Millionen Datensätze zur Landesgeschichte Baden-Württembergs und zehn vertiefende Themenmodule. Zu den Highlights von LEO-BW gehören virtuelle Rundgänge, die es Nutzenden ermöglichen besonders tief in die Vergangenheit einzutauchen. So ist es nun möglich, das Mehrzweckgebäude bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim auf LEO-BW virtuell zu besichtigen. Das Gebäude neben der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, in dem 1975 der Prozess gegen die RAF stattfand, wurde 2023 abgerissen. Vermögen und Bau Baden-Württemberg ließ das Gebäude vorher dokumentieren. Der Rundgang macht das Gebäude auch nach dem Abriss virtuell begehbar.

Zu den jüngsten Neuzugängen bei den virtuellen Rundgängen gehört auch ein 3D-Modell der Synagoge Mannheim im Themenmodul *Jüdisches Leben im Südwesten*. Mithilfe von Fotos und Zeitzeugenberichten wurde die historische Hauptsynagoge Mannheims detailgetreu rekonstruiert. Sie galt als eine der schönsten Synagogen Deutschlands. Bis zur Nacht vom 9. zum 10. November 1938, als SA-Leute die Synagoge durch Sprengungen zerstörten, war sie fester Bestandteil des Mannheimer Stadtbilds.

Die Computerrekonstruktion der Synagoge ermöglicht es nun, das Gebäude von außen und von innen zu besichtigen. Über Infopoints kann man Erklärungen zu Ausstattungselementen wie der Bima oder dem Toraschrein abrufen. Durch die Erweiterung der Mediathek zu *Gurs 1940* ist auf LEO-BW seit Kurzem eine Dokumentation zur *Flucht über die Pyrenäen* zugänglich. Darin geht es um die Geschichten der über 60 Internierten, denen es gelang sich durch eine abenteuerliche Flucht über die verschneiten Berge zu retten. Im Film wird auch die Rettungsaktion nachgezeichnet, durch die ausländische Hilfsorganisationen 250 Kinder und Jugendliche aus dem Lager retten konnten.

Der Bereich zur *Musik in Gurs* wurde ebenfalls erweitert und bietet nun Musikstücke von vier Komponisten und zwei Komponistinnen, die in Gurs interniert waren. Dazugekommen sind neue Aufnahmen von Stücken der heute fast vergessenen Komponistin Ruth Porita, die 1942 aus Gurs über Drancy nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde. Die gebürtige Karlsruherin hatte in Darmstadt Musik studiert und eine Karriere als Opernsängerin begonnen. Ihr kompositorisches Werk, das vom Kunstlied über geistliche Musik bis hin zu jiddischen Volksliedern reicht, kann jetzt auf LEO-BW gehört werden. ✱ **Eva Rincke**

Eine Reliquie als Beifang

Das Staatsarchiv Sigmaringen unterstützt die Sanierung eines historischen Wegkreuzes

1 Restaurator Peter Stratmann neben dem Inhalt der geöffneten Phiole.

Aufnahme: LABW, StAS

2 Der Zettel des Stadtpfarrers Carl Schanz mit dem darauf gebundenen Splitter der Fideliswiege.

Aufnahme: LABW, StAS

3 Münzen und Anhänger mit Heiligenbildnissen, die in der Phiole verschlossen waren.

Aufnahme: LABW, StAS

1



2



3



Auf der Hochfläche zwischen Sigmaringen und Laiz steht das Hohkreuz; ein Wegkreuz, wie sie im katholisch geprägten Oberschwaben in großer Zahl zu finden sind. Das Kreuz und seine Christusfigur sind ein Werk des Sigmaringer Bildhauers Franz Xaver Marmon. Der Witterung ausgesetzt, musste es immer wieder erneuert werden und auch das heutige Hohkreuz erlebte seit seiner Errichtung 1874 mittlerweile vier Sanierungen. Bei Abnahme der Christusfigur für die aktuelle Restaurierung im Sommer 2025 fand man im Längsbalken des Kreuzes einen Glasbehälter, der in ein kleines Päckchen geschnürt war. Die aufgefundene Phiole war in Pergamin, einem pergamentähnlichen Spezialpapier, eingewickelt. Da es

sich nicht entfernen ließ, schien die Hilfe von Fachleuten angebracht und so wandte sich die Stadt an das Staatsarchiv Sigmaringen.

Mit seiner Restaurierungswerkstatt und dem Fachwissen des Restaurators Peter Stratmann übernahm das Staatsarchiv die Öffnung der Phiole und stellte die Dokumentation des Inhalts sicher. Restaurator Stratmann entfernte die Verpackung der Phiole mittels eines Ultraschallverneblers, der unter einer Abdeckhaube Wasserdampf auf das Objekt leitet und die Verpackung wieder geschmeidig machte. Erst jetzt konnte die mit einem Korken verschlossene Phiole geöffnet werden. Heraus kamen mehrere dicht zusammengerollte Schriftstücke sowie ein paar metallene Anhänger und Münzen. In altertümlich anmutender aber neuzeitlicher Handschrift berichten die Schriftstücke von der Geschichte des Hohkreuzes, seiner Stifter und der Pflege durch Kirchengemeinde und Stadt seit der Errichtung 1874. Die Münzen und Anhänger mit Heiligenbildnissen sind Zeugnis der unterschiedlichen Epochen, zu denen die Restaurierungen stattfanden: von der Marienverehrung in Lourdes und christlicher Mission in Ostasien Ende des 19. Jahrhunderts, über ein 50-Pfennig-Stück der Bank deutscher Länder von 1949 hinweg bis zu Geldstücken aus den späten 1980ern.

Als besonderes Highlight enthielt die Phiole ein weiteres Papier, an das mit einem feinen Faden ein winziges Stückchen Holz gebunden war. Einem kurzen Text, den der damalige Stadtpfarrer Carl Schanz 1874 aufs Papier geschrieben hatte, ließ sich entnehmen, dass das Hölzchen von der Wiege des heiligen Fidelis stammt und anlässlich der Weihe des Hohkreuzes 1874 auf das Papier gebunden worden war. Fidelis von Sigmaringen wird seit dem 18. Jahrhundert als Stadtpatron und Schutzheiliger Hohenzollerns verehrt. Seine Kinderwiege wird heute als Reliquie in der Sigmaringer Stadtpfarrkirche aufbewahrt.

Die Öffnung der Phiole und die Sicherung des Inhalts hielt das Staatsarchiv fotografisch und schriftlich fest. Der aufgefundene Tradition folgend verfasste der Künstler Josef Alexander Henselmann, dessen Vorfahren in Marmons Werkstatt gelernt hatten, einen neuen Text anlässlich der am 16. Oktober 2025 erfolgten Wiedererrichtung des Hohkreuzes. Unter Anwesenheit aller Beteiligten verschloss Peter Stratmann nach getaner Arbeit die durch den neuen Text angereicherte Zeitkapsel wieder, wobei auch eine aktuelle 2-Euro-Münze beigegeben wurde. Bei der nächsten Restaurierung lässt sich auf das gesammelte und im Staatsarchiv hinterlegte Wissen zurückgreifen.

✱ **Christoph Schlemmer**

✱ Literaturhinweise

Fidelis von Sigmaringen. Herkunft, Wirken und Verehrung des hohenzollerischen Landespatrons, Begleitbuch zur Ausstellung. Hg. von Birgit Meyenberg und Franz-Josef Ziwes. Stuttgart 2022.

Heinrich Bücheler: Handwerker, Bildhauer und Theologen. Zur Geschichte der Familie Marmon. In: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 35 (1999) S. 153–168.

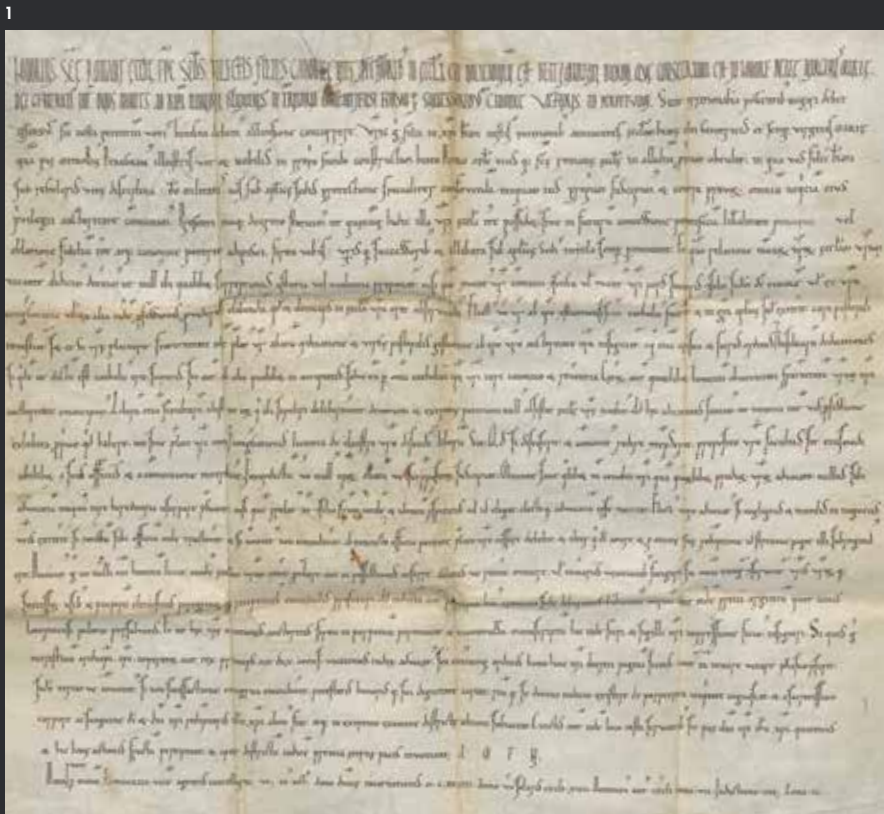


Quellen griffbereit

Aufgeblättert und online zugänglich

Beschriebene Pergamente neu beschrieben

Neue Findmittel zu hohenzollerischen Urkundenbeständen im Staatsarchiv Sigmaringen online



genügen. Wie bereits beim zweiten Teilprojekt geschah dies für die bis zum Jahr 1600 entstandenen Urkunden in Form von Vollregesten, während sich für die Zeit danach auf Kurzregesten beschränkt wurde. Alle neu verfassten Regesten weisen wiederum eine Indizierung mit Deskriptoren und – so gegeben – eine Verknüpfung mit Orts- und Personennormdaten aus der Gemeinsamen Normdatei (GND) auf. Damit wird die Nutzbarkeit der neu geschaffenen Erschließungsinformationen in Kulturgutportalen wie dem Archivportal-D oder LEO-BW gewährleistet.

Der Schwerpunkt der Neuerschließung liegt bei den Urkundenbeständen der zu Beginn des 19. Jahrhunderts zugunsten des Fürstentums Hohenzollern-Sigmaringen mediatisierten bzw. säkularisierten Herrschaften Haigerloch-Wehrstein, Gammertingen-Hettingen, Jungnau, Trochtelfingen, Achberg, Beuron, Glatt und Straßberg. Inhaltlich spiegelt sich hierin im Wesentlichen die typische Schriftüberlieferung adliger oder geistlicher Provenienz wider – von Lehen- und Leibeigenschaftsbriefen über eine Vielzahl an Gütertransaktionen bis hin zu individuellen Zins- und Schuldverschreibungen. Auffällig sind zwei Urkundenkorpora, die weit über den südwestdeutschen Raum hinausgreifen: zum einen circa 30 Stück aus dem Bestand Gammertingen-Hettingen mit niederösterreichischer und vereinzelt slowakischer Herkunft; zum anderen über 60 Urkunden mit Bezug zu den einstigen Besitzungen der Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen in der brandenburgischen Neumark aus der Zeit vor 1945.

Nach Abschluss der dritten Projektphase ermöglichen die neuen Online-Findmittel einen nahezu *barrierefreien* Zugang zu einem weiteren Teil der hohenzollerischen Urkunden aus Mittelalter und Früher Neuzeit. Als historische Kernüberlieferung stehen sie für vielerlei landes-, orts-, familien-, rechts-, kirchen- und wirtschaftsgeschichtliche Auswertungen bereit.

✱ Clemens Regenbogen

1 1124 Oktober 10, Papst Honorius II. nimmt die Martinskirche in Beuron und die dortigen kanonisch lebenden Brüder in seinen Schutz auf und gewährt dem Konvent die freie Wahl seines Propstes und seines Schirmvogtes.

Vorlage: LABW, StAS FAS DS 26 T 2 Nr. 3

Eines der neuen Online-Findbücher:

LABW, StAS FAS DS 26 T 2
Kloster Beuron
www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=355



Bis heute weist die im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrte hohenzollerische Urkundenüberlieferung Erschließungsrückstände auf. Dank finanzieller Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg konnten nunmehr in einem dritten Teilprojekt knapp 2.400 Urkunden aus dem 11. bis 19. Jahrhundert fachgerecht erschlossen, verpackt und verzeichnet werden.

Widmeten sich die ersten beiden Teilprojekte (vgl. Artikel Archivnachrichten 67, S. 46) noch Urkunden sowohl aus den staatlichen Beständen als auch aus dem Fürstlich Hohenzollernschen Haus- und Domänenarchiv (FAS), betraf das dritte ausschließlich Schriftstücke aus dem FAS. Die ausgewählten Urkundenbestände waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts lediglich summarisch erfasst worden, sodass durchweg Titelaufnahmen erstellt werden mussten, die heutigen archivfachlichen Ansprüchen

Briefe, Bilanzen und die Entscheidungsfindung im Reich

Projekt zur Onlinestellung des Familienarchivs der Geizkofler vor dem Abschluss

Link zum Findbuch

[www.landesarchiv-bw.de/
plink/?f=2-4834](http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-4834)



- 1 Porträt Zacharias Geizkoflers (Kupferstich).
Vorlage: LABW, StAL B 90
Bü 3454

Wenn Fragen von Herrschaft, Krieg, Religion oder gesellschaftlichem Status verhandelt werden, steht am Ende nicht selten eine Rechnung. In der Frühen Neuzeit war dies nicht anders, und so spiegeln sich auch in fiskalischen Unterlagen des Heiligen Römischen Reichs Machtverhältnisse, Entscheidungsprozesse und der Alltag der Führungsschicht. Die Überlieferung der Familie Geizkofler, die das Staatsarchiv Ludwigsburg im Bestand B 90 verwahrt und nun im Rahmen einer Förderung durch die Stiftung Kulturgut digitalisiert und online zugänglich macht, führt diese Zusammenhänge besonders prägnant vor Augen.

Im Mittelpunkt des Familienarchivs stehen die Unterlagen von Zacharias Geizkofler (1560–1617) und seinem Sohn Ferdinand (1592–1653). Zacharias Geizkofler war als Reichspfennigmeister seit 1589 verantwortlich für Steuern und die Finanzierung militärischer Unternehmungen des Kaisers, vor allem der sogenannten Türkenkriege. Seine Tätigkeit verschaffte ihm unmittelbaren Zugang zu den Machtzentren des Reichs: Er korrespondierte mit Fürsten, Gesandten und führenden Persönlichkeiten seiner Zeit, war eng in ihre Netzwerke eingebunden. Die Un-

1



terlagen des Sohnes dokumentieren die Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in der Ferdinand Geizkofler zunächst als Regimentsrat und später als Hofkanzleidirektor in Württemberg tätig war.

Die nun digitalisierten Archivalien umfassen Gutachten zur Erhebung von Reichshilfen, detaillierte Übersichten über die finanziellen Beiträge einzelner Stände sowie Berichte über Geldeingänge, die von Zacharias Geizkofler angesichts der Vielzahl umlaufender Währungen nur mit erheblichem Aufwand zusammengeführt werden konnten. Sie machen die Probleme des alltäglichen Geldverkehrs sichtbar, erlauben tiefe Einblicke in die Finanz- und Steuerpraxis eines Reichs, dessen Glieder große Autonomie genossen, und zeigen, wie politische Entscheidungen ganz konkret in Zahlen und Geldströme übersetzt wurden.

Daneben dokumentiert der Bestand das Zeitgeschehen eindrucksvoll. Handschriftliche und gedruckte Zeitungen aus verschiedenen Teilen Europas, Nachrufe auf den Feldherrn Wallenstein oder Protokolle von Herrschertreffen beleuchten wichtige Ereignisse der Zeit. Auch konfessionelle Spannungen sind präsent, etwa in Schriften über das Verhältnis der Religionsparteien seit der Mitte des 16. Jahrhunderts. Nicht zuletzt erlauben Gedichte, Nachrufe und detaillierte Kaufaufträge für Wein Einblicke in den adeligen Alltag und die höfische Kultur.

Der Bestand steht seit Langem im Blickfeld der Forschung, wie Editionen und internationale Studien zeigen. Mit der Onlinestellung der Digitalisate wird diese dichte und facettenreiche Überlieferung der Frühen Neuzeit nun noch besser zugänglich.

* Andreas Weber



Notfallmanagement und Kulturgutschutz

Jahresfortbildung 2025 am Institut für Erhaltung

1 Blick in den Vortragssaal während der Jahrestagung.

Aufnahme: LABW, IfE

2 Notfall-Container während des Abtransports beim IfE.

Aufnahme: LABW, IfE

1



2



Am 8. Juli 2025 hat zum 30. Mal die gemeinsam veranstaltete Jahresfortbildung des Studiengangs der Konservierung und Restaurierung von Kunstwerken auf Papier, Archiv- und Bibliotheksgut der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart mit dem Sachgebiet der Restaurierung des Instituts für Erhaltung (IfE) in Ludwigsburg unter dem Thema *Notfallmanagement von der Entwicklung bis zur Bewältigung* stattgefunden: ein Thema das alle Kultureinrichtungen gleichermaßen betrifft und dessen Aktualität ungebrochen ist.

Anlass war die Anschaffung des *Notfallcontainer BW* – nach dem Vorbild des Kölner Notfallcontainers – im Winter 2024, der als neuer Bestandteil einer sich stetig entwickelnden Struktur der Notfallverbände in Baden-Württemberg hinzugekommen ist. So widmeten sich die Vorträge zum einen der Vorstellung des Abrollcontainers und zum anderen der Vorbereitung von Schadensereignissen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit Vorträgen zum Stuttgarter Notfallverbund, den Herausforderungen kleinerer und größerer Archive im Bereich von Enz, Neckar und Murr, durch den Kreisarchivar Wolfram Berner, sowie die kurze Vorstellung des Abrollcontainers. Diesen konnten die teilnehmenden Kollegen

und Kolleginnen aus den verschiedenen Einrichtungen des Landes sowie die Studierenden der Papierrestaurierung und die Teilnehmenden des Buchbinder-Kollegs selbst anschauen. Die weiteren Vorträge widmeten sich der restauratorischen Aufarbeitung der Schäden durch das Hochwasser im Ahrtal 2021, der Entwicklung eines Gefahrenabwehrplans für das Staatsarchiv Ludwigsburg in Kooperation mit dem Studiengang der Papierrestaurierung, Praxisbeispielen aus den jüngsten Übungen mit dem Material des Notfallcontainers und der Bearbeitung einer bei der Flut im Ahrtal beschädigten Urkunde am IfE.

Und obwohl die Vorbereitung auf Notfälle mittlerweile ein fester Bestandteil der Bestandserhaltung ist, so besteht doch immer die Hoffnung, dass sie nie zum Tragen kommen muss. Dies zeigt das Paradox der gesamten Notfallvorsorge auf: Zum einen muss die Infrastruktur in Form von geschultem Personal, Verbrauchsmaterial und nicht zuletzt der finanziellen Mittel vorgehalten werden. Andererseits können diese Mittel nicht aktiv für die Bestandserhaltung als messbarer Wert einfließen, sodass die Argumentation der Fachleute benötigt wird, um den Nutzen der präventiven Notfallvorsorge hervorzuheben. ✨ **Marlene Husung**



Archive geöffnet Ausstellungen und Veranstaltungen

Das KZ vor der Haustür & Freiheit – so nah, so fern Doppelausstellung zum KZ-Komplex Natzweiler im Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim

Im Mai 1941 begann im Elsass im Auftrag von Albert Speer der Aufbau des Konzentrationslagers, das nach dem nahe gelegenen Dorf Natzweiler benannt wurde. Speer war wegen seiner Monumentalbauten an dem seltenen roten Granit in den nördlichen Vogesen interessiert. Diesen mussten die KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen abbauen. Bald darauf wurde auf Kriegsproduktion umgestellt. Aus dem KZ entwickelte sich ein Komplex mit siebzig Außenlagern im Elsass, dem Moselgebiet und östlich des Rheins, viele davon im heutigen Baden-Württemberg.

Mit dem Näherrücken der Alliierten schien für viele Gefangene die Freiheit nah. Am 1. September 1944 wurde das Lager geräumt. Die meisten Inhaftierten wurden in das KZ Dachau abtransportiert. Die Freiheit rückte für sie wieder in weite Ferne. Auch wenn das Stammlager aufgegeben wurde, die zahlreichen Außenlager bestanden fort. Deren Verwaltung zog zunächst nach Neckarelz/ Mosbach, über Stuttgart nach Dürmentingen bei Ulm. Bis April 1945 mussten die politischen Häftlinge, Kriegsgefangene, Juden, Sinti, Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und andere den Terror in den Außenlagern ertragen. Viele erlebten die Freiheit nicht mehr.

Die französisch-deutsche Ausstellung *Freiheit – so nah, so fern. Das doppelte Ende des Konzentrationslagers Natzweiler* erzählt die Geschichte dieses quälenden Endes des KZs auf beiden Seiten des Rheins und die Geschichte der Menschen darin. Den materiellen Überresten aus den zahlreichen baden-württembergischen Außenlagern widmet sich die Ausstellung *Das KZ vor der Haustür* vom Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg. Bei den gezeigten Exponaten handelt es sich um Fundstücke, die während der Arbeiten an den KZ-Standorten geborgen wurden. Sie dienen als Impulsgeber, um sich gedanklich mit Themen wie *Gewalt und Überwachung, Vernichtung durch Arbeit* und den Ursachen und Tatsachen des KZ-Terrors auseinanderzusetzen. * **Michael Aumüller**

* Ausstellungen

Freiheit – so nah, so fern. Das doppelte Ende des Konzentrationslagers Natzweiler & Das KZ vor der Haustür

* Öffnungszeiten

27. Februar – 13. April 2026
Mo 9.00 – 16.00 Uhr
Mi 9.00 – 13.00 Uhr
Do 9.00 – 18.00 Uhr
Fr 9.00 – 13.00 Uhr
nach Vereinbarung

* Kontakt

Landesarchiv Baden-Württemberg
– Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim –
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
E-Mail: gbza@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/de/gbza0

* Informationen

www.landearchiv-bw.de/de/aktuelles/ausstellungen/78920



1 Bildausschnitt aus Tafel 23 der Ausstellung »Freiheit – so nah, so fern«.

Aufnahme: LABW, GBZA, A. Serbu



»Kostbare Schätze aus 750 Jahren deutsch-französischer Begegnungen« Eine deutsch-französische Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

* Ausstellung

Kostbare Schätze aus 750 Jahren deutsch-französischer Begegnungen

* Öffnungszeiten

16. April – 24. Juli 2026
Mo – Mi 8.30 – 17.00 Uhr
Do 8.30 – 19.00 Uhr
Fr 8.30 – 16.00 Uhr

* Information

Landesarchiv Baden-Württemberg
– Hauptstaatsarchiv Stuttgart –
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
hstuttgart@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/hstas

- 1 Das Wappen des Herzogtums Württemberg mit dem französischen Lilien-Wappen von Alençon im Herzschild und der französischen Devise des Hosenbandordens als Umschrift, umgeben vom französischen Michaelsorden, 1607.

Vorlage: LABW HStAS A 115
Bü 43

- 2 Partnerschaftsurkunde zwischen Ludwigsburg und Montbéliard, 1962.

Vorlage: Stadtarchiv Ludwigsburg S 3-3 Nr. 38

1



Unter dem Motto *Ensemble* erinnert das Französische Generalkonsulat in Stuttgart gemeinsam mit dem Institut Français im April 2026 an 75 Jahre deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der Französischen Wochen in Stuttgart und Umgebung. Das Hauptstaatsarchiv hat diese Französischen Wochen über Jahrzehnte mitgestaltet und präsentiert anlässlich des Jubiläums eine präziöse Sonderausstellung.

Unter dem Titel *Kostbare Schätze aus 750 Jahren deutsch-französischer Begegnungen / Trésors précieux. 750 ans de rencontres franco-allemandes* zeigt die Ausstellung herausragende Zeugnisse deutsch-französischer Geschichte vom späten Mittelalter bis heute. Sie wurde vom Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, gemeinsam mit dem Institut Français zweisprachig deutsch-französisch gestaltet. Die Höhepunkte gemeinsamer Begegnungen über die Grenzen werden damit eindrücklich vor Augen geführt – in Frieden und Krieg, in Partnerschaft, Konkurrenz und Partnerschaft. Diese Brennpunkte deutsch-französischer Begegnungen werden als Ensembles von historischen Dokumenten und präziösen Objekten vorgestellt – von 1274 bis 2026.

Die politische und kulturelle Nähe Frankreichs und Deutschlands kommt dabei gerade in der engen Verbindung zwischen Württemberg und Montbéliard sowie dem Elsass mit Strasbourg einzigartig zum Ausdruck. Die reichen Bestände des Hauptstaatsarchivs Stuttgart bieten dafür eine große Auswahl herausragender Dokumente. Sie werden durch etliche internationale Leihgaben bedeutender Kunstobjekte ergänzt. Dabei umspannen die historischen deutsch-französischen Kontakte geistliche Begegnungen und dynastische Bündnisse im Mittelalter ebenso wie besondere künstlerische Verbindungen und kulturellen Austausch in der Frühen Neuzeit. Die furchtbaren Kriege gegeneinander, die Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg und der gemeinsame Weg für ein geeintes Europa lassen die deutsch-französische Geschichte in ihren Höhen und Tiefen beeindruckend authentisch erfahren.

Nach der Präsentation in Stuttgart soll die Ausstellung in ihrer französischen Version dann in Montbéliard und Strasbourg gezeigt werden. Sie wird jeweils begleitet von etlichen Sonderveranstaltungen, nicht zuletzt zur Anregung und Vertiefung weiterer deutsch-französischer Begegnungen. * **Peter Rückert**

2



Verschollenes Manuskript von Jacob Burckhardt

Ausstellung »Die Kunst des Sehens. Jacob Burckhardts Gutachten für die Karlsruher Gemälde-Galerie von 1880/81« zur sensationellen Erwerbung des Generallandesarchivs Karlsruhe

* Ausstellung

Die Kunst des Sehens. Jacob Burckhardts Gutachten für die Karlsruher Gemälde-Galerie von 1880/81

* Öffnungszeiten

12. Juni - 16. August 2026

* Kontakt

Landesarchiv Baden-Württemberg
- Generallandesarchiv Karlsruhe -
Nördl. Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
glakarlsruhe@la-bw.de
www.landesarchiv-bw.de/glak

* Information

www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/ausstellungen/78836



1 Jacob Burckhardts Original-Gutachten vom 19.4. bzw. 20.4.1880. Burckhardts Gutachten umfasst 50 einseitig beschriebene Folio-Blätter und diente als Grundlage für den ersten wissenschaftlichen Katalog der Karlsruher Kunsthalle von Karl Koelitz aus dem Jahr 1881.

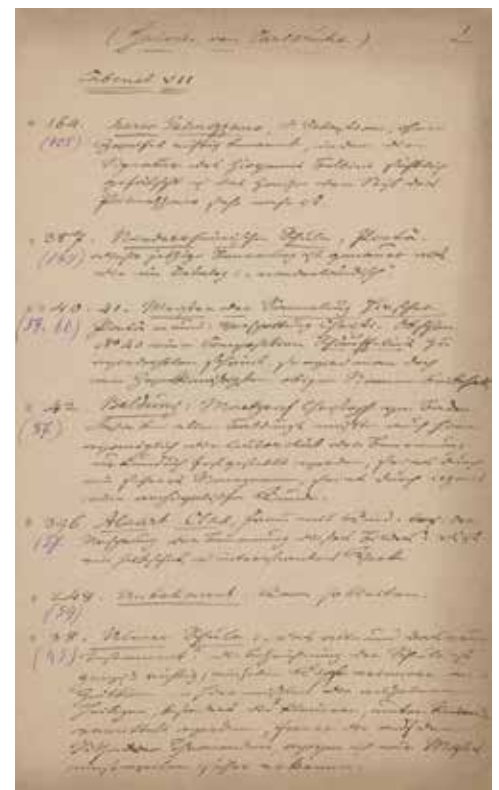
Vortrage: LABW, GLAK 441
Zugang 2014-75

Das Erstaunen und der Ärger waren wohl groß, als Kurt Martin, von 1934 bis 1956 Direktor der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, kurz nach seinem Dienstantritt feststellen musste, dass das überaus wichtige Gutachten des berühmten Schweizer Kunst- und Kulturhistorikers Jacob Burckhardt (1818–1897) über die Gemäldegalerie aus dem Jahr 1880 nicht mehr auffindbar war. War dieses doch die zentrale Grundlage für die Neuordnung der Sammlung und ihren ersten wissenschaftlichen Katalog von 1881 gewesen. In seiner 1941 herausgegebenen Dokumentation *Jacob Burckhardt und die Karlsruher Galerie. Briefe und Gutachten* konnte Martin mit großem Fleiß zwar fast alle relevanten Stücke aus den Archiven in Karlsruhe und Basel versammeln, musste aber auf die Präsentation des eigentlichen Schlüssel Dokuments verzichten.

Vollkommen überraschend tauchte dann im Jahr 2014 das verschollen geglaubte Original-Gutachten von Jacob Burckhardt auf dem Antiquariatsmarkt auf und konnte für das Generallandesarchiv Karlsruhe erworben werden. Erst in der nun möglich gewordenen Zusammenschau von Burckhardts beiden Notizheften und seinem Gutachten von 1880 sowie seinen anschließenden Anmerkungen zum Entwurf für den Kunsthallenkatalog von 1881 entsteht ein neues umfassendes Bild seiner sich schrittweise entwickelnden Gedankengänge bei der Beurteilung der Karlsruher Gemäldesammlung.

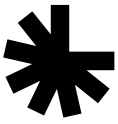
In seiner vom Staatsarchiv Basel-Stadt, der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe und der Badischen Landesbibliothek unterstützten Ausstellung zeichnet das Generallandesarchiv

1



anschaulich die faszinierende Geschichte von Jacob Burckhardts Reise zur Karlsruher Gemäldegalerie und die Erstellung seines großartigen Gutachtens im April 1880 nach. Der umfangreich bebilderte Ausstellungskatalog enthält nicht nur eine wissenschaftliche Einführung in das Thema, sondern auch die erstmalige Edition des bislang unbekanntes Manuskripts.

* Rainer Brüning



Die Studentenrevolte 1968 in Tübingen

Zwischen »revolutionärer Taktik« und »pseudorevolutionärem Treiben«

Das Universitätsarchiv Tübingen verwahrt mit seiner Sammlung studentischer Flugblätter und Periodika der Jahre 1967 bis 2010 einen historischen Schatz, den es für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Studentenrevolte 1968 noch zu bergen gilt: Die unzähligen Flugschriften der Sammlung entfalten einen Kosmos schonungsloser Gesellschaftskritik, revolutionärer Rhetorik, radikaler Forderungen und vielfältiger Protestkultur. *Nicht durch Mehrheit zum revolutionären Kampf, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit*, so wird Rosa Luxemburg in den *Roten Notizen*, dem Publikationsorgan des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen zitiert (Universitätsarchiv Tübingen S 3/64, Rote Notizen Nr. 6, 19.5.1969). Die revolutionäre Rhetorik der Flugschriften und Periodika steht freilich in einem merkwürdigen Kontrast zum begrenzten Rückhalt der radikalen Linken innerhalb der Studierendenschaft, zum eher gemäßigten Vorgehen der Revoltierenden und nicht zuletzt zu den überschaubaren direkten Effekten der Proteste an der Tübinger Universität. Ein anonymes *Anti-SDS-Flugblatt* vom 2. Juli 1969 charakterisiert die Tübinger Revolte sogar als *pseudorevolutionäres Treiben einer radikalen, terrorbesessenen Minderheit*. Was war die Studentenrevolte 1968/69 in Tübingen also: *revolutionärer Kampf oder pseudorevolutionäres Treiben*? Für den Unterricht eröffnen die Archivalien des Universitätsarchivs die didaktische Chance eines differenzierten Blicks auf 1968.

Ein veränderter Blick auf die Studentenrevolte

Die Studentenrevolte um das Jahr 1968 steht als zentrale Wegmarke für tiefgreifende Veränderungsprozesse in der Geschichte der alten Bundesrepublik. *Im Kern war Achtundsechzig ein Protest gegen traditionelle Autorität und Hierarchie, um individuelle Freiheitsspielräume auszuweiten und neue Lebensstile zu ermöglichen*, so Christina von Hodenberg von der Queen Mary University of London (von Hodenberg, *Das andere Achtundsechzig*, S. 188). Damit rücken die Vorgänge um 1968 auch in den Fokus des Bildungsplans, der Liberalisierungs- und Partizipationsbestrebungen als einen der beiden Schwerpunkte des Geschichtsunterrichts im Basisfach 12.1 definiert.

In den letzten Jahren hat sich die wissenschaftliche Sicht auf die westdeutsche Studentenrevolte verändert. Im Lichte neuerer Studien erscheint sie weniger als Anstoß für grundlegende Veränderungen, dafür aber weit mehr als Teil und Ausdruck mittel- und langfristiger Veränderungsprozesse, die zum Zeitpunkt der Revolte bereits voll im Gange waren. Im Ganzen war 1968, so urteilt der Mannheimer Protestforscher Philipp Gassert, *mehr Indikator als Motor des Wandels*. Die Agierenden der Proteste der späten 1960er-Jahre seien *weniger Katalysator als Epiphänomene der*

Modernisierung gewesen. Gassert plädiert, davon ausgehend, mit Nachdruck für eine Historisierung der Erinnerung an 1968, um die *erinnerungskulturelle Überformung* der Studentenrevolte historisch aufzuarbeiten.

1968 war weit mehr als Rudi Dutschke, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) und Kommune 1. Die Meinungsführerschaft der radikalen Linken an den Universitäten stand stets auf dünnem Eis, sie war zudem zeitlich begrenzt. Die Mehrheit der Studierenden votierte für Reformen, nicht für eine Revolution. Dennoch konstatiert Gassert den starken Einfluss radikaler linker Kräfte in Berlin und Frankfurt auf das gesellschaftliche Bild von 1968. Deren Selbstdarstellung sei an einer *medienhistorischen Schwellensituation* von den Medien dankbar aufgegriffen worden. Sie habe schließlich sogar in die Geschichtsschreibung Eingang gefunden (Gassert, *Das kurze »1968«* zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur, S. 103–130).

1968 war weit weniger Zäsur als noch vor Jahren angenommen. Und dennoch gilt: Die Studentenrevolte leistete einen gewichtigen Beitrag zur *Selbstverständigung* (Gassert, *Bewegte Gesellschaft*, S. 130) innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft vor dem Hintergrund eines gewaltigen Demokratisierungsschubs in der Nachkriegszeit.

M1 Go-in: Studierende besetzen am 25.5.1968 das Tübinger Rathaus und fordern von Oberbürgermeister Gmelin die Genehmigung für den Einsatz eines Lautsprecherwagens bei Demonstrationen.

Aufnahme: Alfred Göhner /
Stadtarchiv Tübingen

Vorlage: Universitätsarchiv
Tübingen S 19/66-5 Nr. 2



Tübingen 1968

An der württembergischen Universität Tübingen schlugen die Wogen des Protestes um 1968 hoch. Eine vom ehemaligen Leiter des Universitätsarchivs Michael Wischnath zusammengestellte Chronik zeichnet das Bild turbulenter Jahre an der Hochschule (Studentenbewegung und studentischer Protest in Tübingen >1968<, bearb. von Wischnath). Wie an anderen Orten führten der Tod Benno Ohnesorgs im Juni 1967 und der Anschlag auf Rudi Dutschke im April 1968 auch in Tübingen zu einer deutlichen Politisierung und Mobilisierung der Studierendenschaft. Auch in Tübingen heizten die Proteste gegen das Schah-Regime im Iran, die militärische Intervention der USA in Vietnam, die Notstandsgesetze, das Agieren des Springer-Verlags und die geplante Hochschulgesetzgebung das politische Klima an der Universität auf. Mit Schweigemärschen, Demonstrationen, Kundgebungen, Blockade-Aktionen, Besetzungen, Go-ins, Sit-ins, Teach-ins und Vorlesungsstreiks setzten die Tübinger Studierenden Mittel des Protestes ein, die wir auch von anderen Hochschulorten kennen. Als Tübinger Spezifika können insbesondere eine Blockadeaktion vor dem Tübinger Amerika-Haus im Februar 1968 (als Protest gegen das militärische Engagement der USA im Vietnam-Krieg) und die Besetzung der Räumlichkeiten des Luftschutzhilfsdienstes in der Wilhelmstraße im Juni 1968 (als Protest gegen die Studienbedingungen) gelten. Beiden Aktionen folgten Gerichtsprozesse, die von den Studierenden zu öffentlichkeits- und medienwirksamen Protesten genutzt wurden und den Einsatz von Hunderten von Polizisten erforderten.

Als Höhepunkt der Tübinger Revolte kann zum einen der von der studentischen Vollversammlung beschlossene Vorlesungsstreik gegen die geplante Notstandsgesetzgebung gelten, an dem sich zwischen dem 28. und 30. Mai 1968 allerdings lediglich etwa ein Viertel der Tübinger Studierenden beteiligten. Ein Jahr später, am 25. Juni 1969, beschließt die Vollversammlung der Tübinger Studierenden erneut einen Vorlesungsstreik – diesmal zunächst unbefristet. Er richtet sich gegen die Regierungsvorlage zum Landeshochschulgesetz, gegen die Einführung eines neuen Ordnungsrechts an den Hochschulen und die geplante Auflösung der ASten. Bestimmte universitäre Bereiche sollten, so eine Forderung der Akteure, zukünftig der Kontrolle des Staates komplett entzogen werden.

Auch in Tübingen ereignete sich also 1968. Auch in Tübingen war die Kritik an Po-

litik, Staat, Gesellschaft und Kultur radikal. Diese Kritik stand aber in Kontrast zum oft eher gemäßigten Vorgehen der Studierenden. Bei den Wahlen zum Studentenparlament im Juni 1968 zeigte sich, dass ein Großteil der Hochschülerinnen und Hochschüler den radikalen politischen Wortführern des SDS nicht folgte: Zwar gewannen linke Gruppierungen eine deutliche Mehrheit in der Studierendenvertretung. Lediglich fünf der insgesamt 27 Sitze konnten jedoch von der radikalen Linken (dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund und der Deutschen Linken) errungen werden – angesichts der unangefochtenen Wortführerschaft des SDS, die sich nicht zuletzt auch an der Fülle an Flugschriften erkennen lässt, ein enttäuschendes Ergebnis für jene Kräfte, die einen revolutionären Umsturz anstrebten. Auch die Wahlbeteiligung von 62,4 Prozent passt nicht so recht in das Bild einer durch und durch politisierten Studierendenschaft.

Bernd Jürgen Warneken, später Professor für Empirische Kulturwissenschaft am Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen, war 1968 mitten im Geschehen. Als besonders eindrückliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen revolutionärer Rhetorik einerseits und dem oft weitaus gemäßigteren Vorgehen der Studierenden andererseits beschreibt er das Verhältnis der Revoltierenden zur Polizei: Im Laufe der Zeit hätten sich die *Rädelführer* der Proteste und die Einsatzleiter der Tübinger Polizei gekannt. Es sei zu Absprachen gekommen – wie etwa derjenigen, dass am Mittwochnachmittag nicht demonstriert werden sollte, weil zu dieser Zeit der bei den Polizisten beliebte Polzeisport stattfand. Der örtliche Polizeipräsident sowie die Tübinger Rektoren jener Jahre fuhren einen durchaus gemäßigten Kurs gegenüber den Protestierenden und versuchten zu schlichten. Handfeste Zusammenstöße ereigneten sich folgerichtig vor allem dann, wenn in Tübingen auswärtige Polizisten eingesetzt wurden (Warneken, Subzentrum der Revolte, S. 168–171).

In dieses Bild passt auch eine Anekdote, die Herta Däubler-Gmelin, später Bundesministerin der Justiz, erzählt. Ihr Vater Hans Gmelin stand als Tübinger Oberbürgermeister ganz besonders im Fokus der studentischen Kritik, weil er in nationalsozialistischer Zeit als Diplomat an der deutschen Botschaft in der Slowakei tätig gewesen war. Am 25. Mai 1968 besetzten Studierende das Rathaus und forderten von Oberbürgermeister Gmelin die Genehmigung für den Einsatz eines Lautsprecherwagens bei Demonstrationen. Das gesamte Treppenhaus des frisch

renovierten Rathauses sei, so Herta Däubler-Gmelin, vollgepackt gewesen mit Studierenden. Mittendrin Hans Gmelins Frau, neben ihr ein Student, der sich anschickte, seinen Zigarettenstummel auf der (ebenfalls frisch renovierten) Treppenstufe auszudrücken. Die vorwurfsvolle Frage *Machet Se des da-hoim au?* habe ausgereicht, um den Zigarettenstummel wieder in der Schachtel verschwinden zu lassen. Noch Jahre später habe Herta Däubler-Gmelins Mutter von den *netten Studenten im Rathaus* erzählt (Tübinger Revolten 1848 und 1968, hg. von Kuckenburger/Setzler/Warneken, S. 86f.).

In Tübingen trennen nur wenige Wochen Höhepunkt und Abflauen der Proteste. Nach den Semesterferien, im Herbst 1969, findet der auf unbegrenzte Zeit angesetzte Vorlesungsstreik ein schnelles und unerwartetes Ende. Die nun abflauenden Proteste stehen in einem merkwürdigen Kontrast zur aufgeheizten Atmosphäre des Widerstands gegen die geplante Hochschulgesetzgebung wenige Wochen zuvor. Die Revolte neigt sich damit in Tübingen unerwartet schnell ihrem Ende zu.

Fragt man nach der Erfolgsbilanz der Tübinger Revolte, so gilt es zu differenzieren. Direkte institutionell-strukturelle Effekte gehen von den Protesten kaum aus. Die Geschicke der Universität werden weiterhin vor allem von den Hochschullehrenden bestimmt, die Demokratisierung der Universität bleibt weitgehend aus. 1976 wird das Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Im Zuge der Anpassung des baden-württembergischen Hochschulgesetzes verliert der Allgemeine Studentenausschuss jedes Mitspracherecht, die Verfasste Studierendenschaft wird abgeschafft.

Dennoch dürfen die indirekten Wirkungen der Revolte nicht unterschätzt werden. Vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften verändern sich mittelfristig Lehrinhalte, und auch die Umbenennung mehrerer Institute ist ein Indiz für eine veränderte Geisteshaltung an der Universität. Für Bernd Jürgen Warneken ist es in Tübingen weniger die Studentenbewegung, es sind vor allem die Studentenbewegten, die weiterwirken und dafür sorgen, dass sich längerfristige Entwicklungen beschleunigen, verstärken und modifizieren. Hierzu zählen auch die vielen Bürgerinitiativen, die in der Folgezeit entstehen, und das Aufblühen einer *Alternativkultur*, die Tübingen geradezu als einen Hotspot der Neuen Sozialen Bewegungen erscheinen lasse (Warneken, Mein 68 begann 65, S. 181, und: Ders., Subzentrum der Revolte, S. 182).

M2 Parolen auf Flugblättern und in Periodika des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen. Periodika sind Druckwerke, die in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.

- Vorlage:** Universitätsarchiv Tübingen.
 1: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 3 (30.6.1969);
 2: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 6 (4.7.1969);
 3: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 7 (7.7.1969);
 4: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 8 (8.7.1969);
 5: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 11 (11.7.1969);
 6: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 11 (11.7.1969);
 7: S 3/64, Rote Notizen o.N. (16.4.1969);
 8: S 3/64, Rote Notizen Nr. 6 (19.5.1969);
 9: S 3/64, Rote Notizen Nr. 8 (11.6.1969);
 10: S 3/64, Rote Notizen Nr. 9 (23.6.1969);
 11/12/13/14/15: S 3/64, Rote Notizen Nr. 9 (23.6.1969);
 16: S 4/193, Flugblatt des AStA zum Vietnamkrieg und zur Niederschlagung des Prager Frühlings (21.8.1968);
 17: S 4/345, Flugblatt des AStA zum Hochschulgesamtplan (11.6.1969);
 18: S 4/345, Flugblatt des AStA (7.2.1969)



M3

Nieder mit dem SDS - diesen Pinselmalern !!!

Anti - S D S - Flugblatt

2.7.69

An alle Lern- und Studierwilligen Studenten der Universität Tübingen!

Wie lange wollen wir eigentlich noch dem pseudorevolutionären Treiben einer radikalen, terrorbesessenen Minderheit an unserer Universität unbewegt zuschauen? Eine Gruppe, die gewaltsam anderen ihre Gesellschaftstheorie aufzwingen will, hat den Anspruch auf den Minderheitenschutz verloren; sie muß es in Kauf nehmen, daß man ihr mit den gleichen Mitteln entgegnet.

Wie lange noch wollen wir dulden, daß diese Clique ihr Unheil treibt, indem den wahren studentischen Interessen zuwider Vorlesungen gestört, Klausuren verhindert, der Lehrbetrieb lahmgelegt wird? Wenn schon die Universitäten überfüllt sind, dann kann man nicht noch hergehen und zusätzlich chaotische Zustände schaffen.

Kommilitonen, merkt Ihr eigentlich nicht, wie Ihr manipuliert werdet?

Diese Streikaktion, von der Mehrheit der Studenten als Protest gegen die geplante Hochschulgesetznovelle verstanden, wurde vom SDS und seinen Anhängern dahingehend umfunktioniert, daß man neue Formen des Lehrbetriebs erprobt. Wir wollen uns aber nicht von langhaarigen, verzottelten Gestalten einen Lehrbetrieb aufzwingen lassen; die Genossen maßen sich an, selbst Scheine auszustellen, Ziele wissenschaftlicher Arbeit neu zu bestimmen und Studienpläne zu entwerfen, ohne überhaupt eine einzige Qualifikation oder Legitimation dazu nachgewiesen zu haben, außer der, daß sie eine gewisse Perfektion im Brüllen, Tomatenwerfen und Radaumachen an den Tag legen.

Den radikalen Existenzen muß endlich das Handwerk gelegt werden, im Interesse aller lernwilligen Studenten, die es nicht hinnehmen, daß sie am Ende des Semesters um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden sollen, weil die Hansels eine Scheinausgabe unmöglich machen. Dieser Streik nützt den Studenten überhaupt nichts! Im Gegenteil, nur ihren eigenen Anliegen wird damit geschadet! Noch haben wir selbst die Chance, die Genossen kaltzustellen.

Stimmt sie nieder auf der Vollversammlung, diese subversiven Elemente!!!

Stimmt gegen den Streik, Kommilitonen, damit ist Euch am meisten gedient!

Es wird Zeit, daß diese Leute von der Hochschule verschwinden, damit endlich Vertreter der Studenten, die sich auf eine wirkliche und nicht bloß manipulierte Mehrheit stützen können, Gelegenheit haben, in sachlicher Form in den entscheidenden Gremien vernünftige Reformen durchzusetzen; wir wollen keine sozialistische Gesellschaft, sondern ordnungsmäßiges Studium! Wer will es den Professoren verübeln, wenn sie sich bisher nicht mit diesen Gestalten eingelassen haben? Wir wollen geregelten Lehrbetrieb, keine Revolution!!!

N i e d e r m i t d e m S D S

M3 Ein anonymes Flugblatt vom 2. Juli 1969 (SDS = Sozialistischer Deutscher Studentenbund).

Vorlage: Universitätsarchiv Tübingen S4 / 185

M4 Wie weit waren die Studierenden bereit zu gehen? Bernd Jürgen Warneken erinnert sich. Bernd Jürgen Warneken war als Student an der Tübinger Universität, wie er selbst es formuliert, »Zuschauer und Mithandelnder« der Studentenrevolte. Später lehrte er am Tübinger Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft.

Vorlage: Bernd Jürgen Warneken: Subzentrum der Revolte. 1968 in Tübingen. In: 1968 – Verdichtung des Wandels und globaler Moment. Hg. von Jan Eckel und Georg Schild. Tübingen 2019. S. 168–171.

M4

*Insgesamt [...] lief in Tübingen vieles ruhiger, überlegter und friedlicher ab als anderswo. Um dies zu erklären, lässt sich auf mehrere Faktoren verweisen. Zum einen standen der studentischen Anhängerschaft der offensiv linken, der radikalen Protestbewegung an der Tübinger Universität mindestens ebenso starke sozialdemokratische, liberale und vor allem konservative Gruppen gegenüber. Revolutionärer Übermut entwickelte sich leichter in den Metropolen, zum Beispiel in Berlin, wo eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg im Februar 1968 auf etwa 15000 Teilnehmer*innen kam. »[E]s ist außerordentlich schwer«, so kommentierte Theodor W. Adorno damals treffend, »in der Bewegung eines sehr bestimmten Sektors, der etwas wie Massenbasis vortäuscht, sich das Bewusstsein dessen zu erhalten, wie schmal diese Basis ist«. Zum andern bedeutete die relative Überschaubarkeit von Universität und Stadt eine »hohe soziale Kontrolle und Nähe (man kennt sich)«, die geeignet war, »Konflikte die äußerste Spitze zu nehmen« – so der Tübinger Erziehungswissenschaftler Ulrich Herrmann. In vielen Instituten ging es zwar patriarchalisch, aber zugleich relativ familiär zu. Die Studierenden wohnten zumeist bei Tübinger Wirtsleuten zur Untermiete und waren oft Stammkunden der Geschäfte und Kneipen in der Innenstadt. Und nach zwei, drei Demonstrationen kannten die Einsatzleiter der Tübinger Polizei die sogenannten Rädelsführer und kamen mit ihnen ins Gespräch. Es gab Absprachen wie etwa die, dass am Mittwochnachmittag nicht demonstriert werden sollte, weil zu dieser Zeit der bei den Polizisten beliebte Polizeisport stattfand. Dennoch ereigneten sich zuweilen handfeste Zusammenstöße, vor allem wenn auswärtige Polizisten aus Hechingen oder Göppingen eingesetzt wurden.*

Es waren aber nicht nur äußere Rahmenbedingungen wie die kleinstädtische Nähe, die mäßigend wirkten. Vertreter beider Seiten bemühten sich immer wieder, Eskalationen zu vermeiden. Das galt auch für die Leitfiguren des Tübinger SDS, der z. B. nach den Osterunruhen 1968, die in München zwei Tote gefordert hatten, eine Kundgebung abhielt, bei der er Gewalt gegen Personen ablehnte und den eigenen Leuten eine bessere Gewaltprävention abforderte. Der örtliche Polizeipräsident Karl Heuer wiederum fuhr ebenfalls keine harte Linie, und die Tübinger Rektoren dieser Jahre begegneten, zum Ärger mancher Ordinarien, den Protesten nicht unnachgiebig, sondern suchten zu schlichten, was viele auf der studentischen Linken durchaus zu honorieren wussten.

In der Hochzeit der Revolte amtierte der Jurist Ludwig Raiser als Rektor. Er profilierte sich immer wieder als Vermittler, etwa indem er die harten erstinstanzlichen Urteile gegen einige Tübinger Straßenblockierer kritisierte und sich ihnen als Strafverteidiger anbot. Dennoch drangen im Januar 1969 etwa 150 Leute ins Rektorat vor. Der Aktion war ein heftiger Polizeieinsatz in den Räumen des AStA an der Universität Heidelberg vorausgegangen, bei dem mehrere Studierende verletzt worden waren. Die Okkupanten wollten Raiser nun eine Distanzierung von seinem Heidelberger Kollegen abringen, der von diesem Polizeieinsatz gewusst hatte. Raiser sah das Vorgehen gegen die Heidelberger Studierendenvertretung zwar kritisch, wollte aber erst nach Räumung seines Amtszimmers Stellung nehmen. Die Aktivisten standen daraufhin etwas verlegen herum, es war eng und heiß, ein Student brachte dem Rektor eine Cola, die Presse meldete später »viel Heiterkeit auf beiden Seiten«. Keiner der Universitätsvertreter rief die Polizei. Oberpedell Rudolf Günther ermahnte die ins Rektorat Vordringenden lediglich, mit dem Mobiliar pfleglich umzugehen – es sei schließlich »Volkseigentum«. Die Studierenden hielten sich daran. Nach drei Stunden zogen sie ab, nachdem sie mit Raiser ein anschließendes Teach-in im Festsaal verabredet hatten.

Didaktisches Potenzial für den Unterricht

Wie revolutionär war 1968 in Tübingen? M2 bis M4 bieten die didaktische Chance, dieser Frage kriteriengestützt nachzugehen, indem die Lernenden nach der Radikalität der Kritik und Zielsetzungen, nach der Radikalität des konkreten Vorgehens und nach der Breitenwirkung des revolutionären Protestes innerhalb der Studierendenschaft fragen.

M2 bietet eine Zusammenstellung von Parolen in Periodika und auf Flugblättern des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen, die die Lernenden im Tandem inhaltlich bzw. sprachlich untersuchen können. Die inhaltliche Analyse fragt nach in den Parolen zugespitzten Kritikpunkten und Zielsetzungen. Die sprachliche Analyse untersucht die sprachlichen Mittel der Parolen, mithilfe derer die Studierendenschaft für die eigenen Ziele gewonnen werden soll. Hier können die Lernenden bereits zu einer ersten Einschätzung im Hinblick auf Aggressivität und Militanz der gewählten sprachlichen Mittel kommen. In einer anschließenden Gruppenarbeit werden je zwei Tandems zusammengeführt. Diese tauschen sich über das Ergebnis ihrer inhaltlichen und sprachlichen Analyse aus und treffen anschließend ein Urteil, inwieweit die Parolen Schlüsse über die Radikalität der Studierenden zulassen.

Eine zweite Phase widmet sich den Grenzen des studentischen Protestes. Mit M3, einem anonymen *Anti-SDS-Flugblatt* vom 2. Juli 1969, lernen die Schülerinnen und Schüler eine studentische Gegenposition kennen. Auch diese lässt sich inhaltlich und sprachlich analysieren. Zunächst arbeiten die Lernenden heraus, mit welchen Argumenten der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die treibende Kraft der Studentenrevolte, anlässlich des gegen die geplante Hochschulgesetzgebung beschlossenen Vorlesungsstreiks kritisiert wird (inhaltliche Analyse). Die sprachliche Analyse untersucht M3 im Hinblick auf rhetorische Mittel zur Diskreditierung des SDS.

Bernd Jürgen Warneken, später Extraordinarius für Volkskunde am Tübinger Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft, war in den späten 1960er-Jahren als Student selbst Zeuge und Akteur der Revolte. In M4 wirft er Schlaglichter auf das konkrete Vorgehen der Protestierenden. Seine Schilderungen bieten Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage, wie weit die revoltierenden Studierenden in Tübingen bereit waren zu gehen. Die Lernenden arbeiten heraus, welche Ursachen Warneken für den weitgehend friedlichen Verlauf der Revolte in Tübingen benennt. Sie diskutieren, ob die

Studierenden durch das gemäßigte Vorgehen ihre eigenen Ideale verraten haben.

Die Ergebnisse der drei Materialanalysen werden für eine abschließende Beurteilung des revolutionären Charakters der Vorgänge in Tübingen zusammengeführt. Dabei differenzieren die Lernenden zwischen revolutionärem Anspruch, revolutionärer Rhetorik, dem konkreten Vorgehen und den Effekten der Revolte. Abschließend gilt es zu fragen, welche Informationen für eine umfassende Beurteilung noch fehlen. In diesem Zusammenhang kann die Lehrkraft auch auf die Ergebnisse der Wahlen zum Studentenparlament im Juni 1968 und auf die erfolgreichen bzw. ausbleibenden kurz- und mittelfristigen Effekte der Revolte in Tübingen verweisen.

Literaturhinweise

Philipp Gassert: Das kurze »1968« zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-Kult, 30.04.2010, <https://www.hsozkult.de/literaturreview/id/fdl-136818> (letzter Aufruf: 11.11.2025).

Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945.* Stuttgart 2018.

Christina von Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte.* München 2018.

Studentenbewegung und studentischer Protest in Tübingen >1968< – Eine Chronik. Bearb. von Michael Wischnath. Tübingen 2009.

Tübinger Revolten: 1848 und 1968. Hg. von Michael Kuckenburger, Wilfried Setzler und Bernd Jürgen Warneken. Tübingen 2018.

Bernd Jürgen Warneken: *Mein 68 begann 65. Eine Tübinger Retrospektive.* Tübingen 2018.

Bernd Jürgen Warneken: *Subzentrum der Revolte. 1968 in Tübingen.* In: *1968 – Verdichtung des Wandels und globaler Moment.* Hg. von Jan Eckel und Georg Schild. Tübingen 2019. S. 159–184.

*** Markus Fiederer**

Markus Fiederer ist Lehrer für Geschichte und katholische Religion am Martin-Heidegger-Gymnasium Meßkirch sowie Fachberater Unterrichtsentwicklung für Geschichte und Landeskundebeauftragter am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, Regionalstelle Tübingen.

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Über die Grenzen.

Verbindungen zwischen dem Elsass und Württemberg im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit

Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Bearbeitet von Erwin Frauenknecht, Miriam Régerat-Kobitzsch und Peter Rückert

Jan Thorbecke Verlag 2025

184 Seiten

€ 20,-

ISBN 978-3-7995-9610-7



Gehör finden – gehört werden. Archive und Audience Development in Verwaltung und Öffentlichkeit

Vorträge des 83. Südwestdeutschen Archivtags am 20. und 21. Juni 2024

Herausgegeben von Manfred Waßner und Marco Birn

Jan Thorbecke Verlag 2025

80 Seiten

€ 18,-

ISBN 978-3-7995-2160-4



Maskenball und Kanonendonner. Das Herzogtum Württemberg im Siebenjährigen Krieg

Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Bearbeitet von Wolfgang Mährle

Jan Thorbecke Verlag 2025

104 Seiten

€ 10,-

ISBN 978-3-7995-9603-9



Herzog Ulrich und die Bauern im Krieg von 1525

Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Bearbeitet von Erwin Frauenknecht und Peter Rückert unter Mitarbeit von Clemens Regenbogen und Johanna Welz

Jan Thorbecke Verlag 2025

108 Seiten

€ 11,-

ISBN 978-3-7995-2115-4



Grundbuchunterlagen in Archiven

Begleitband zur Tagung »10 Jahre Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim«

Hg. von Michael Aumüller

Jan Thorbecke Verlag 2024

88 Seiten

€ 10,-

ISBN 978-3-7995-2103-1



»Reichsbürger« im Südwesten.

Die Akte Ingo K. aus Bobstadt
Timo Büchner

Jan Thorbecke Verlag 2024

128 Seiten

€ 13,-

ISBN 978-3-7995-9600-8



Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich. Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Website des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchiv-bw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen«.



Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht sowie das Bestellformular für die Archivnachrichten finden Sie auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen > Archivnachrichten«.



Zudem finden Sie auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) aktuelle Berichte, Veranstaltungshinweise und vielfältige digitale Angebote.

Kontakt

Präsident

Landesarchiv

Baden-Württemberg

Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Landesarchiv

Baden-Württemberg

Zentrale Dienste

Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

Landesarchiv

Baden-Württemberg

Archivischer Grundsatz

Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: grundsatz@la-bw.de

Institut für Erhaltung von

Archiv- und Bibliotheksgut

Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Staatsarchiv Freiburg

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

Generallandesarchiv Karlsruhe mit Dokumentationsstelle

Rechtsextremismus

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim

Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Staatsarchiv Ludwigsburg

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein

Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

Staatsarchiv Sigmaringen

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

Staatsarchiv Wertheim mit Staatsarchiv Wertheim und Archiv des Main-Tauber-Kreises

Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg · Urbanstraße 31A · 70182 Stuttgart · Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283 · E-Mail: landesarchiv@la-bw.de · Internet: www.landesarchiv-bw.de ·

Redaktion: Landesarchiv / Dr. Verena Schweizer · **Gestaltung:** Bureau Johannes Erler, Hamburg / Christin Großmann ·

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn · Das Heft erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben. ·

ISSN (Print) 1437-0018, ISSN (Online) 2751-4366